

Informationen

296 zur politischen Bildung

bpb:

3. Quartal 2007



Indien

Inhalt

Land und Bevölkerung 4

Politische Entwicklung seit der Unabhängigkeit 6

- Ära der Nehru- und Gandhifamilien 7
- Tendenzen der 1990er Jahre 8
- Entwicklungen seit 2000 10

Gesellschaftliche Strukturen 11

- Pluralität mit Vor- und Nachteilen 11
- Armut und Verteilung 12
- Gesellschaftliche Konfliktlinien 14
- Staatliche Sozialpolitik 21

Politisches System 26

- Staatsverfassung 28
- Wahlen 30
- Politische Institutionen 30
- Gesellschaftliche Organisationen 36

Außenpolitik 39

- Haltung im Ost-West-Konflikt 39
- Kurskorrekturen seit Ende der 1980er Jahre 40
- Einfluss auf dem Subkontinent 42

Grundzüge der Wirtschaft seit 1947 46

- Politik der Autarkie 46
- Marktwirtschaftliche Öffnung 48
- Hohe Staatsverschuldung 52
- Weiterer Reformbedarf 53

Literaturhinweise und Internetadressen 58



Editorial

Indien ist im Aufbruch. Symbolhaft zeigt dies unser Titelfoto mit der jungen Familie auf dem Motorrad, dem typischen Fortbewegungsmittel der indischen Mittelschicht. Diese Dynamik ist ein Stück weit auch eine Aufholjagd zum Nachbarn und Konkurrenten China, der derzeit noch bei Bruttosozialprodukt, Außenhandelsinvestitionen und jährlichem Handelszuwachs einen deutlichen wirtschaftlichen Vorsprung genießt. Doch in Chinas Windschatten vollzieht Indien beharrlich seinen Aufstieg in den Kreis der potenziellen Weltmächte und das nicht nur in den Augen seiner selbstbewussten Eliten.

Was spricht für Indiens künftigen Weltmachtstatus? Zunächst die Masse der Bevölkerung von 1,1 Milliarden, die nach Schätzungen schon im Jahr 2034 China an Gesamtzahl und Anteil junger Erwerbsfähiger übertrumpfen wird.

Ökonomisch bedeutsam sind die wirtschaftlichen Wachstumsraten von jährlich bis zu neun Prozent, die bei Fortdauer Indien bereits 2020 in den Rang der nach den USA und China drittgrößten Volkswirtschaft erheben werden.

Internationales Renommee genießt das Wissenspotenzial der indischen Ingenieure und IT-Spezialisten, Teil einer gebildeten, aufstiegswilligen, urbanen Mittelschicht, die nur ein Drittel der Bevölkerung ausmacht, aber schnell wächst und gut 60 Prozent des indischen Bruttosozialprodukts erwirtschaftet.

Schließlich wäre noch der Status als Atommacht zu nennen, der international zunächst ein zwiespältiges Echo fand. Doch 2006 wertete Präsident Bush bei seinem Indienbesuch sein Gastgeberland als „Großmacht“ und äußerte den Wunsch, es neben Japan zum künftigen Partner der USA in Asien zu gewinnen.

Wo liegen die Hemmnisse auf dem Weg zur Weltspitze?

Abseits der urbanen Wohlstandszentren leben nach wie vor etwa 70 Prozent der Inderinnen und Inder teils unter archaischen Bedingungen auf dem Land, wo sie vielfach trotz aller Anstrengungen sich und

ihren Familienangehörigen kaum das Überleben sichern können.

Auch in den Slums der Städte leben die Armen unter meist menschenunwürdigen Bedingungen. Indien hat mit 35 Prozent noch immer weltweit die meisten

Analphabeten, die ohne fundamentale Bildung keine Chancen haben, ihre Lebensumstände zu verbessern.

Das Kastensystem der Hindus, der mit etwa 82 Prozent größten indischen Glaubensgemeinschaft, erschwert die soziale Durchlässigkeit.

Überkommene Traditionen und Denkgepflogenheiten diskriminieren und bedrohen die Frauen in ihrer Existenz. Ein inzwischen gravierender Frauenmangel und eine verzögerte gesellschaftliche Entwicklung sind die Folgen.

Konflikte zwischen den Religionsgemeinschaften entladen sich immer wieder in aufsehenerregenden Gewaltaktionen und gefährden die innerstaatliche Einheit.

Ein schwerfälliger, oft korrupter Beamtenapparat behindert die Wirksamkeit staatlicher und privater Initiativen.

Ob Indiens Weg in die Zukunft erfolgreich verläuft, wird davon abhängen, ob es seiner wachsenden Bevölkerung Bildung, Arbeit und ein menschenwürdiges Dasein sichern kann, ob es in der Lage ist, bürokratische und gesellschaftliche Verkrustungen aufzulösen und die innergesellschaftlichen Konflikte in Schach zu halten. Als unschätzbare Vorteil, auch gegenüber dem Rivalen China, erweist sich dabei sein demokratisches System, das von breiter Akzeptanz der Bevölkerung getragen wird, seine Gewaltenteilung, Meinungs- und Pressefreiheit und sein funktionierendes Rechtssystem.

Überwindet Indien seine Hemmnisse, so kann sich die Überzeugung seines Premiers Manmohan Singh bewahrheiten, wonach das 21. Jahrhundert „das indische Jahrhundert sein“ wird.



Christine Hesse

Land und Bevölkerung

JOACHIM BETZ

Indien zählt zu den ärmeren Staaten, doch mit Blick auf Bevölkerung, Ausdehnung, sprachliche und religiöse Vielfalt ist es ein Land der Superlative. Unterstützt durch hohe Wachstumsraten hat es alle Potenziale einer künftigen Weltmacht.

Indien ist mit einer Fläche von knapp 3,3 Millionen Quadratkilometern der siebtgrößte Flächenstaat und mit etwa 1,1 Milliarden Einwohnern (2006) nach China das bevölkerungsreichste Land der Erde; es ist auch gleichzeitig eines der am dichtesten besiedelten Länder mit circa 351 Einwohnern pro Quadratkilometer, wobei diese Dichte regional stark schwankt. In den städtischen Ballungsräumen liegt sie bei über 6000, in den Rand-, Berg- und Wüstenregionen bei

indische Subkontinent ist immer noch stark durch dörfliche Strukturen geprägt, auf dem Lande leben noch etwas mehr als 70 Prozent der Bevölkerung, und die Stadt-Land-Migration ist vergleichsweise gering. Gleichwohl weist Indien neben China die meisten Mega-Städte von über fünf Millionen Einwohnern auf, darunter Mumbai, Delhi, Kolkata, Chennai und Bengaluru.

Indien ist eine föderale Republik. Sie gliedert sich in 28 Bundesstaaten, sechs Unionsterritorien und die Hauptstadt Neu-Delhi, die einen eigenen Status besitzt. Die Bundesstaaten unterscheiden sich erheblich in Größe und Bevölkerung, aber auch im erreichten sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungsstand sowie in ihrer Entwicklungsdynamik. Im reichsten Bundesstaat Punjab ist das Durchschnittseinkommen mittlerweile um das Viereinhalbfache höher als in Bihar, das als ärmster Bundesstaat gilt; die dynamischen Staaten, so etwa Gujarat, Maharashtra, Tamil Nadu, Haryana und Karnataka, weisen zurzeit ein doppelt so hohes Wirtschaftswachstum auf wie der Rest. Im Hinblick auf die gesellschaftliche Entwicklung können einige indische Staaten, beispielsweise Kerala, problemlos mit Osteuropa mithalten, andere wie Bihar und Orissa unterscheiden sich diesbezüglich nicht vom ärmsten Afrika. Große Unterschiede bestehen auch innerhalb der Staaten; hier weisen rückständige Distrikte etwa eine dreimal so hohe Kindersterblichkeit auf wie die fortschrittlichen. Unterprivilegierte gesellschaftliche Gruppen sind immer noch die Unterkastigen (*Dalits*), die Stammesangehörigen, die Muslime, die ländliche Bevölkerung und – wenn auch in abnehmendem Maße – die Frauen.

Wirtschaftlich zählt Indien mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 770 US-Dollar (2006) weiterhin zur Gruppe der armen, dabei freilich am schnellsten wachsenden Länder. Zwar arbeiten immer noch knapp 60 Prozent der Beschäftigten in der Landwirtschaft – mit 22 Prozent Anteil am Bruttoinlandsprodukt wird der Agrarsektor aber von der sehr viel schneller wachsenden Industrie (24 Prozent) und dem Dienstleistungssektor (54 Prozent) in den Schatten gestellt. Was das politische System betrifft, so

unter 100 Menschen pro Quadratkilometer. Weite Teile des Landes, insbesondere die landwirtschaftlich intensiv genutzten, lassen sich als überbevölkert bezeichnen. Das Bevölkerungswachstum ist allerdings von über zwei Prozent pro Jahr Anfang der 1980er Jahre auf 1,4 Prozent im Jahr 2006 gefallen, im städtischen Raum liegt es noch niedriger. Weil die indische Bevölkerung durchschnittlich aber noch recht jung ist, wird das Arbeitskräftepotenzial auch in den nächsten Jahrzehnten zunehmen. Der



Westrich / laif

Modernes Dienstleistungszentrum: Bangalore (seit 2006 Bengaluru) genießt als Universitätsstadt, Sitz der Raumfahrtindustrie und IT-Zentrum internationales Renommee.

stellt Indien einen der ganz wenigen Staaten der so genannten Dritten Welt mit durchgängiger demokratischer Grundordnung seit der Unabhängigkeit (1947) dar. Demokratische Traditionen sind daher in der Gesellschaft tief verwurzelt und werden auch von keiner ernst zu nehmenden politischen Kraft in Frage gestellt.

Indien kennt zwei große und zwei kleinere Sprachfamilien. Knapp drei Viertel der Bevölkerung sprechen eine der in der Nordhälfte des Landes verbreiteten indo-arischen Sprachen, etwa ein Drittel spricht Hindi, neben Englisch die einzige überregionale Amtssprache. Ein weiteres Viertel der Bevölkerung spricht eine der südindischen, drawidischen Sprachen. Verfassungsmäßig anerkannt sind 22 Regionalsprachen. Auch die religiöse Vielfalt Indiens ist bemerkenswert; zwar sind etwas über 80 Prozent der Inder Hindus, die muslimische Bevölkerung ist aber mit circa 140 Millionen beachtlich. Zudem ist das Land Heimat verschiedener Religionen, die als Gegenbewegung zum Hinduismus (Buddhismus, Jainismus) oder als Reaktion auf das Eindringen des Islam (Sikhismus) entstanden sind. Schließlich gibt es auch eine tendenziell zurückgehende christliche Minderheit (etwa zwei Prozent der Bevölkerung). Die Hindus (und auch andere Religionsgruppen zumindest faktisch) sind nach Kasten geschieden, das heißt nach Gruppen, die früher dem gleichen Beruf nachgingen und zumeist untereinander heirateten. Man unterscheidet die höheren Kasten (am bekanntesten dabei die Brahmanen), die niederen

Kasten (*Other Backward Castes*), denen die Masse der Hindu-Bevölkerung angehört, sowie die oft zu Unrecht als kastenlos bezeichneten „Unberührbaren“ (Dalits, circa 15 Prozent der Bevölkerung). Dazu kommen noch Stammesangehörige (etwa 8,2 Prozent), die Nachfahren der Urbevölkerung.



Carolin Kammerer

Archaische Welt: Mehr als 70 Prozent der Inder leben und arbeiten auf dem Lande. Dorf im Bundesstaat Maharashtra

Die Inder kommen

[...] „Zum Glockenschlag um Mitternacht, wenn die Welt schläft, wird Indien zu Leben und Freiheit erwachen“, hatte Jawaharlal Nehru aus dem Festsaal des Parlaments am Abend des 14. August 1947 seiner jungen Nation zugerufen, als Indien nach über hundertfünfzigjähriger Kolonialzeit unter den Briten seine Souveränität erlangte. Der Staatsgründer sprach von „Träumen“, deren Verwirklichung nicht nur für sein Land, sondern „für die ganze Welt bedeutsam“ sein würde. Sechzig Jahre nach Indiens Erwachen ist nun die Welt aufgewacht. Sie muss, teilweise irritiert, zur Kenntnis nehmen, dass auf dem Subkontinent ein Koloss herangewachsen ist, der künftig das Weltgeschehen mitbestimmen wird. Ökonomisch wie politisch: Die Inder kommen, gegen sie läuft in Zukunft nichts mehr.

Knapp 350 Millionen Einwohner zählte Indien bei der Unabhängigkeit. Heute sind es mehr als 1,1 Milliarden. Die Hälfte davon ist nicht mal fünfundzwanzig Jahre alt. Eine Demographie des „Minimum“ ist hier noch lange nicht angesagt, denn viele Kinder bleiben vor allem in den rückständigen Landregionen die einzige Alterssicherung. Nur rund fünf Prozent der Bevölkerung liegen über dem Pensionsalter von fünfundsechzig Jahren, in Deutschland dagegen 19 Prozent. Bald wird die zweitgrößte Nation der Erde ihre größte sein. Dann nämlich, wenn im Wettlauf der asiatischen Giganten, die für fast 40 Prozent der Weltbevölkerung stehen, der Elefant den Drachen überholt. Das soll spätestens 2034 geschehen, wenn Indien mit 1,46 Milliarden Menschen an China vorbeizieht und bis zur Jahrhundertmitte auf 1,6 Milliarden anschwillt, während die Zahl der Chinesen abnimmt. Indien hat dann auch die meisten Menschen im erwerbsfähigen Alter zwischen zwanzig und sechzig

Jahren – 800 Millionen, somit 220 Millionen mehr als China. Asien insgesamt wird mit Ozeanien um die Jahrhundertmitte 70 Prozent der Weltbevölkerung stellen, und allein auf dem Subkontinent dürften dann in Indien, Pakistan und Bangladesch mit 2,2 Milliarden weit mehr Menschen leben als auf den Kontinenten Amerika, Europa und Australien zusammen.

Das sind beklemmende demographische Aussichten, insbesondere aus der Perspektive von ergrauten Schrumpfeuropäern, die im globalen Geschehen nicht mehr Spielmacher sein werden, sondern bestenfalls Reservespieler. Doch diese Prognosen sind problematisch auch für die Aufsteigerländer selbst. Denn bei ihnen ticken soziale Zeitbomben, sollte es für die Millionen-Massen nicht genügend Arbeit geben.

Das weite Land bleibt das bäuerliche Herz des alten, des unveränderlichen Indiens. Nach wie vor verdienen fast 70 Prozent aller Beschäftigten ihren Lebensunterhalt in der Agrarwirtschaft, mit unzureichenden Bewässerungssystemen und abhängig von den Launen des Monsunregens. Deshalb wächst dieser Sektor auch nur um drei Prozent, trägt bloß ein Viertel zum Bruttosozialprodukt bei. Dessen Löwenanteil aber, gut 60 Prozent, erwirtschaften die urbanen Ballungszentren. Sie sind Antrieb und Motor des neuen Indiens und eines beeindruckenden Booms, der den Städten einen nie da gewesenen Konsumrausch beschert. Schon 2015 werden Bombay mit zweiundzwanzig und Delhi mit einundzwanzig Millionen Einwohnern nach Tokio die größten Städte auf diesem Planeten sein. [...]

Olaf Ihlau, „Der urbane Rausch“, in: ders., Weltmacht Indien (Schriftenreihe der bpb Bd. 558), Bonn 2006, S. 63-82, hier S. 65 ff.

Politische Entwicklung seit der Unabhängigkeit

JOACHIM BETZ

Nach 1947 entwickelt die indische Republik ein eigenständiges politisches Profil. Doch stellen innergesellschaftliche und nachbarschaftliche Konflikte immer wieder Belastungsproben für den Staat dar.



akg-images / AP

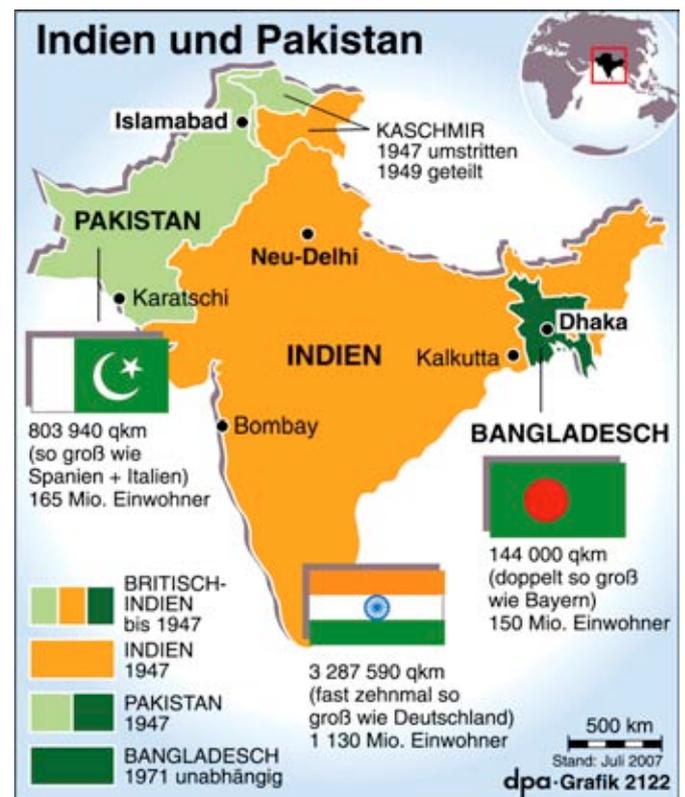
Im Juni 1947 verhandelte Lord Mountbatten (M.) mit Jawaharlal Nehru (l.) und M.A. Jinnah, dem Führer der Muslimliga (r.), über die Entlassung Britisch-Indiens in die Unabhängigkeit.

Indien wurde am 15. August 1947 vergleichsweise überstürzt und ohne die Gebietsteile des muslimischen Separatstaates Pakistan in die Unabhängigkeit entlassen, nachdem alle Versuche der britischen Kolonialregierung, zumindest noch eine lockere Einheit Gesamtindien zu wahren, nicht gefruchtet hatten. Zu sehr hatten sich die Kongresspartei, die führende gesamtindische Bewegung des indischen Unabhängigkeitskampfes, und die auf einen eigenen Staat hinarbeitende Muslimliga bereits auseinander entwickelt. Der Teilungsplan des britischen Vizekönigs Lord Mountbatten trug dem Rechnung: Die überwiegend muslimischen Distrikte sollten an Pakistan, die hinduistischen an Indien fallen; die beiden Länder sollten eine je eigene Verfassung haben. Doch auch bei dieser Lösung lebten nur zwei Drittel der Muslime in Pakistan, ein Drittel verblieb in Indien. Die Fürstentümer, darunter auch Kaschmir, sollten sich für die Zugehörigkeit zu einem der beiden Staaten entscheiden.

Die Teilung wurde zu einer menschlichen Tragödie; wenige Tage danach wurden die jeweiligen Minderheiten (vor allem im Grenzgebiet) Opfer gewalttätiger Gruppen. Insgesamt waren ungefähr eine Million Tote zu beklagen; zwölf Millionen Menschen mussten auf beiden Seiten fliehen. Der politische und geistige Führer der indischen Unabhän-

gigkeitsbewegung Mahatma Gandhi, der sich für eine faire Behandlung Pakistans eingesetzt hatte, wurde am 30. Januar 1948 von einem Hindu-Fanatischer erschossen. Jedoch wurde Indien nicht nur mit Problemen in die Unabhängigkeit entlassen: Anders als viele Entwicklungsländer erbt es von der scheidenden Kolonialmacht einen effizienten Beamtenapparat, eine professionelle Armee, eine unabhängige Justiz und nicht zuletzt ein repräsentatives demokratisches Regierungssystem.

Ein unmittelbares Problem nach der Teilung war die Integration der Fürstentümer. Besonders schwierige Fälle stellten Hyderabad und Kaschmir dar. In Hyderabad hoffte der muslimische Herrscher auf internationale Anerkennung als unabhängiger Staat, brachte aber die Unruhen seiner weitgehend hinduistischen Bevölkerung nicht unter Kontrolle. Indische Truppen marschierten im August 1948 ein. In Kaschmir regierte ein hinduistischer Maharajah eine überwiegend muslimische Bevölkerung. Der



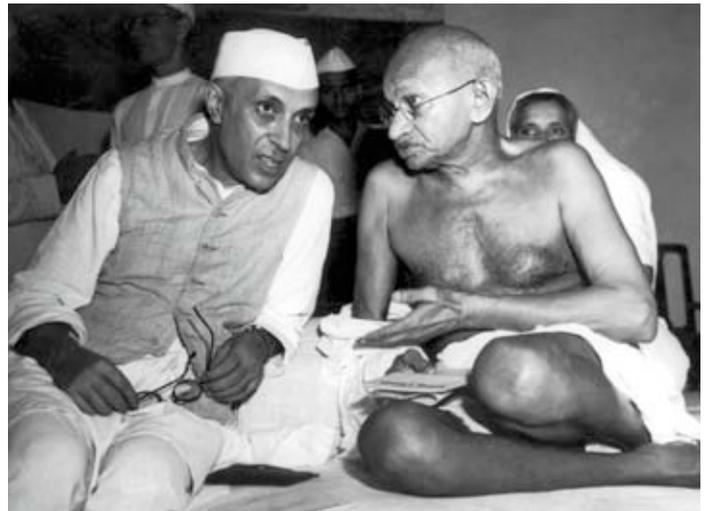
autoritäre Herrscher suchte trotz gegenläufiger Interessen der Nationalkonferenz, der politisch dominanten Partei in Kaschmir, die Unabhängigkeit und handelte mit Pakistan und Indien ein Stillhalteabkommen aus. Pakistan nutzte die folgenden internen Unruhen zur Einschleusung von „Freiwilligen“, die später von regulären Truppeneinheiten abgelöst wurden. Der Maharajah erbat indische Unterstützung und unterzeichnete ein Beitrittsabkommen. Nach Vertreibung der Interventionskräfte durch die indische Armee wurde eine demokratische Landesregierung in Kaschmir eingesetzt. Die Kämpfe zwischen Pakistan und Indien dauerten jedoch an, bis ihnen 1949 ein durch die Vereinten Nationen vermittelter Waffenstillstand, der faktisch eine Zweiteilung Kaschmirs bedeutete, ein Ende setzte.

Die noch nach der alten Verfassung gewählte Konstituierende Versammlung entwarf nach der Unabhängigkeit die neue Verfassung der Indischen Republik, die 1950 in Kraft trat und einen föderalen Staat mit starken zentralistischen Elementen schuf. Die neuen Bundesstaaten fassten zunächst Bevölkerungen unterschiedlicher Muttersprachen und kultureller Identität zusammen. Als in den 1950er Jahren das Begehren nach Schaffung homogener Einheiten wuchs, setzte die Regierung einen Reorganisationsausschuss ein, der die Neubestimmung der Grenzen auf Grundlage der Muttersprache der Bewohner vornahm. 1952 fanden in Indien die ersten freien Wahlen statt, in denen die Kongresspartei als stärkste politische Kraft bestätigt wurde.

Ära der Nehru- und Gandhifamilien

Der erste Premierminister des unabhängigen Indien, Jawaharlal Nehru, glaubte fest an die Demokratie als beste und einzig mögliche Regierungsform, um Indien zusammenzuhalten und den erwünschten sozialen Fortschritt zu erzielen. Unter seiner Führung wurden in den 1950er Jahren Gesetze verabschiedet, die die Emanzipation der indischen Frauen (Verbot der Polygamie und der Mitgift, Erbberechtigung) und Landreformen durchsetzen sollten. Ihre Wirksamkeit blieb angesichts mangelnder praktischer Umsetzung jedoch eingeschränkt. Als effektivstes Entwicklungsinstrument wurde eine „gemischte Wirtschaft“ aus plan- und privatwirtschaftlichen Elementen angesehen, die über Fünfjahrespläne gelenkt wurde. Mangels ausreichender Inlandsersparnisse und Exporterlöse bedurfte dieser Weg schon bald der Unterstützung von außen, vornehmlich seitens der USA und der Sowjetunion.

Nehrus Außenpolitik war zunächst geprägt von Antimilitarismus und dem Glauben, dass Indien von niemand bedroht werde. Ihre Pfeiler waren asiatische Solidarität, Blockfreiheit und Unterstützung multilateraler Bemühungen zur Friedenswahrung. Mit dieser Politik gewann Indien stärkeren internationalen Einfluss, als es seiner realen Macht entsprach. Die territoriale Expansion der Volksrepublik China wurde zu lange ignoriert: Die chinesische



Nehru (l.), enger Vertrauter Mahatma Gandhis (r.), des geistigen Führers der Unabhängigkeitsbewegung, war bis 1964 Premierminister Indiens.

picture-alliance / KPA/TopFoto

Besetzung des von Indien reklamierten Aksai Chin (nordöstliches Kaschmir) und nachfolgende ergebnislose Grenzverhandlungen führten zum indisch-chinesischen Krieg (1962), einer raschen Niederlage Indiens und einem entsprechenden Prestigeverlust.

Nehru starb 1964. Die einflussreichsten Führer der Kongresspartei wählten den als wenig durchsetzungsfähig geltenden Lal Bahadur Shastri zum Nachfolger. Einem ähnlichen Kalkül verdankte zwei Jahre später Nehrus Tochter Indira Gandhi ihr Amt als Premierministerin. Angesichts wachsender politischer und wirtschaftlicher Probleme entwickelte sie jedoch einen schnell autoritärer werdenden Führungsstil, verdrängte innerparteiliche Konkurrenten und ergriff zunehmend populistische Maßnahmen. Sie verstaatlichte die Banken, schaffte die Fürstenprivilegien ab und konnte im Wahlkampf von 1971, den sie unter das Motto der Armutsbekämpfung stellte, der Kongresspartei eine Zweidrittelmehrheit verschaffen.

Die sich ab Anfang der 1970er Jahre anbahnende Wirtschaftskrise zwang Indien 1974, um einen Beistandskredit des Internationalen Währungsfonds (IWF) nachzusuchen. Protestbewegungen gegen die Misswirtschaft der Kongresspartei, Streiks und eine



Indira Gandhi, Tochter und Nachfolgerin Nehrus, sicherte 1971 mit einem erfolgreichen Wahlkampf ihren Machterhalt – hier vor Anhängern in Neu-Delhi.

picture-alliance / dpa

nationale Kampagne zu ihrer Ablösung beantwortete die Premierministerin mit Repression und Einschränkung der Bürgerrechte. Im Juni 1975 ließ sie den Ausnahmezustand erklären, der erst kurz vor den Wahlen 1977 gelockert wurde.

Dennoch konnten die Oppositionsparteien mit der Bildung einer Koalition, der *Janata Party*, vorübergehend die Macht erobern und unbestreitbare Leistungen erzielen, sie rieben sich aber in internen Auseinandersetzungen auf. In den Wahlen von 1980 errang die Kongresspartei eine erneute Zweidrittelmehrheit und Indira Gandhi kehrte zurück an die Macht. Ihre zweite Amtsperiode war von zunehmenden politischen, religiösen und Kastenkonflikten geprägt. In Assam und im Punjab bildeten sich separatistische Bewegungen. Im Juli 1984 ließ die Premierministerin den Goldenen Tempel von Amritsar im Bundesstaat Punjab stürmen. Dort, im höchsten Heiligtum der Sikhs, hatten sich radikale Separatisten verschanzt, die einen autonomen Sikh-Staat forderten. Am 31. Oktober 1984 fiel Indira Gandhi einem Attentat zweier ihrer Sikh-Leibwächter zum Opfer.

In einer verfassungsrechtlich fragwürdigen Weise wurde ihr Sohn, Rajiv Gandhi, zu diesem Zeitpunkt Generalsekretär der Kongresspartei, zum Nachfolger bestimmt und in den Wahlen vom Dezember 1984 triumphal bestätigt. Er leitete mutige Schritte zur Liberalisierung der staats- und binnenwirtschaftlich orientierten indischen Industrie ein, brachte konflikt-

mindernde Vereinbarungen mit den Separatisten in Assam und vor allem im Punjab zustande und befriedete secessionistische Bestrebungen im Distrikt Darjeeling, in Mizoram und Tripura.

Doch seine Regierung wurde durch interne Auseinandersetzungen geschwächt. 1987 verließen etliche Minister das Kabinett, darunter Vishwanath P. Singh, der mit seinen Anhängern eine neue Oppositionspartei gründete. Korruptionsaffären im Zusammenhang mit Rüstungsankäufen

beschädigten die Kongresspartei und rückten auch den Premier ins Zwielficht. Daher erlitt sie in den Parlamentswahlen Ende 1989 eine deutliche Niederlage.

Die Macht übernahm die „Nationale Front“, eine Koalition aus verschiedenen, auch regionalen Oppositionsparteien. Sie bildete mit Duldung der nationalistisch-hinduistischen *Bharatiya Janata Party* (BJP), die selbst erhebliche Stimmengewinne verzeichnet hatte, eine Minderheitsregierung, der V.P. Singh als Premier vorstand. Er scheiterte schon nach einem Jahr an Spannungen innerhalb der Koalition, aber auch an Konflikten in Zusammenhang mit dem Kastenwesen und der Religion.

Um seine Wählerbasis zu verbreitern, wollte V.P. Singh die Empfehlungen einer Parlamentskommission von 1982 umsetzen: Bundesweit sollten – zu-

sätzlich zur bereits praktizierten Reservierung von Stellen im öffentlichen Dienst für Dalits und Stammesangehörige – weitere Stellen für Angehörige niedriger Kasten reserviert werden. Die Ankündigung rief massive Proteste hervor, vor allem bei Studierenden aus höheren Kasten, die ihre Aussichten auf einen Arbeitsplatz geschmälert sahen.

Die religiösen Konflikte konzentrierten sich auf die Moschee im nordindischen Ayodhya, die militante Hindus als Geburtsort des Gottes Ram für sich beanspruchten. Die hindunationalistische BJP unterstützte dieses Anliegen und inszenierte im Sommer 1990 eine Massenprozession zum Heiligtum. Als die Regierung diese im Oktober gewaltsam aufhalten ließ, entzog die BJP ihr die Unterstützung.

Ethnische und religiöse Konflikte belasteten die Politik

Nach dem kurzen Intermezzo einer im November 1990 gebildeten weiteren Minderheitsregierung unter dem Parteichef der *Samajwadi Janata Party* (SJP), Chandra Shekhar, den diesmal die Kongresspartei stützte, wurden für Ende Mai 1991 Neuwahlen angesetzt. Der Wahlausgang war noch völlig offen, als Rajiv Gandhi am 21. Mai auf einer Wahlveranstaltung in Südindien dem Selbstmordattentat einer tamilischen Terroristin zum Opfer fiel. Getragen von der Sympathiewelle für den Ermordeten legte die Kongresspartei bei den Unterhauswahlen deutlich zu. Allerdings verbesserte sich auch die BJP.

Tendenzen der 1990er Jahre

Der Tod Rajiv Gandhis hinterließ die Kongresspartei ohne unmittelbaren Nachfolger. Nach kurzem Zögern wurde Narasimha Rao zum Parteipräsidenten und kurze Zeit später zum Premierminister ernannt. Finanzminister wurde Manmohan Singh, dem man als Wirtschaftsliberalem zutraute, die schwere fiskalische und Zahlungsbilanzkrise des Landes zu beheben. Unmittelbaren wirtschaftlichen Notstandsmaßnahmen folgten später marktwirtschaftliche Reformen, die das Ende der noch von Nehru initiierten „gemischten Wirtschaft“ einläuteten. Politisch konnte der Premier seine innerparteiliche Position festigen und Ende August durch Übertritte im Unterhaus eine Defacto-Mehrheit erlangen.

Eine erhebliche Erschütterung erfuhr seine Stellung und die der Kongresspartei allerdings, als fanatisierte Hindus im Dezember 1992 die Moschee in Ayodhya erstürmten und zerstörten. Die Regierung reagierte darauf zwar mit der Absetzung jener BJP-Landesregierungen, die den militanten Hindu-Organisationen nahestanden. Sie ließ aber den politischen Mut vermissen, die Aktion zu verurteilen; das Image der religiösen Neutralität des Staates war damit stark beschädigt. Der Umgang mit den nachfolgenden kommunalen Unruhen in Maharashtra verstärkte den Eindruck von Führungsschwäche des Premiers.

Zwischen 1993 und 1995 spitzte sich auch die Lage in Kaschmir durch die Ermordung lokaler geistlicher



Rajiv Gandhi, Premier 1984-1989



ullstein bild – Reuters

Die Zerstörung der Babri-Moschee in Ayodhya durch radikale Hindus im August 1992 schädigte das Ansehen des Staates.

und politischer Führer weiter zu. Schwere Menschenrechtsverletzungen der eingesetzten Sicherheitskräfte erregten den Protest der internationalen Öffentlichkeit und veranlassten die indische Regierung, ihre Politik der Stärke vorübergehend abzumildern. Auch im Nordosten Indiens wurden separatistische Gruppierungen 1995 wieder aktiver.

Wechselnde Koalitionen

Bei den Parlamentswahlen 1996 erlitt die Kongresspartei eine schwere Niederlage. Ausschlaggebend dafür war ein Bestechungsskandal, der die ganze politische Klasse Indiens in Verruf brachte; hinzu kamen Absplitterungen vom Kongress im Vorfeld der Wahlen und die sozialen Auswirkungen der bisherigen Wirtschaftsreformen. Die BJP wurde mit der Regierungsbildung beauftragt, konnte aber als nationalistische Außenseiterpartei selbst unter ihrem liberalen Präsidenten und kurzfristigen Premier Atal Bihari Vajpayee keine Koalitionspartner gewinnen. Daraufhin übernahm der Kandidat der *United Front*-Koalition, Deve Gowda, das Amt des Premierministers. Die Koalition war als Minderheitsregierung einer losen Verbindung von 13 Parteien von Anfang an von der Duldung durch die Kongresspartei abhängig, die ihr Ende März 1997 die Unterstützung entzog. Unter dem früheren Außenminister Inder Kumar Gujral als Regierungschef konstituierte sie sich mit verkleinerter Basis und noch geringeren Überlebenschancen neu, wiederum abhängig von der Unterstützung der Kongresspartei. Auch diese Regierung erwies sich als sehr instabil. Indiz der Schwäche wa-

ren die massiven Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst, welche die Gewerkschaften der Regierung abtrotzen konnten. Mangelnden innenpolitischen Erfolgen standen jedoch äußerst konstruktive außenpolitische Maßnahmen gegenüber. Die indische Regierung startete den indisch-pakistanischen Dialog erneut, brachte endlich einen Vertrag mit Bangladesh zur Teilung des Gangeswassers zuwege und einigte sich mit Nepal auf die Nutzung des Mahakali-Flusses. Mit China wurden vertrauensbildende Maßnahmen zur Minderung des Grenzkonflikts vereinbart.

Als jedoch Untersuchungsergebnisse zu den Hintergründen des Attentats auf Rajiv Gandhi die der Regierungskoalition angehörende tamilische Regionalpartei *Dravida Munnetra Kazhagam* (DMK) schwer belasteten und Premierminister Gujral das Ansinnen der Kongresspartei, diese Partei sofort aus der Regierung zu entfernen, verweigerte, kündigte die Kongresspartei ihre Unterstützung auf und Gujral musste Ende November 1997 zurücktreten. Die Neuwahlen im Februar 1998 brachten der *United Front* eine schwere Niederlage. Auch die Kongresspartei büßte Stimmen ein – wenn auch weniger als erwartet, da sich Sonia Gandhi, die Witwe Rajivs, überraschend zur Führung der Wahlkampagne bereit erklärt hatte. Sie wurde alsbald als neue Parteipräsidentin bestellt. Siegerin der Wahl war die BJP, die sich vor allem dank Allianzbildung mit immerhin 16 Regionalparteien durchsetzen konnte. Dass auch diese Regierung nur ein Jahr hielt, ist nicht verwunderlich; es kam zu Konflikten innerhalb der Koalition. Zudem zwang die Koalitionslogik die BJP zur Aufweichung der hinduradikalen Agenda: Die Liberalisierung wurde fortgesetzt, der Tempelbau in Ayodhya verschoben, das muslimische Zivilrecht blieb unangetastet. Dies brachte das radikalere hindunationalistische Vorfeld gegen die Partei auf. In dieser Situation bedeuteten die im Mai 1998 durchgeführten Nukleartests, mit denen sich Indien als faktische Atommacht offenbarte, für die Regierung einen enormen Prestigegewinn. Die Tests wurden in Indien frenetisch gefeiert, allerdings waren sie von sich unmittelbar anschließenden pakistanischen



picture-alliance / dpa

Im April 1998 hielt Sonia Gandhi, die Witwe Rajivs, auf dem Sonderparteitag der Kongresspartei ihre Antrittsrede als Parteivorsitzende.



ullstein bild – AP

Im Mai 1998 offenbarte sich Indien als Atommacht – begleitet von internationalen Protesten und Begeisterungsbekundungen der Bevölkerung.

Tests, internationaler Verurteilung und harten Wirtschaftssanktionen der Industriestaaten begleitet. Letztere wurden aber schon bald wieder gelockert. Die Unionsregierung wurde durch Intrigen einer Koalitionspartei und der Kongresspartei zum Rücktritt gezwungen. Die unter Sonia Gandhi siegessicher auftretende Kongresspartei war jedoch nicht zur Bildung einer mehrheitsfähigen Regierung in der Lage. Die Zeit bis zu den Neuwahlen stand unter dem Zeichen der Invasion pakistanischer Streitkräfte in der Region Kargil, die durch den Einsatz der indischen Armee und Luftwaffe entschlossen, aber sehr besonders zurückgeschlagen wurden, unterstützt durch amerikanischen Druck auf Pakistan. Die Regierung nutzte diesen Sieg wahltaktisch und erwies sich beim Knüpfen von Wahlallianzen erneut erfolgreicher als die Kongresspartei. Folglich siegten die BJP und ihre Allianzpartner mit deutlichem Vorsprung, wobei Letztere die eigentlichen Wahlgewinner waren. Sie mussten entsprechend stark mit Ministerposten bedacht werden und opponierten erfolgreich gegen Initiativen der BJP zur Verfassungsreform.



AP

Wiederannäherung trotz Dissens in der Nuklearfrage: Der Besuch Bill Clintons im März 2000 war ein großer Erfolg für die indische Außenpolitik.

Entwicklungen seit 2000

Ein großer Erfolg war der Staatsbesuch des amerikanischen Präsidenten Bill Clinton im März 2000, bei dem trotz fortbestehendem Dissens in der Nuklearfrage eine strategische Partnerschaft vereinbart und Indien zum bevorzugten Partner der USA in Südasiens gekürt wurde. Auch in Kaschmir zeichnete sich eine positive Wendung ab, es kam zum beiderseitigen Waffenstillstand zwischen der Regierung und ihren militanten Gegnern.

Im Frühjahr 2001 wurde Indien erschüttert: einerseits wortwörtlich durch ein schweres Erdbeben in Gujarat, das enorme internationale Hilfsbereitschaft mobilisierte, aber auch durch einen schweren Korruptionsskandal, bei dem Teile der politischen Elite der Bestechlichkeit überführt wurden. Ansonsten stand das Jahr unter den Rückwirkungen des globalen Antiterrorkampfes nach den Anschlägen des 11. September in den USA, bei dem Indien den Vereinigten Staaten volle Unterstützung zusagte. Dominiert wurde die politische Agenda ferner von der Diskussion um ein nationales Gesetz zur Terrorbekämpfung, der versuchten Hinduisierung des Bildungswesens durch den BJP-Bildungsminister sowie von der Verhärtung der Fronten beim Tempelbau in Ayodhya. Die aufgeheizte Stimmung entlud sich in einem Anschlag auf Hinduaktivisten in Gujarat im Frühjahr 2002, dem ein Pogrom gegen die Muslime in diesem Staat folgte. Hierbei leistete offenkundig die BJP-Landesregierung Hilfestellung. Bei vorgezogenen Neuwahlen errang die BJP dort einen beachtlichen Wahlsieg; bei der Kongresspartei kamen währenddessen Zweifel auf, ob man mit der Verfolgung der bisherigen säkularen Linie gut beraten sei. Nachdem sich in der Folge auch das wirtschaftliche Wachstum deutlich beschleunigte, die BJP und ihre Partner bei Landtagswahlen sehr gut abschnitten und die Koalition im Bund trotz Differenzen zusammenhielt, schien die Zeit günstig, um für April 2004 vorzeitige Unterhauswahlen anzuberaumen. Im Vorfeld dieser Wahl sahen alle Prognosen einen deutlichen Sieg der regierenden Koalition voraus. Es kam jedoch ganz anders: Da die Kongresspartei sich anders als früher zeitig Koalitionspartner suchte und die günstige Wirtschaftsentwicklung an größeren Bevölkerungsteilen vorbeigegangen war, erlebten die BJP und ihre Partner ein wahres Fiasko. Die heute amtierende Regierung unter Führung des Kongress versprach, die Interessen der bislang marginalisierten Gruppen stärker zu berücksichtigen. Sie steht dabei unter Beobachtung der kommunistischen Parteien, welche die neue Regierung unter Manmohan Singh von außen stützen.



ullstein bild – AP

Manmohan Singh ist Sikh und seit 2004 Premierminister.

Gesellschaftliche Strukturen

JOACHIM BETZ

Große ethnische und religiöse Vielfalt kennzeichnet die indische Gesellschaft. Trotz staatlicher Gegenmaßnahmen ist Armut noch immer weit verbreitet; Bildungssystem und Gesundheitswesen weisen beträchtliche Mängel auf.

Pluralität mit Vor- und Nachteilen

Indien wird nicht zu Unrecht als Staat immenser gesellschaftlicher Pluralität betrachtet. Zumal mit Blick auf andere, auseinandergebrochene Vielvölkerstaaten stellt sich ganz natürlich die Frage, wie diese enorme Vielfalt gebändigt oder zusammengehalten werden kann. Zur Erklärung lässt sich das verhältnismäßig konstante und ergiebige wirtschaftliche Wachstum anführen, aber auch die relativ ausgewogene Verteilung von Einkommen und Vermögen sowie politische Faktoren wie die demokratische Ordnung und die föderalen Strukturen wirken stabilisierend. Nicht zuletzt die gesellschaftliche Vielfalt selbst ist ein wichtiger Stabilisierungs-



Frauen beim Gebet im Pilgerort Allahabad. Für Hindus, die größte Religionsgemeinschaft Indiens, hat ein Bad im Ganges kultische Bedeutung...

faktor. Nach vergleichenden Untersuchungen droht die Gefahr der Destabilisierung und des Auseinanderbrechens vor allem in Staaten, die eine schwache oder abnehmende Wirtschaftsleistung und nur eine oder wenige größere Minderheiten aufweisen und in denen Rebellen über leicht ausbeutbare Finanzierungsquellen für einen Bürgerkrieg verfügen. Wenig gefährdet sind dagegen Staaten mit vielen Minderheiten, von denen keine dominant ist, und in denen sich die sozialen, religiösen und sprachlichen Konfliktlinien nicht addieren.

Im gesamtstaatlichen Rahmen Indiens verfügt keine Ethnie über beherrschenden Einfluss. Jeder Unionsstaat weist zwar eine dominante ethnolinguistische Gruppe auf, diese unterscheiden sich aber nach Religion, Sekten, Kasten und einer Vielzahl so-

zioökonomischer Merkmale. Wenngleich der Hinduismus mit circa 82 Prozent der Bevölkerung die bei weitem größte Religionsgemeinschaft darstellt, ist er nicht gleichzusetzen mit einer Kirche oder einem dogmatischen Glaubensbekenntnis im westlichen Sinne. Er stützt sich nicht auf einen einzigen, geheiligten Text und kennt keine für alle verbindlichen Gottheiten. Vielmehr ist der Hinduismus eine Lebensform und dient als solche im Besonderen auch der Begründung des Kastensystems. Gerade wegen der starren Kastenschranken und des hohen Bevölkerungsanteils der Dalits, Stammesangehörigen und religiösen Minderheiten konnte der Hinduismus aber lange Zeit keine politisch einheitsstiftende Kraft entfalten.

Überdies gibt es auch kein ganz Indien übergreifendes, einheitliches Kastensystem. Vorhandensein, gesellschaftliche Stärke und Rangordnung der Kasten unterscheiden sich nach Regionen oftmals erheblich. Kastengruppen sind auch nicht statisch, sondern durch wirtschaftliche Modernisierung, Urbanisierung, Bildungsrevolution und politische Bemühungen einem starken Veränderungsdruck ausgesetzt worden. Im Übrigen ist die soziale Lage der Angehörigen gleicher Kasten und Kastengruppen sehr unterschiedlich. Eine gesamtindische politische Mobilisierungsstrategie entlang der Kastengrenzen würde daher an enge Grenzen stoßen, was allerdings heftige, zumeist lokal ausgetragene Kastenkonflikte nicht verhindert hat.

Die sprachliche Vielfalt Indiens führte erst zu Konflikten, als Politiker aus dem Norden nach dem Tode



... während Muslimen der Ramadan heilig ist. In Delhi versammeln sich am letzten Freitag des Fastenmonats Muslime zum Gebet.

Nehrus Hindi als alleinige Verwaltungs- und Hochschulsprache durchsetzen wollten. Nach heftigen Protesten im Süden wurde dieser Vorstoß abgebrochen. Durch ein Sprachengesetz, das den weiteren Gebrauch des Englischen und die Examinierung der Bewerber für den Staatsdienst in den anerkannten Regionalsprachen erlaubte, sowie durch die Neuschaffung von sprachlich weitgehend homogenen Bundesstaaten kehrte wieder Friede ein.

Indien kannte wegen des lange Zeit dominanten staatlichen Einflusses auf den modernen Wirtschaftssektor und der Privilegierung der staatlich beschäftigten Arbeitskräfte auch kaum Klassenkonflikte. Zudem waren und sind die Gewerkschaften und Unternehmerverbände gespalten, die Gewerkschaften mit unterschiedlichen Parteien assoziiert. Es gab zwar bäuerliche Protestbewegungen, angesichts der wahlentscheidenden Bedeutung der Landbevölkerung sahen sich aber alle Regierungen gezwungen, eine mehr oder weniger bauernfreundliche Politik zu betreiben. Trotzdem kommt es auch auf dem Land zu Konflikten, vornehmlich zwischen den Landarbeitern und den mittleren und größeren Landwirten.

In politischer Hinsicht ging von der starken gesellschaftlichen Zerklüftung Indiens und den sich überlappenden sozialen Zugehörigkeiten der Einzelnen ein starker Zwang zur Mitte, zur Politik des sozialen

Ausgleichs und zum Schutz der Minderheiten aus. Genau diese Politik hat die Kongresspartei nach der Unabhängigkeit bis heute verfolgt. Zur Sicherung ihrer Herrschaft war sie auf die Loyalität der Minderheiten angewiesen; diese bedurften wiederum der Unterstützung und Hilfe durch lokale Kongresspolitiker in einer vergleichsweise feindlichen Umwelt. Aus dieser wechselseitigen Abhängigkeit heraus entstanden (nicht immer sonderlich erfolgreiche) Bemühungen zum Schutz der Stammensangehörigen vor Landverlust, die Reservierungsquoten für Dalits und später auch Angehörige niedriger Kasten sowie die Beibehaltung der familienrechtlichen Regelungen für die Muslime. Interessant ist, dass sich dieser Zwang zur Mitte auch in der Politik der hindunationalistischen BJP wiederfand, die in der Regierung ab 1998 recht unerwartet Ziele wie politische Dezentralisierung sowie Beibehaltung und Ausdehnungen der Reservierungen verfolgte.

Armut und Verteilung

Nach gängigen europäischen Vorstellungen herrschen in Indien weit verbreitet krasse Armut und eine extreme Ungleichheit der Lebenschancen. Jeder kennt Bilder der überquellenden Slums in den

Mega-City Delhi

[...] 14 Millionen Menschen lebten nach Zahlen von 2000 in Delhi, heute (2007 - *Anm.d. Red*) sind es wahrscheinlich schon mehr als 17 Millionen. So genau weiß das niemand. Doch in welchem Delhi, in welcher Welt sie leben, hängt vor allem vom Geldbeutel, vom Status und vom Geschlecht ab. Wohl nirgends prallen Armut und Reichtum, Moderne und Mittelalter krasser und sichtbarer aufeinander als in Mega-Citys wie Delhi. Da sind die verkrüppelten Bettler, die sich nachts auf verfilzten Decken am Straßenrand zusammenschließen. [...] Da ist die @-Generation, die in Internet-Cafés mit der weiten Welt kommuniziert. Da sind die Großfamilien, die abends im Restaurant zusammensitzen. Da sind die Reichen, die nach London und New York jetten. [...] Auch das Stadtbild spiegelt die Extreme. Elende Slums grenzen an grüne Nobelviertel, dörfliche Stadtregionen, in denen sich noch Büffel in Schlammlöchern wälzen, liegen neben städtischen Einkaufsmärkten, historische Muslim-Kolonien wie Old Delhi nicht weit von dem von den Briten erbauten Regierungsviertel. Im Verkehr fahren Rikschas neben glänzenden Nobellimousinen, teilen sich Kühe, Pferde und Elefanten die Straße mit Bussen und Lastern. [...]

Ob Delhi, Bombay, Kalkutta oder Madras – die Probleme von Indiens Mega-Citys gleichen einander. Sie können den Hunger ihrer explodierenden Bevölkerung nach Strom, Wasser und Wohnraum kaum mehr stillen. In Delhi leben etwa 50 Prozent der Menschen in illegalen oder halb illegalen Siedlungen, die kaum über ein funktionierendes Abwasser- und Stromnetz verfügen. Und Besserung ist nicht in Sicht. Im Gegenteil. Immer mehr Menschen brauchen Wasser und Strom, wollen Autos fahren, Kühlschränke, Fernseher, Klimaanlage und Waschmaschinen haben. [...] Mit den Menschenmassen wachsen Umwelt- und Verkehrspro-

bleme. Zwar hat Delhi Autorikschas und Busse zwangsweise auf umweltfreundlicheres Gas umstellen lassen, doch an Smogtagen ist die Luft oft derart schlecht, dass die Menschen gräulichen Auswurf husten. [...] Auch die neue U-Bahn steckt erst in den Anfängen. Derzeit sind gerade drei Linien in Betrieb und weite Teile Delhis überhaupt nicht angeschlossen. Die Hauptverkehrsstraßen sind oft verstopft. [...] Doch trotz all dieser Nöte und Misere empfinden viele „Delhiwallahs“, die Menschen in Delhi, eine seltsame Zuneigung zu ihrer überfüllten, chaotischen Stadt. [...]

Christine Möllhoff, „Das schöne tägliche Chaos“, in: Frankfurter Rundschau vom 4. April 2007



Verstopfte Straßen gehören in der Megastadt Delhi zum Alltag.



Jörg Böhling / agenda

Zweckfremdet? In Mumbais Slums dient ein Werbeplakat zum Bau einer notdürftigen Behausung. Starke soziale Gegensätze prägen Indiens Städte.

indischen Metropolen, der Horden von Bettlern entlang der Hauptstraßen bei gleichzeitig demonstrativ zur Schau getragendem Luxus der Oberschichten. Allgemein glaubt man oft an ein mehr oder weniger ausgeprägtes staatliches Desinteresse an einer Änderung dieser Zustände. All dies, so eine häufig geäußerte Behauptung, habe sich mit der wirtschaftlichen Liberalisierung des Landes noch verschlimmert.

Diese Vorstellungen verdienen eine Differenzierung. Richtig ist, dass Armut und extreme Armut in Indien immer noch Massencharakter haben. Bei Verwendung der üblichen Armutsindizes lebten 2004/05 circa 300 Millionen Inder in absoluter Armut, das heißt, sie hatten ein Pro-Kopf-Einkommen von einem US-Dollar oder weniger pro Tag zur Verfügung. Dies waren immerhin 27,8 Prozent der Gesamtbevölkerung und ein gutes Drittel der weltweit Armen überhaupt. Jedoch ist die Zahl der absolut Armen in Indien seit den 1970er Jahren rückläufig, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung, der noch 1972/73 51,5 Prozent betrug, ist drastisch gefallen. Dieser Rückgang hätte sich sicher noch schneller vollzogen, wenn das Wirtschaftswachstum auch die weniger



ullstein bild – Still pictures

Ein Bauer in Karnataka kauft Saatgut, Dünger und Pflanzenschutzmittel. Das Budget ist knapp, eine einzige Missernte kann zum Verhängnis werden.

dynamischen Unionsstaaten im Zentrum (Bihar, Madhya Pradesh, Orissa, Rajasthan, Uttar Pradesh) und die Landwirtschaft einbezogen und zu mehr Beschäftigung geführt hätte.

Arme Bevölkerungsgruppen leben noch zu 70 Prozent auf dem Land und setzen sich dort aus Landarbeitern sowie Kleinbauern mit sehr geringen Betriebsgrößen zusammen. Landlosigkeit und Kleinbetriebe haben seit den 1960er Jahren wegen des Bevölkerungswachstums und einer verbreiteten Tendenz zur Realteilung ererbten Besitzes deutlich zugenommen, auch mangels Beschäftigungsalterna-

Perspektivlosigkeit mit fatalen Folgen

Niemand in der Familie dachte an Selbstmord, als Pramod Khandale aufbrach. An den Vortagen hatte der junge Bauer noch viel von der Zukunft gesprochen. Doch weil er seine Schulden bei einem Wucherer nicht zahlen konnte und keinen Ausweg mehr sah, erhängte er sich an einem Baum.

Fast täglich berichten Indiens Medien über ähnliche Fälle. Nach einem bisher schwachen Monsun erleben viele Regionen eine neue Selbstmord-Welle unter Bauern. Ausgerechnet in Maharashtra, einem der reichsten Bundesstaaten, ist die Krise am schlimmsten. Allein dort nahmen sich in diesem Jahr nach offiziellen Zahlen bereits 745 Bauern das Leben – und die Dunkelziffer dürfte höher liegen. Die meisten pflanzten wie Khandale Baumwolle an und waren bei Geldverleihern hochverschuldet. Auch aus den Südstaaten Kerala, Karnataka und Andhra Pradesh kommen ähnliche Berichte. [...] Selbstmorde verzweifelter Bauern sind kein neues Phänomen in Indien, aber die Zahlen steigen. Der Subkontinent mag mit Wachstumsraten von acht Prozent glänzen, doch von dem Wirtschaftswunder profitieren vor allem die Städte und die urbanen Mittelschichten. Am Land geht der Aufschwung vorbei. Zwar hängen über 60 Prozent der Inder weiter von der Landwirtschaft ab, doch der Agrarsektor trägt nur noch 20 Prozent zur Wirtschaftskraft bei.

Immer mehr Armutsflüchtlinge strömen in die Städte, wo sie auf ein besseres Auskommen hoffen. Laut Studien wird es für die Bauern immer schwerer, noch die Kosten zu decken. Viele stehen inzwischen im Wettbewerb mit Landwirten aus dem reichen Westen, die von ihren Regierungen massiv subventioniert werden und die ihre Waren deshalb billiger anbieten können. Wassermangel hat die Lage vielerorts zusätzlich verschärft. Wie Khandale geraten viele in einen Teufelskreis aus Missernten und Schulden. Um Saat zu kaufen, Brunnen zu bauen oder andere Kosten zu bestreiten, müssen sie Kredite aufnehmen. Die billigen Staatsdarlehen reichen vorne und hinten nicht, und sind auch nicht allen zugänglich. Vielen Bauern bleibt nur der Gang zu Geldverleihern, die Wucherzinsen von Hundert Prozent oder mehr im Jahr verlangen und beim Geldeintreiben auch vor Gewalt nicht zurückschrecken. Allein in Maharashtra sind 55 Prozent der Bauern verschuldet.

Experten fordern schon lange, der Staat müsse den Bauern weit mehr billige Kredite einräumen und schärfer gegen Wucherer vorgehen. Bereits in den vergangenen Jahren haben Zentral- und Länderregierungen wiederholt Notprogramme gestartet. Die Finanzhilfe reicht allerdings oft nicht aus.

Christine Möllhoff, „Schulden treiben Indiens Bauern in den Tod“, in: Frankfurter Rundschau vom 3. Juli 2006

tiven auf dem Lande. Entgegen verbreiteter Ansicht sind die städtischen Armutsfamilien nicht etwa arbeitslos; tatsächlich gehen überdurchschnittlich viele Familienmitglieder einer Beschäftigung nach, allerdings in wenig produktiven Bereichen, die nur geringsten Lohn abwerfen.

Die Kluft zwischen den reichen und armen Unionsstaaten hat sich nach 1991 geweitet. Letztere wiesen ein nur halb so hohes wirtschaftliches Wachstum auf und konnten es auch schlechter in Armutsreduktion umsetzen. Begründen lässt sich dies unter anderem damit, dass die reichen Staaten zu Beginn der Liberalisierung bessere Startvoraussetzungen mitbrachten. Private Investitionen aus dem In- und Ausland flossen in jene Staaten, die über eine angemessene Infrastruktur, einen akzeptablen Bildungsstand und eine stabile Regierungsführung verfügten, die Recht und Ordnung einigermaßen gewährleisten – Eigenschaften also, die durchaus veränderungsfähig sind.

Weniger eindeutige Aussagen lassen sich darüber treffen, inwieweit die Liberalisierung nach 1991

Die Kluft zwischen Arm und Reich nimmt zu

zu einer Verschlechterung der Einkommensverteilung führte. Die Ungleichverteilung ist in Indien im Vergleich zu Lateinamerika, China und Afrika immer noch relativ gemäßigt, hat sich aber durch den Rückstand der Landwirtschaft und der weniger dynamischen Bundesstaaten, aber auch aufgrund der hohen Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften und der damit verbundenen stärkeren Lohnspreizung ausgeweitet. Stark gestiegen ist das Einkommen der Superreichen, das statistisch aber nicht sonderlich ins Gewicht fällt.

Völlig unzutreffend wäre die Unterstellung, der indische Staat habe zur Beseitigung der Armut nichts getan und die aus dem Ausland einströmenden Mittel zur Armutsbekämpfung gänzlich zweckentfremdet. Das wäre schon am demokratischen Charakter des Staates gescheitert, also konkret am Stimmgewicht der Armen. Schon der Unabhängigkeitskampf war eine Massenbewegung, die Ideologie der lange Zeit dominierenden Kongresspartei war stark egalitär ausgerichtet, sie und andere Parteien maßten der Armutsbekämpfung prioritäre Bedeutung zu, auch wenn sie bei der konkreten Umsetzung der Programme Defizite erkennen ließen (siehe hierzu S. 25). Aus diesen Ausführungen ergibt sich ein differenziertes Bild der sozialen Bedingungen in Indien, das zur Abrundung jedoch eines Blicks auf die hauptsächlich gesellschaftlichen Konfliktlinien bedarf.

Gesellschaftliche Konfliktlinien

Kastensystem

Die in Kurzdarstellungen über Indien häufig auftauchende Teilung des Kastensystems in die vier Kasten Gruppen (oder *Varnas*: Farben) der Priester, Krieger, Händler und Bauern ist irreführend, da sie allenfalls Oberbegriffe darstellen. Der in ganz Indien verwen-

dete Begriff für Kaste ist dagegen *Jati* und bedeutet etwa Geburtsgruppe. Wichtigste Kennzeichen der traditionellen Kasten waren bzw. sind die Zugehörigkeit ihrer Mitglieder von Geburt an, die Berufsbezogenheit, die Vorschriften zur Reinerhaltung der Kaste und damit insbesondere Beschränkungen bei der Partnerwahl. Nur bedingt richtig ist die Vorstellung, das Kastensystem unterbinde gesellschaftliche Mobilität. Schon seit langem gibt es immer wieder erfolgreiche kollektive Versuche einzelner Kasten, etwa durch den Erwerb von politischen Ämtern oder Landerwerb die berufliche und soziale Leiter emporzusteigen und die rituellen Vorschriften der



Bei der Partnerwahl noch immer ein wichtiges Kriterium: die Kastenzugehörigkeit.

Oberkastigen zu übernehmen – sich, wie es heißt, zu *sanskritisieren*. Im Übrigen haben der Einzug der Geldwirtschaft, die Urbanisierung und die erhöhten Bildungschancen in Indien den tradierten Umgang der Kastenangehörigen miteinander stark verändert. Dies gilt insbesondere für die Arbeits- und Geschäftsbeziehungen in modernen, städtischen Sektoren, weniger auf dem Lande, wo es durchaus noch abgegrenzte Wohngebiete für die einzelnen Kasten Gruppen gibt.

Die Darstellung des Kastensystems als Teil der natürlichen, hierarchischen Gesellschaftsordnung ist schon lange nicht mehr politisch korrekt, dies wäre auch mit der auf Gleichheit ausgerichteten Verfassung nicht vereinbar. Trotzdem vergeben Parteien Kandidaturen oder Führungspositionen nach Kastenkriterien, zumal sich leicht identifizierbare Kastenschranken im Wahlkampf gut zur Abgrenzung und Mobilisierung, nach der Wahl zur Verteilung gruppenbezogener Vorteile eignen. Das Kastensystem ist durch den demokratischen Prozess in Indien daher vermutlich noch gestärkt worden – hat sich dabei aber auch verändert. Wichtig waren in diesem Zusammenhang die Reservierungen für Ausbildungsplätze in den Hochschulen und für Stellen im öffentlichen Dienst zugunsten der Unterkastigen (*Scheduled Castes*) und der Stammesangehörigen (*Scheduled Tribes*), später der niederen Kasten (*Other Backward Castes*). Um die Bedeutung dieser Maßnahmen zu ermessen, muss man wissen, dass Arbeitsplätze im formellen Wirtschaftssektor in Indien rar und privilegiert sind, Reservierungen also bedeutsame Startvorteile für bessere Lebenschancen verschaffen können. Die praktischen Effekte der als Überbrückungsmaßnahme gedachten (jedoch ständig verlängerten) Reservierungen litten zwar darunter, dass viele potenziell Begünstigte gar nicht über die Qualifikationen verfügten, um diese Stellen zu besetzen, vor allem nicht in den höheren Rängen, sie haben aber einer Elite der niederen Kasten nicht gekannte Aufstiegschancen verschafft. Im Jahre 1990 wurde unter heftigen Protesten der obe-

ren Kasten eine Reservierung von 27,5 Prozent der Stellen im öffentlichen Dienst und der Ausbildungsplätze in den Hochschulen für die niederen Kasten angekündigt. Diese Quote wurde durch ein Urteil des Obersten Gerichts bestätigt – wonach aber die Reservierungen insgesamt auf 50 Prozent der zur Verfügung stehenden Plätze begrenzt werden müssen. Die Reservierungspolitik ist zu einem mächtigen Mittel der Umverteilung von Lebenschancen geworden. Um die durch die Zentralregierung erfolgende Zuordnung zu den niederen Kasten besteht daher ein heftiges Gerangel, sie erfolgt also nicht nach „natürlichen“ Kriterien. Die Reservierung ist in einigen Unionsstaaten mittlerweile auf die Muslime ausgedehnt worden. Eine Einbeziehung der privaten Bildungsinstitutionen und der Privatwirtschaft in die Reservierungen wird noch kontrovers diskutiert.



REUTERS / Jagadeesh

Zugangsquoten aufgrund von Kastenzugehörigkeit rufen auch Proteste hervor. Medizinstudenten demonstrieren im Mai 2006 in Bengaluru.

Der Hinduismus

[...] Weltanschauung

Die Grundlage der hinduistischen Weltanschauung wird von den Vorstellungen von „Moksha“, „Dharma“ und „Karma“ gebildet. Moksha (übersetzt als „Transzendenz“, „Erlösung“, „Befreiung aus dem leidvollen Kreislauf der Wiedergeburten“) ist das höchste Ziel menschlicher Existenz. Wer Moksha erreicht, verschmilzt seine individuelle Einzelseele („Atman“) mit der eigenschaftslosen Weltenseele („Brahman“). Das Ideal eines Erlebnisses der Einheit von Mensch und Ewigkeit vermittelt jedem Hindu die Möglichkeit einer „mystischen“ Erfahrung, nicht nur einer Elite von Künstlern, Dichtern und Heiligen.

Für die meisten Hindus heißt das Erreichen von Moksha allerdings, in einer Reihe vieler Wiedergeburten auf der Straße des Dharma zu reisen. Wenn Moksha das Lebensziel ist, dann ist Dharma (Gesetz, Moral, Pflicht, rechtes Handeln) das Mittel, um sich diesem Ziel zu nähern. [...]

Karma, als dritter Pfeiler der hinduistischen Weltanschauung, steht für den endlosen Zyklus der Wiedergeburten, in dem die Seele voranschreitet oder sich zurückentwickelt, zu ihrem Glück oder Leid. Karma bezeichnet zugleich die Kontrolle dieser Bewegung durch die eigenen Handlungen und Gedanken: Man erntet, was man sät. So macht das Karma-Gesetz das Unrecht in der Welt erklärbar und erträglich, indem es Gerechtigkeit in der Zukunft verspricht. Zugleich ist es ein Appell, sich ethisch zu verhalten und Gutes zu tun.

Gesellschaft

Gesellschaftlich ist die Signatur des Hinduismus das Kastenwesen. Die Kaste ist die soziale Gruppe, in die der Einzelne hineingeboren wird; die Hindu-Gemeinschaft ist in höhere und niedrigere Kasten unterteilt, die auf der Unterscheidung von Reinheit und Unreinheit beruhen. Ein Brahmane ist nach dieser Sicht am reinsten (obwohl es auch unter den Brahmanen wieder viele nach Reinheit abgestufte Kasten gibt), ein Unberührbarer, ein Dalit [...], ist der am stärksten verschmutzte. [...] Berufe, die eine Kaste mit dem Tod oder mit körperlichen Substanzen in Berührung bringen (Straßenkehrer beispielsweise, Wäscher, Frisöre, Gerber und Schuster), sind die am stärksten verunreinigten. [...] Das Kastenwesen mit seinen furchtbaren Ungerechtigkeiten [...] färbt [...] das Denken der Hindus in vielen Lebensbereichen weiterhin. [...]

Mensch und Gott

Es gehört zu den Charakteristika des Hinduismus, dass es keine absolute Grenze zwischen Göttern und Menschen gibt – nicht sel-

ten werden Menschen als Inkarnationen eines Gottes betrachtet, was einem Christen vermessen vorkommen muss. Da es im Hinduismus keine theologisch verbindliche „Rahmenerzählung“ gibt, variieren die Gottesvorstellungen erheblich. Es gibt sogar Schulen, die die Existenz Gottes verwerfen. [...]

Die drei Hauptströmungen des Hinduismus – Vaishnavismus, Shivaismus und Shaktismus – in denen jeweils Vishnu (und seine Inkarnationen), Shiva und die vielen Formen der großen Göttin Mahadevi verehrt werden, rühmen das Göttliche in ganz unterschiedlicher Form. Zugleich betrachten viele Hindus die Götter als Manifestationen eines einzigen, transzendenten Gottes. [...]

Man kann sich dem transzendenten Gott auf zahlreichen Wegen nähern: von den Meditationen der Mystiker über den formlosen Gott, der im menschlichen Inneren wohnt, und die Götterfiguren in Tempeln bis hin zu lebenden Gurus. [...] „Eine Wahrheit, viele Wege“ ist ein bekannter Leitsatz, den alle Hindus unterschreiben würden. [...]

Bedeutung der Praxis

[...] Feste und Umzüge sind Beispiele für etwas, was vielleicht der auffälligste Zug des Hinduismus ist: der Vorrang der Praxis, des religiösen Lebens, vor dem Glauben. [...]

Es gibt zwei Spielarten der Praxis im Hinduismus: die rituelle und die spirituelle. Rituelle Handlungen sind häufig sehr aufwendig und in den meisten Familien ein fester Bestandteil des Alltags. Die spirituelle Disziplin verspricht eine direkte Erfahrung der Einheit mit dem Unendlichen in diesem Leben. Die spirituellen Übungen, die von den unterschiedlichsten Erlösungslehren inspiriert sind, benötigen keine feste Organisationsstruktur oder festgelegten Rituale. Für ihre Praxis ist gewöhnlich die Institution des Guru (des geistigen Lehrers) von großer Wichtigkeit. Der Guru überwacht den spirituellen Fortschritt des Suchenden. [...]

Insgesamt mag man die bezeichnendste Besonderheit des Hinduismus in seiner erstaunlichen Gleichgültigkeit gegenüber religiösen Doktrinen und Geboten sehen. Toleranz und der Sinn für Relativität scheinen die Leitmotive im Umgang mit diesen Themen zu sein. Statt sich an verbindlichen Lebensregeln zu orientieren, steht im Hinduismus das religiöse Erleben im Vordergrund. Ob man in Ritualen aufgeht oder sich mit mystisch-spirituellen Praktiken beschäftigt, das Erlebnis des Heiligen bleibt in der hinduistischen Suche zentral. [...]

Übersetzung aus dem Englischen von Katharina Kakar

Sudhir Kakar, „3306 Götter, die eine Gottheit sind“, in: Die Zeit Nr. 11 vom 8. März 2007



Unbeliebte und „unreine“ Arbeiten werden meist von Dalits erledigt. Eine Dalit-Frau reinigt Latrinen in Vathalagundu (Tamil Nadu), Februar 2004.

Die am stärksten unterprivilegierte Minderheit in Indien stellen die „Unberührbaren“ dar, heute üblicherweise Dalits (die „Zertretenen“) genannt, bei uns oft unsinnigerweise „Kastenlose“. Unsinnig deshalb, weil man als Hindu gar nicht aus dem Kastensystem herausfallen kann. Nach dem Zensus von 2001 entfielen 16,2 Prozent der Bevölkerung auf die so genannten *Scheduled Castes*, die allerdings untereinander durchaus noch Unterschiede beachten und sich deshalb nicht zwangsläufig solidarisch fühlen. Dalits sind typischerweise in der Landwirtschaft beschäftigt (als Landarbeiter, auch als Kleinbauern), wobei ihr Anteil am bewirtschafteten und mehr noch am bewässerten Land deutlich unter ihrem Anteil an der Landbevölkerung liegt. Andere typische Dalit-Berufe auf dem Lande und in der Stadt sind die Reinigung von Straßen, Gebäuden und Latrinen, die Ledergerbung und die Schuhmacherei.

Nach Artikel 17 der indischen Verfassung wurde die Unberührbarkeit für abgeschafft erklärt, gewaltsame Übergriffe gegenüber Dalits sollten strafrechtlicher Verfolgung unterliegen. Das milde gefasste Ausführungsgesetz ließ allerdings fünf Jahre auf sich warten und musste – mangels durchschlagender Wirkung – schon 1976 nachgebessert werden. Doch bis heute führten die nicht allzu häufigen Prozesse in über 70 Prozent der Fälle zum Freispruch der Angeklagten. In den letzten Jahren wurde wenigstens die Zahl mobiler Gerichte erhöht, um die immer noch sehr häufigen Verstöße schneller ahnden zu können.

Die Reservierungspolitik erreichte, dass die Dalits den ihnen zustehenden Anteil an den unteren Rängen im öffentlichen Dienst besetzen konnten; mangels Bildungsvoraussetzungen sind Dalits aber in den höheren Positionen bis heute nicht vertreten und werden bei Beförderungen kaum berücksichtigt. In den Unionsstaaten sieht es zum Teil noch schlechter aus. Auch die vielen Sonderprogramme zur Besserstellung der Dalits haben an ihrer Benachteiligung nicht allzu viel ändern können, zumal sie durch gegenläufige Entwicklungen wie die zunehmende Landlosigkeit konterkariert wurden. Aus Frustrati-

on und um der Diskriminierung zu entgehen, sind Dalits vielfach zu anderen Religionsgemeinschaften konvertiert, obwohl sie auch dort häufig von den Altgläubigen ausgegrenzt wurden.

Im Jahre 1972 trat mit den *Dalit Panthers* erstmals eine militante politische Partei als Vertreterin dieser Gruppe auf, die allerdings unstrukturiert blieb, sich im Wesentlichen auf Mumbai und Umgebung beschränkte und sich nach bereits zwei Jahren auflöste. Zwölf Jahre später wurde eine neue, relativ erfolgreiche Dalit-Partei, die *Bahujan Samaj Party* (BSP) ins Leben gerufen. Die BSP war seit 1993 mehrmals an der Landesregierung von Uttar Pradesh beteiligt und führt diese nun seit 2007 an. In anderen Unionsstaaten kam sie bisher über eine Statistenrolle nicht hinaus.

Stammesangehörige

Indien ist das Land mit der weltweit größten Stammesbevölkerung. Circa 90 Millionen oder 8,2 Prozent der Bevölkerung verteilen sich auf etwa 600 verschiedene Stämme. Die Stämme (*tribals*, Hindi: *adivasi*) sind vermutlich die Reste der Urbevölkerung, Anhänger von Naturreligionen und Halbnomaden, die sich bei der indoarischen Einwanderung in die unwegsamen Bergregionen zurückzogen. Noch heute leben sie hauptsächlich in der nordöstlichen Himalaya-Region und im zentralindischen Berg- und Waldland. Sie siedelten dort an den Hängen, betrieben neben Sammeln und Jagen in den Wäldern Brandrodung, kannten meist kein individuelles Landeigentum und waren egalitär organisiert. Viele Stämme haben mit der Zeit ihre Muttersprache verloren, den hinduistischen oder christlichen Glauben angenommen und sich sozial differenziert. In Mischgebieten haben sie auch die gängigen landwirtschaftlichen Anbaupraktiken übernommen. Heute verdingt sich der größere Teil als Landarbeiter oder Kleinbauern.

Schon zur Kolonialzeit wurde ein großer Teil ihres Landes von Fremden in Beschlag genommen. Darauf reagierte die Kolonialregierung viel zu spät mit spe-



Die Rechte und die traditionelle Lebensweise der Adivasi wurden in Indien lange Zeit nicht genügend geachtet. Nomaden in Kaschmir, Juni 2007

ziellen Schutzgesetzen, welche das unabhängige Indien ohne große Begeisterung übernahm. Die auch zugunsten der indigenen Bevölkerung praktizierte Förderung durch Quoten und spezielle Maßnahmen zum Schutz ihrer kulturellen Identität hatten gemischte Ergebnisse. Die Ausbildung fand entgegen den Bestimmungen häufig in der Regionalsprache statt, die den Adivasi fremd war, und die Rekrutierung von Lehrern für die entlegenen Gebiete erwies sich als Problem. Gravierende Folgen für die Stammesangehörigen hatte außerdem die Einführung privaten Landrechts sowie die in Indien eingeschlagene staatliche Entwicklungs- und Industrialisierungspolitik. Diese führte dazu, dass die Adivasi große Teile ihres Stammeslands verloren: In Stammesgebieten wurden schwerindustrielle Komplexe angesiedelt (unter anderem das mit deutscher Hilfe erstellte Stahlwerk Rourkela), riesige Staudämme gebaut (Narmada), Erz geschürft oder auch nur schlicht Wald zum Holz- und Bambuseinschlag staatlicher-

seits verpachtet. Logischerweise unterminierte dies die traditionellen Lebensgrundlagen der Stämme, die überdies zu Hunderttausenden im Gefolge dieser Projekte umgesiedelt wurden. Besonders verbitterte sie die staatliche Forstpolitik, welche die Brandrodung und den individuellen Holzeinschlag untersagte, gleichzeitig aber Papiermühlen die preiswerte Holzverwertung gestattete. Es verwundert daher nicht, dass diese Entwicklungen Teile der Stammesbevölkerung radikalisierten. Im Nordosten Indiens verstärkten sie den Zulauf zu secessionistischen Gruppen, im Rest des Landes den zu den ultralinken Naxaliten, gewaltbereiten Landbesetzern, die von der CPI (ML), der *Communist Party of India (Marxist-Leninist)*, und anderen militanten Organisationen rekrutiert werden. Die Naxaliten liefern sich blutige Auseinandersetzungen mit den privaten Armeen von Grundbesitzern sowie den Sicherheitskräften und haben in einigen Distrikten Indiens sogar schon eine Art Parallelverwaltung aufgebaut. Sehr spät hat

Zwischen Mainstream und Mao

[...] Einen radikalen Aufschwung erlebte die Linke nach der Teilung Indiens in den Reihen der Flüchtlinge. [...] in den späten 60er Jahren [...] begann sich die Linke zu teilen [...] in zahlreiche Parteien und Fraktionen [...], von denen die größten nach einem Überraschungserfolg im Jahr 1977 in Westbengalen und anderen Bundesstaaten letztendlich in der parlamentarischen Politik ankamen. Seite an Seite mit ihnen bestand aber auch die Gruppe der Ultralinken („Naxaliten“ – gängige Bezeichnung für revolutionäre und maoistische Gruppen nach der Spaltung der kommunistischen Bewegung Indiens) weiter fort. Dieser gelang es in letzter Zeit, ihren Einfluss weiter auszubauen, z.B. in den Stammesgebieten von Andhra Pradesh, Madhya Pradesh, Orissa und Bihar. Gleichzeitig verfolgte die Mainstream-Linke an der Regierung systematisch wichtige politische Projekte, wie eine weitreichende Bodenreform, die Demokratisierung der Politik durch gewählte lokale Selbstverwaltungsgremien (sog. *panchayats*) in Bengalen und eine erfolgreiche Initiative zur Alphabetisierung in Kerala.

Zudem kam es zu einer strategischen Stärkung des organisatorischen Apparates. Insbesondere die CPI [Kommunistische Partei Indiens – *Anm. d. Red.*] hat eine beeindruckende Parteimaschinerie entwickelt, die eine Vielzahl von Funktionen erfüllt. Sie stellt den Schlüssel zu einer ganzen Reihe sozialer Güter und Dienste dar und verteilt kulturelles Kapital, politische Macht und Wohlstand unter ihren Mitgliedern. Über die Jahre hat die Linke nicht nur erfolgreich die Opposition praktisch zu Papiertigern reduziert, vor allem in Bengalen, sondern sich auch nachhaltig als die verlässlichste demokratische Kraft mit einer für echte Entwicklung nötigen, klaren Vision von gesellschaftlicher Veränderung präsentiert. Trotz der kürzlich aufgekommenen Begeisterung



Bei den Adivasi finden maoistische Rebellen oft großen Zulauf. Andhra Pradesh 2005

für einen von neoliberalen Geist beseelten wirtschaftlichen Kurs innerhalb von Teilen der linken Führungsschicht ist die Partei bestimmten sozialdemokratischen Zielsetzungen treu verpflichtet geblieben. [...]

[Die Naxaliten] versuchen [...], eine reinere Form kommunistischer Politik zu repräsentieren. Sie bleiben verhaftet in den Begriffen der ursprünglichen marxistischen Rhetorik, sind aber in der Praxis fokussiert auf die Modifizierung ihrer Politik gegenüber den marginalen Wahlkreisen wie den Stammesgemeinschaften und der grundbesitzlosen ländlichen Bauernschaft. Die indischen Maoisten

haben einen mehr oder weniger beständigen Einfluss auf diese Gebiete ausgeübt. Sie kontrollieren heute einen ausgedehnten Korridor durch mehrere Staaten im Osten und Südosten des Landes. Die Ultralinke ist heute eine Macht. Ihr Charakter und ihre Strategien sind aber im Wandel, seit sich die urbane Mittelklasse-Intelligenz, die einst das Herzstück der ultralinken Führung bildete, von ihr abzuwenden begann.

Die Wiederkehr der Ultralinken und ihr beträchtlicher Einfluss auf dem Lande sind auch ein Indikator für die praktischen Grenzen der indischen Staatsmacht und dem von ihr verfolgten Entwicklungsmodell. Die aktuelle Herausforderung für die indische Demokratie besteht darin, wie die armen und marginalisierten Gruppen in das offizielle Paradigma der Entwicklung eingebunden werden können. [...] Für die Mainstream-Linken ist das Parameter des eigenen Erfolges umgekehrt proportional zum Aufstieg und Wachstum der radikalen Linken. In ihrem Programm der sozialen Demokratie muss die parlamentarische Linke ernsthaftes Gewicht auf eine gerechte Um-

verteilung legen, um die schnelle Entfremdung der Unterklasse von ihrer traditionellen Stellung zu stoppen und den Einfluss der radikalen Linken in Grenzen zu halten. Das ist die aktuelle Herausforderung.

Übersetzung aus dem Englischen: Michael Funk
Mollica Dastider, „Linke und Ultralinke“, in: *Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte* Nr. 10 vom Oktober 2006



jörg Böhling / agenda

Einen massiven Eingriff in die Natur und in das Lebensgebiet der Adivasi stellt der Narmada-Staudamm in Gujarat dar.

der indische Staat auf diese Entwicklungen auch auf nichtmilitärischem Wege reagiert und im Jahre 2006 ein neues Forstgesetz sowie eine neue Stammes- und Rehabilitierungspolitik verabschiedet. Mit Einsatz von Sondergerichten soll den Stammesangehörigen verlorenes Land zurückerstattet werden. Umsiedlungen sollen eingeschränkt und die traditionellen Rechte der Adivasi an den Produkten des Waldes sollen anerkannt werden.

Hindus und Muslime

Eine gefährliche Konfliktlinie für die langfristige Stabilität Indiens verläuft zwischen der Hindumehrheit und der Minderheit der Muslime, die derzeit circa zwölf Prozent der Bevölkerung stellt. Dieser Konflikt hatte nach der Teilung lange Jahre geruht, bedingt durch die Erinnerung an deren blutige Folgen, durch den Auszug der Muslim-Elite nach Pakistan und die Tatsache, dass die Muslime keine eigene politische Vertretung kannten, die Kongresspartei sie vielmehr integrierte und ihren Schutz übernahm. Dies zeigte sich vor allem daran, dass für Muslime ein eigenes Ehe- und Familienrecht beibehalten wurde. Das Oberste Gericht in Neu-Delhi hatte 1985 gegen muslimische Rechtsvorschriften einen Mann zu Unterhaltszahlungen für seine geschiedene Frau verpflichtet, um zu verhüten, dass sie zum Sozialfall würde. Als daraufhin Unruhen in mus-

limischen Kreisen ausbrachen, peitschte die Kongressregierung 1986 den *Muslim Woman Act* durch, wonach geschiedenen Musliminnen kein Unterhalt zusteht. Dieser Vorgang verärgerte hindunationalistische Kreise, denen auch das wachsende Selbstbewusstsein der Muslime missfiel, das sich durch fundamentalistische Einflüsse und Gastarbeiterüberweisungen, etwa aus den Ländern der Golfregion und den USA, gesteigert hatte. Ängste richteten sich auch auf die angebliche Fruchtbarkeit der Muslime, welche den Anteil der Hindus an der Bevölkerung absenken würde. Infolgedessen verbreiteten sich Spektrum und Schlagkraft der hinduradikalen Organisationen, die den Minderheitenschutz reduzieren und eine einheitliche Hindukultur (*hindutva*) durchsetzen wollten.

Der politische Arm dieser Gruppierungen, die BJP, gewann ab den späten 1980er Jahren ein erhebliches Anhängerpotenzial und organisierte 1990 die schon erwähnte Kampagne zum Bau eines Tempels für den Gott Ram auf dem Gelände der Moschee von Ayodhya (siehe S. 8). Die Kampagne wurde zwar kurz vor ihrem Ziel gestoppt, die Unionsregierung vermied aber damals wie später den offenen Konflikt mit den Hindu-Chauvinisten und versuchte stattdessen, den Streit um den Tempelbau durch Verweis an die Gerichte auszusetzen. Obwohl diese Bauarbeiten auf dem Gelände der Moschee untersagten, rissen fanatisierte Massen ungehindert durch Sicherheitskräfte im Dezember 1992 die Moschee nieder. Die anschließende Welle der Gewalt, die große Teile Indiens ergriff, hinterließ, obwohl der BJP-Chefminister von Uttar Pradesh entlassen und etliche Rädelführer festgenommen wurden, bei den Muslimen das Gefühl, dass der Staat nicht mehr zuverlässig bereit sei, sie zu schützen. Diese Wahrnehmung verstärkte sich durch die zunehmende Zahl und Intensität gewaltsamer Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen der beiden Religionsgruppen seit den 1980er Jahren, bei denen die Polizei aus eigenem Antrieb oder auf politisches Geheiß die Rädelführer der Mehrheit schützte und gewähren ließ. Spektakulärster Fall waren die Ausschreitungen in



picture-alliance / dpa

Spannungen zwischen Hindus und Muslimen entladen sich immer wieder in Ausschreitungen. In Ahmedabad attackieren Hindus muslimische Häuser und Geschäfte (2002).

Gujarat 2002, als nach einem Überfall jugendlicher Muslime auf einen von Ayodhya kommenden Zug militanter Pilger sich pogromartige, von der Landesregierung offenkundig gebilligte oder gar angeheizte Schlächtereien an Muslimen ereigneten. Der korrekten Darstellung halber ist zu erwähnen, dass die religiösen Konflikte in Indien in engem Zusammenhang mit nicht-religiösen, politisch-sozialen Ursachen stehen. Sie ereignen sich vor allem dort, wo keine zivilgesellschaftlichen Netzwerke zwischen Hindus und Muslime existieren und wo Parteien auf die Stimmen Letzterer nicht angewiesen sind. Die neue Zentralregierung unter der Führung der Kongresspartei zeigt sich auch bemüht, der faktischen sozioökonomischen Diskriminierung der Muslime Abhilfe zu schaffen. Diese weisen nämlich nach den Stammesangehörigen und Dalits den geringsten durchschnittlichen Bildungsgrad auf und sind in den höheren Rängen der Bürokratie und in politischen Leitfunktionen nur äußerst schwach vertreten. 2005 wurde eine Kommission eingesetzt, um ihre Lage zu untersuchen und Vorschläge zu deren Verbesserung zu unterbreiten.

Frauen und Mädchen

Frauen stellen in Indien nach wie vor die bedeutendste benachteiligte Minderheit dar. Sie sind rechnerisch in der Minderheit, weil entgegen der biologischen Norm die Bevölkerungsstruktur Indiens seit Jahrzehnten durch einen Männerüberschuss gekennzeichnet ist (2001 kamen auf 1000 Männer nur 933 Frauen). Frauen haben in der indischen Gesellschaft auch nach wie vor einen minderen Status und sind mit weit verbreiteter Diskriminierung konfrontiert. Diese findet zumindest in der indischen Verfassung und in späteren Ausführungsgesetzen keine Entsprechung. Ein prominentes Ausführungsgesetz, der so genannte *Hindu Code* (ratifiziert als Einzelgesetze zwischen 1950 und 1955), modernisierte das überkommene Familienrecht in Bezug auf Verehelichung, Scheidung, Adoption und Erbrecht mit dem Ziel völliger Gleichstellung. Einschlägige Institutionen zur Frauenförderung entstanden gleichzeitig. Unzufrieden mit dem Erreichten blieben zunächst nur die weiblichen Mitglieder der Kommunistischen Partei, die mit weitergehenden Emanzipationswünschen schon bei ihren männlichen Kollegen Schwierigkeiten bekamen. Bis zur Publizierung eines von der Regierung in Auftrag gegebenen und äußerst kritischen Berichts („*Towards Equality*“, 1974) änderte sich an der Selbstgefälligkeit über das Erreichte wenig.

Die prominente Beteiligung von indischen Frauen in der Politik wird oftmals als Gegenbeweis für die fehlende Benachteiligung angeführt. Dabei wird unterschlagen, dass weibliche Abgeordnete im Parlament auch heute noch eine winzige Minderheit darstellen (unter zehn Prozent), ebenso wie in den höheren Rängen der Ministerialbürokratie. Jedoch ist etwas Bewegung in die Szene gekommen. Nachdem Anfang der 1990er Jahre eine Frauenquote von

33 Prozent für die lokalen Körperschaften von einer großen Parlamentsmehrheit verabschiedet worden war, gab es Bemühungen, diese durch eine Verfassungsänderung 1996 auch auf das Bundesparlament und die Länderparlamente auszudehnen. Über dieses Vorhaben wird zurzeit aber immer noch diskutiert. Vor allem politische Vertretungen niederer Kasten lehnen es ab, weil es angeblich nur elitären Frauen nützen würde.

Sichtbarstes Zeichen der fortwährenden Unterprivilegierung ist das immer noch hohe indische Frauendefizit, das vor allem in den landbesitzenden, traditionellen Gemeinschaften ausgeprägt ist. Es ist die Folge der Tötung bzw. mangelnden Ernährung und gesundheitlichen Vernachlässigung kleiner Mädchen, aber auch der häufigeren Abtreibung



Charlotte Thege / Das Fotoarchiv

Zahlreiche Formen der Unterdrückung prägen noch immer das Leben indischer Frauen. Tagelöhnerin beim Zuckerrohranbau

weiblicher Föten nach vorgeburtlicher Geschlechtsbestimmung durch Ultraschall. Aufgrund massiver werdender Proteste der indischen Frauenbewegung wurden diese Untersuchungen zunächst in Maharashtra, 1994 in ganz Indien untersagt bzw. nur noch in medizinischen Notfällen zugelassen. Ärzten ist es aber nach wie vor ein Leichtes, aus den lukrativen Untersuchungsgebühren die Ordnungshüter zu bestechen. Schließlich erklärt sich die höhere weibliche Sterberate in späteren Lebensabschnitten durch die vergleichsweise hohe Müttersterblichkeit als Folge zu kurz aufeinander folgender und vor allem zu früher Geburten. Letzteres ist eine Konsequenz des nach wie vor sehr frühen durchschnittlichen Heiratsalters.

Mädchen werden immer noch etwas weniger häufig eingeschult als Jungen, weisen aber vor allem

höhere Abbrecherquoten auf. Diese Differenz ist besonders in ländlichen Regionen ausgeprägt, wo der weibliche Nachwuchs früh zur Versorgung der Geschwister oder des Haushalts eingesetzt wird. Mädchen, die dennoch eine abgeschlossene Ausbildung erhalten, entscheiden sich oft für geisteswissenschaftliche Studienfächer und pflegerische Berufe.

Heiraten in Indien stellen eine seltsame Mischung aus Tradition und kommerziellen Praktiken dar. Die heute eigentlich verbotene Mitgift (*dowry*) geht auf eine Zeit zurück, als in Indien Privateigentum entstand und das Patriarchat gleichzeitig die Beschäftigung der Frauen aus höheren Kasten außerhalb des eigenen Haushalts verbot. Die Mitgift diente damals der materiellen Absicherung der Frau nach dem Eheschluss, hat sich aber von diesen Ursprüngen weit



REUTERS / Scampix

Verdiente Auszeichnung: 2006 wurde Ruth Manoramams Einsatz für Dalit-Frauen mit dem Alternativen Nobelpreis honoriert.

Leben zwischen Emanzipation und Unterdrückung

[...] Inderinnen leben in einem Land, das sich rühmt, die größte Demokratie der Welt zu sein. Sie sind es gewohnt, Macht zu haben und Rechte und Chancen. Zu einer Zeit, als Schweizerinnen noch gar nicht wählen durften, fast 40 Jahre vor Angela Merkel, war Indira Gandhi Premierministerin, 15 Jahre lang. Heute führt deren Schwiegertochter Sonia Gandhi die Kongresspartei, Inderinnen managen Banken, IT-Firmen, Callcenter. Laut Gesetz sind sie den Männern gleichgestellt, Indien hat eine der fortschrittlichsten Verfassungen der Welt und mehr Gesetze zum Schutz von Frauen als viele andere Länder. „Andererseits“, sagt die Frauenrechtlerin Urvasi Butalia, „[...] ist Indien ein Land voller Gegensätze, ein gigantischer Subkontinent, der in vielen Jahrhunderten gleichzeitig existiert.“ Die Mehrzahl der Inderinnen lebt in der Steinzeit, in einer von Männern dominierten, hierarchischen Gesellschaft. Sie gelten als Menschen zweiter Klasse, haben sich unterzuordnen, der Kaste, dem Glauben, dem Ehemann und der Schwiegermutter. [...]

In kaum einem anderen Land, so die Statistik, gibt es mehr Frauenfeindlichkeit. Alle drei Minuten ist eine Frau Opfer einer Straftat, alle neun Minuten wird sie von einem Familienmitglied misshandelt. Jede zweite Inderin ist Analphabetin, in einigen Regionen werden Mädchen mit zehn Jahren verheiratet, und wenn sie den Mitgiftforderungen auch nach der Hochzeit nicht nachkommen – ein neues Auto, eine Reise –, werden sie mit Kerosin übergossen und angezündet. [...]

Der Widerstand formierte sich Mitte der siebziger Jahre. Anlass war ein Regierungsbericht zur Lage der Frau. [...] Die erste Massenkundgebung von Frauen fand 1980 statt, nachdem zwei Polizisten auf einer Wache eine 16-Jährige vergewaltigt hatten und freigesprochen wurden. So entstand eine der dynamischsten Frauenbewegungen der Welt. Die Aktivistinnen leben in der Provinz oder in Megacities, sind Musliminnen oder Hindufrauen, Höherkastige oder Unberührbare. Oft gibt es Rückschritte, Streit mit religiösen Fanatikern, Verzweiflung, wenn Hindus gegen Muslime kämpfen und Frauen die Opfer sind. Was sie eint, ist der Wille zu Macht, zu Mitbestimmung und die Hoffnung auf Veränderung. [...] Seit einer Verfassungsänderung 1992 bestimmen mehr als eine Million Inderinnen die Zukunft ihrer Kommunen, bisher recht erfolgreich, seit Jahren fordern sie die Frauenquote auch für das Parlament in Neu-Delhi, bisher vergebens.

Indien hat Frauen, die berühmt sind im Land, weil sie ihren Ruf riskieren und manchmal auch ihr Leben. Aktivistinnen der Chipko-Bewegung etwa, einfache Landfrauen, die sich an Bäumen festkrall-

ten, damit man diese nicht fällt. Die Schriftstellerin Arundhati Roy, die gegen den Bau des Narmada-Staudamms anschrieb. [...] Oder Shabana Azmi, Bollywood-Diva, bekannt seit „Fire“, einem Film über lesbische Liebe. Heute lässt sie Häuser bauen im Slum neben Mumbais Filmcity und streitet mit Drehbuchautoren, weil sie sich Rollen nicht gern vorschreiben lässt.

Alle diese Frauen verändern ihr Land, langsam, aber dauerhaft, und doch sind die Schlachten längst nicht geschlagen. Denn Indien [...] werden in Zukunft die Frauen fehlen, nie zuvor wurden weniger Mädchen geboren. Laut letztem Regierungszensus kommen landesweit nur noch 927 Mädchen auf 1000 Jungs, im nördlichen Punjab sind es unter 800. [...] Mädchenmorde sind nicht auszurotten durch die Moderne, sie nehmen zu. Hauptursache ist die moderne Technik: Gezielte Abtreibung von Mädchen ist ein Massenphänomen in Indien, fast so extrem wie in China. [...] Es ist nicht nur die Angst vor Armut, die Töchtervermeidung zum Trend werden lässt – vor allem die wohlhabende, aufstrebende Mittelschicht empfindet Mädchen als Last und geht die unheilige Allianz ein zwischen Tradition und Fortschritt.

Wenn Mädchen überleben, müssen sie ihr Leben selbst in die Hand nehmen. Es geht um „Empowerment“, sagt Butalia, Frauen sollen selbstbewusst werden. Man kann das an einem Fischmarkt am Pulicat-See bei Chennai besichtigen, es ist drei Uhr morgens, und es stinkt bestialisch. 40 Frauen hocken auf Bastmatten zwischen silbrigen Aalen und Shrimps. [...] Die Frauen sind Dalits, Unberührbare [...]. Dalit-Frauen handeln mit stinkendem Fisch oder schaufeln Kloaken frei, tiefer unten kann man nicht stehen in der indischen Gesellschaft. [...] Und nun kommen gutgekleidete Beamte in ihr Dorf, plaudern höflich und drücken ihnen Karten für Geldautomaten in die Hand und kleine blaue Sparbüchlein. Weil auch Banken begriffen haben, dass Frauen fleißiger sind als Männer und Kredite zuverlässiger zurückzahlen, mit einer Wahrscheinlichkeit von 98 Prozent.

Seit ein paar Monaten haben die Frauen aus Bhimunivari Palem eine Kleinspargruppe eröffnet, zunächst mit Hilfe nichtstaatlicher Organisationen wie Andheri aus Deutschland, dann mit Banken. Jetzt sitzen sie in Ausschüssen, bekommen Kredite und kaufen damit eine Milchkuh oder einen kleinen Teeladen. Jetzt müssen sogar ihre eigenen Männer nett zu ihnen sein, wenn der Fang mal wieder mager ist und die Haushaltskasse klamm. [...] Es ist nicht mehr so leicht, ein Mann zu sein in Indien. [...]

Fiona Ehlers, „Aufstand der Mädchenmörderinnen“, in: Der Spiegel Nr. 27 vom 2. Juli 2007

entfernt. Sie ist zu einer wirtschaftlichen Transaktion zwischen zwei Familien geworden, bei der sich die Brautfamilie einen passenden, möglichst gut ausgebildeten und aus einer höheren Kaste stammenden Bräutigam durch Geschenke an diesen und seine Familie einkauft. Diese Sitte hat sich weit über den ursprünglich üblichen Kreis auf weiter entfernte Regionen und niedere Kasten ausgedehnt. Die Verheiratung einer Tochter kann in Indien eine teure Angelegenheit werden; das Vorhandensein mehrerer heiratsfähiger Töchter bei fehlenden Söhnen kann für eine Familie den finanziellen Ruin bedeuten. Noch skandalöser ist, dass Frauen mitunter, immerhin in 6000 angezeigten Fällen pro Jahr, nach ihrer Hochzeit inszenierten „Unfällen“ zum Opfer fallen, die Ausdruck der Unzufriedenheit mit der erhaltenen Mitgift sind.

In urbanen und intellektuellen Mittel- und Oberschichten hat sich die traditionelle Unterordnung der Frauen deutlich abgeschwächt. Diese Entwicklung ist auch auf die Aktivitäten der indische Frauenbewegung zurückzuführen, die in den späten 1970er Jahren entstand. Ihre Kritik richtete sich zunächst generell gegen die traditionellen hinduistischen Praktiken und Glaubensvorstellungen, die sie als Ursache der Unterdrückung ansehen, speziell bekämpften sie die Gewalt gegen Frauen. Als die Kampagnen sich ausweiteten, sah sich auch die Politik unter Zugzwang: Neben der Bestätigung des Verbots von Witwenverbrennungen wurden 1984/86 auch die Strafen für Mitgiftmorde deutlich heraufgesetzt. Mittlerweile sind auch unterprivilegierte Frauen stärker mobilisiert worden; eine der bekanntesten Organisationen ist SEWA (*Self-Employed Women's Association*), die ursprünglich als demokratisch organisierte Gewerkschaft armer, selbstständiger Frauen im informellen Sektor (d.h. dem Teil der Volkswirtschaft, der nicht durch formalisierte Beschäftigungsverhältnisse geprägt ist) gegründet wurde. Später dehnte sie ihre Aktivitäten auf den Zugang von Frauen zu Beschäftigung, Wohnraum, Krediten, Umschulungsprogrammen und Märkten, zum Beispiel für kunsthandwerkliche Produkte, aus. Damit hat die Organisation ihren heute 700 000 Mitgliedern zu neuer Selbstachtung verholfen.

Staatliche Sozialpolitik

Indien konnte seit der Unabhängigkeit substanzielle Erfolge bei der Verbesserung der allgemeinen Lebensqualität seiner Bevölkerung erzielen. Trotz dieser Fortschritte bleiben die maßgeblichen Sozialindikatoren, also Alphabetisierungsgrad, durchschnittliche Dauer des Schulbesuchs, Lebenserwartung, Kinder- und Müttersterblichkeit, deutlich hinter denen der meisten anderen asiatischen Staaten zurück und variieren beträchtlich nach Geschlecht, Region und Zugehörigkeit zu bestimmten Bevölkerungsgruppen. Südindien und der Westen haben sich in diesem Zusammenhang günstiger entwickelt als der Osten und das Zentrum. Die Werte liegen bei den

Frauen, den Dalits, den Angehörigen der niederen Kasten und den Stammesangehörigen noch recht niedrig. Das bescheidene Niveau der „menschlichen Entwicklung“ (Indien belegt nach dem neuesten *Human Development Report* von 2006 nur Rang 126 von 177 Ländern) ist vornehmlich den relativ dürftigen staatlichen Ausgaben und Diensten für Gesundheit und Bildung, ihrer nur mäßigen Ausrichtung auf die wirklich Bedürftigen und ihrer unzureichenden Qualität geschuldet.

Bildungssystem

Indien hat bildungspolitisch große Fortschritte vorzuweisen: Die Analphabetenquote ist deutlich auf etwa 35 Prozent gesunken, nahezu alle Kinder werden eingeschult, die einstmals erheblichen geschlechtsspezifischen Unterschiede beim Schulbesuch sind zumindest in den ersten fünf Schuljahren fast vollständig geschwunden. Im Übrigen verfügt das Land über sehr viele Universitäten und Hochschulen mit hohem Niveau (zu deren bekanntesten die *Indian Institutes of Technology* bzw. *Management* zählen) und bildet in etwa so viele IT-Spezialisten und Ingenieure aus wie die VR China.



Schulunterricht in Allahabad im indischen Bundesstaat Uttar Pradesh, September 2004. In vielen indischen Grundschulen fehlt es am Nötigsten.

Indien ist aber immer noch das Land mit den meisten Analphabeten auf der Erde und weist nach wie vor erhebliche regionale Unterschiede bei der Einschulung, dem Schulbesuch von Mädchen und von Kindern unterprivilegierter Kasten und Schichten sowie zwischen Stadt und Land auf. Beispielsweise besuchten im Jahr 2004 in Bihar nur 19,2 Prozent der Mädchen den Unterricht in Klasse 6 bis 8, in Kerala 91,5 Prozent. Die Bildungsausgaben des indischen Staates sind nicht gerade üppig (im Haushaltsjahr 2006/07 4,2 Prozent des BIP), weit weniger als für die dauerhafte wirtschaftliche Dynamisierung des Landes notwendig ist. Überdies bestehen sie zu 95 Prozent aus Gehältern für die Lehrkräfte, so dass für Lehrbücher und -materialien oder den Unterhalt entsprechend wenig übrig bleibt. Die staatlichen Ausgaben konzentrieren sich zudem (pro Kopf) in allerdings abnehmendem Maße auf die Hochschulen.

Die Qualität der indischen Schulbildung ist vergleichsweise niedrig. Im Grundschulbereich liegt das häufig daran, dass die Lehrer-Schüler-Relation sehr ungünstig ist (in Indien insgesamt 1:49) und dass selbst primitive Lernmittel nicht zur Verfügung stehen. Beispielsweise besitzt die Hälfte der Grundschulen keine Bibliothek, viele verfügen nicht einmal über eine Wandtafel. Die Ausbildung der Lehrkräfte, vor allem im Primarbereich, war früher miserabel, hat sich inzwischen aber deutlich verbessert. Die meisten Unionsstaaten verlangen einen zwölfjährigen Schulbesuch und ein zweijähriges Vorbereitungsseminar von ihren Grundschullehrkräften. Indische Lehrerinnen und Lehrer werden allerdings in ihren Unterrichtsfächern nach Abschluss ihrer Ausbildung kaum weiter ausgebildet und erlernen auch selten moderne Unterrichtsmethoden. Schlimmer aber ist ihr unregelmäßiger Arbeitseinsatz: Bei landesweiten Stichproben wurde nur die Hälfte beim Unterricht angetroffen. Diese häufige Abwesenheit hängt nicht in erster Linie mit den Gehältern zusam-

men, die ein Auskommen durchaus ermöglichen. Vielmehr ist sie eine Folge des zentralisierten Schulsystems und damit geringer Einflussmöglichkeiten durch die Nutzer sowie der starken Durchsetzungsfähigkeit der gewerkschaftlich gut organisierten Lehrer sowie offenkundiger Motivationsprobleme, die etwa mit unattraktiven Einsatzgebieten und mit der Überlastung durch zu große Klassen erklärt werden können.

Deutlichstes Indiz mangelnder Qualität sind die hohen Wiederholer- und Abbrecherquoten. Bis Klasse 5 scheiden 34 Prozent der eingeschulten Kinder aus, bis Klasse 8 52,8 Prozent. Auch hier schwanken die Zahlen regional und nach sozialen Schichten erheblich. Viele Kinder gehen so früh ab, dass sie die gewonnenen rudimentären Kenntnisse nicht nutzen können. Auch erlangten mehreren großen repräsentativen Studien zufolge nach Abschluss der Schulzeit nur die Hälfte der indischen Schülerinnen und Schüler die stufenspezifisch erforderlichen Qualifikationen. Von den Schülern in Klasse 8 konnten zum Bei-

Sprachrohr für Straßenkinder

Saddam ist stolz, wenn er seine Stimme aus dem Lautsprecher hört. Dann setzt der Zwölfjährige sich aufrecht hin [...] und sieht sehr zufrieden aus. Das bin ich, scheint er sagen zu wollen, hört hin, was ich zu erzählen habe. „Kinderarbeit ist wichtig für uns“, schallt seine Stimme blechern aus der Anlage. „Wir müssen doch arbeiten, um zu überleben.“ [...] Saddam ist ein Straßenkind. Seit drei Jahren lebt er in Indiens Hauptstadt Neu Delhi, sammelt Lumpen und Altpapier, um Geld für ein wenig Essen und einen Schlafplatz zu verdienen. Doch seit einem halben Jahr hat Saddam noch eine ganz andere Aufgabe: Er macht mit beim „*Butterflies Broadcasting Children*“, einem Radiosender für Straßenkinder.

Organisiert wird der Radiosender [...] von der Hilfsorganisation *Butterflies*. Sie setzt sich in Neu Delhi für die Rechte der Straßenkinder ein. Vor rund 20 Jahren wurde sie gegründet, inzwischen umfasst sie eine Theatergruppe, eine Kinderbank und eine eigene Kinder-Gewerkschaft. Das Radio ist das jüngste Projekt der *Butterflies* (Schmetterlinge): Vor fünf Jahren wurde es ins Leben gerufen – als Sprachrohr für Kinder, ihre Rechte und Sorgen. „In den Medien wird die Perspektive von Straßenkindern kaum berücksichtigt“, sagt Sunil Kumar, Sozialpädagoge und Leiter. „Mit unserem Projekt geben wir ihnen die Möglichkeit, über das zu sprechen, was ihnen wichtig ist.“

Jeden Donnerstag treffen sich rund 20 Kinder in dem kleinen *Butterflies*-Studio. Dann zieht sich Saddam sein bestes Hemd an, kämmt sich die Haare und nimmt den Bus in den Süden der Stadt – zur Konferenz des Kinderradios. Gemeinsam mit den anderen Kindern diskutiert er über das Leben auf der Straße: über die Prügel der Polizei, über sexuellen Missbrauch, auch darüber, was Kinder auf die Straßen Delhis getrieben hat – Streit mit den Eltern, Probleme in der Schule, Gewalt zu Hause. Gemeinsam mit Kumar nehmen sie am Mikrofon ihre Geschichten auf, ergänzt mit Liedern und kleinen Erzählungen wird daraus ein Audio-Beitrag. [...] Das Thema an diesem Donnerstag: Kinderarbeit. Die indische Regierung verschärft die Gesetze zur Eindämmung der Kinderarbeit immer weiter. „Das beschäftigt unsere Kinder natürlich sehr, denn sie arbeiten alle, um sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen“, sagt Kumar. Nacheinander darf jedes Kind seine Meinung

zur Kinderarbeit ins Mikrofon sprechen, danach nehmen sie eine kleine Diskussion auf. Der erste am Mikrofon ist Mangal. Der 14-Jährige wirkt älter, als er tatsächlich ist. Er ist groß und dünn, lacht nicht viel, und wenn er vor dem Mikrofon sitzt, wird seine Stimme ernst und nachdenklich. Er spricht vom Recht der Kinder auf Bildung, und davon, dass jedes Kind die Möglichkeit haben müsse, in die Schule zu gehen. „Also bist du gegen Kinderarbeit“, fragt ihn Sunil im Studio. „Das ist schwer zu beantworten“, sagt Mangal. „Das Arbeiten darf uns nicht vom Lernen abhalten. Auf der anderen Seite brauchen wir das Geld. Wovon sollten wir uns sonst etwas zu essen kaufen?“ Sein Vorschlag: „Erst mal die Situation der Straßenkinder verbessern, bevor man ihnen den Lebensunterhalt nimmt.“

„Ohne Geld kann man in Delhi nicht überleben“, sagt auch Kumar. „Das ist hier nicht wie auf dem Land, wo man als Kind noch ab und zu etwas zu essen zugesteckt bekommt. Hier verlangen sie sogar Geld für einen Schlafplatz im Park.“ Dass die Regierung nun eine Ausweitung des Verbotes der Kinderarbeit beschlossen hat, macht ihn wütend. „Das ist doch Heuchelei. [...] Die Regierung sagt, Bildung statt Arbeit – aber wie soll das möglich sein, wenn es nicht genügend Schulen für die Kinder gibt?“ Und: Wer lernt, hat keine Zeit zum Geldverdienen. „Arbeiten heißt Geld, und Geld heißt Überleben“, sagt Kumar und fügt hinzu: „Erst wenn der Staat garantieren kann, dass jedes Kind genug zu essen hat, dann kann er auch die Kinderarbeit verbieten. Solange das nicht möglich ist, müssen die Straßenkinder arbeiten.“

Damit zumindest für die *Butterflies*-Kinder Lernen und Arbeiten möglich ist, haben sich die Mitarbeiter dort etwas Besonderes ausgedacht: Mit einer Art mobilem Klassenzimmer fahren sie morgens und abends zu den Treffpunkten der Kinder und bringen ihnen Lesen und Schreiben bei. Der Nachmittag ist fürs Arbeiten reserviert. Die meisten Straßenkinder sind, wie Saddam, so genannte „*rag picker*“, Lumpensammler. Sie sammeln alles, was Geld bringen kann. Lumpen, Altpapier, leere Flaschen. An guten Tagen verdienen sie bis zu sechzig Rupien, etwas mehr als einen Euro. „Davon kann ich dann zwei Tage lang leben“, sagt Saddam. [...]

Kathrin Streckenbach, „Die Stimme der Lumpensammler“, in: Bonner General-Anzeiger vom 2. September 2006



REUTERS / Jayanta Shaw

Statt in die Schule zu gehen, müssen viele indische Kinder für ihren Unterhalt arbeiten. Ziegelbrennerei in Westbengalen

spiel 30 Prozent relativ einfache Divisionsaufgaben nicht lösen. Daher halten viele arme Eltern die Ausgaben für die schulische Ausbildung für unrentabel und schicken ihre Kinder eher auf Arbeitssuche oder stellen sie zur Beaufsichtigung ihrer Geschwister ab. Denn auch wenn der Besuch staatlicher Schulen frei ist, fallen einige Kosten an, etwa Ausgaben für Bücher, Schreibutensilien, Schuluniformen und den Transport zur Schule. Dazu kommt das entgangene Einkommen durch alternativ mögliche Kinderarbeit. Zwar haben die meisten Unionsstaaten allerlei Programme aufgelegt, bieten beispielsweise Lehrmittelfreiheit, Schulstipendien und -speisungen an, diese decken aber nicht die Gesamtkosten und erreichen nur einen kleineren Teil der Berechtigten. Der unterdurchschnittliche Schulbesuch der Mädchen erklärt sich darüber hinaus aus dem fehlenden Interesse vieler Familien, in ihren weiblichen Nachwuchs zu investieren.

Die Mängel des eigenen Bildungswesens sind der politischen Elite des Landes natürlich nicht verborgen geblieben. 1986 setzte sie die Nationale Bildungspolitik (*National Education Policy*, NEP) in Gang. Diese zielte mit Schwerpunkt auf die Grundschulbildung und Alphabetisierung, speziell unter den Frauen und in den rückständigen Regionen. Die Zentralregierung brachte hierzu eine Reihe bezuschusster, von den Bundesstaaten verwalteter Programme auf den Weg. Am bekanntesten wurde die *Operation Blackboard*, bei der es um die bessere Grundausrüstung der Primarschulen, die Einstellung neuer, vorwiegend weiblicher Lehrkräfte und die Einrichtung neuer Lehrerbildungszentren auf dem Lande ging. Zwei Jahre später lief eine nationale Alphabetisierungskampagne an, die im Wesentlichen von Freiwilligen

getragen wurde, und 1992 folgte das *District Primary Education* Programme, das sich auf die Distrikte mit unterdurchschnittlichen weiblichen Alphabetisierungsraten konzentrierte und größtenteils durch die Dorf- und Distrikträte, also partizipatorisch, umgesetzt wurde. Schließlich folgte im Jahr 2000 das landesweite Bildungsprogramm *Sarva Shiksha Abhiyan* („Bildung für alle“), das allen Kindern zwischen sechs und 14 Jahren den Schulbesuch ermöglichen soll. Es wird durch einen Zuschlag auf alle Steuern in Höhe von zwei Prozent finanziert und soll eine deutliche Verringerung der Abbrecherquoten und den Aufbau von Kinderkrippen bewirken, damit vor allem Mädchen von der Hausarbeit befreit werden. Flankiert ist das Programm von einer angestrebten deutlichen Erhöhung der staatlichen Bildungsausgaben auf sechs Prozent des BIP und von einer Verfassungsänderung, die 2002 Bildung für alle Kinder zu einem Grundrecht erhob, das durch künftige unionsstaatliche Gesetze auch einklagbar gemacht werden soll.

Wenn Indien nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum erreichen will, genügt es jedoch nicht allein, die Grundschulen auszubauen, vielmehr ist ein effizientes, an den Bedürfnissen von Wirtschaft und Gesellschaft orientiertes System der höheren Bildung erforderlich. Hier bestehen derzeit die wohl größten Probleme. Bei den Sekundarschulen hat zuerst eine vergleichsweise ungeplante und staatlicherseits unzureichend überwachte Privatisierung stattgefunden. Mittlerweile sind 58 Prozent der Sekundarschulen privat, mit der Folge, dass sich die etwas wohlhabenderen Schichten aus dem staatlichen Bildungswesen verabschieden und an seiner Effektivierung kein sonderliches Interesse zeigen. Völlig defizitär ist das indische System der Berufsbildung. Dieses durchlaufen nur etwa 4,5 Prozent der Jugendlichen, weniger als in vergleichbaren Ländern und viel zu wenig, um international technologisch Anschluss zu halten. Immerhin wurden seit 2004 bisher 100 *Industrial Training Institutes* eingerichtet, wenn auch weitgehend ohne Beteiligung der Industrie.

Nach der Zahl der Studierenden verfügt Indien über das drittgrößte System höherer Bildung auf der Welt, nach der Zahl der staatlichen Universitäten (348) und der diesen zumeist angeschlossenen Colleges (17 625) sogar über das größte. Die staatlichen Ausgaben für die Hochschulen sind aber recht dürftig. 2004 machten sie insgesamt 0,5 Prozent des BIP aus, pro Kopf sind sie in den letzten zwei Jahrzehnten nicht gestiegen und bestehen zu über 90 Prozent aus Gehältern. Angesichts staatlicher Mittelknappheit, der durch die Reservierungsmaßnahmen geschaffenen Knappheit an Ausbildungsplätzen für bestimmte Gruppen und auch wegen des Interesses von Politikern an der Gründung und Fernsteuerung von Hochschulen sind private Institutionen nach 2000 geradezu aus dem Boden geschossen. So sind im kleinen Bundesland Chhattisgarh nach 2000 108 private Hochschulen gegründet worden. Vor allem in den attraktiven, marktnahen Fächern wie Ingenieurwissenschaften, Medizin und Management fand

Viele Studierende, viele Hochschulen – und viel zu knappe Mittel



Der Campus des renommierten Indian Institute of Technology in Mumbai. Wer hier angenommen wird, genießt eine erstklassige Ausbildung.

ein regelrechter Rückzug des Staates statt, noch verstärkt durch die Tatsache, dass junge Leute aus wohlhabenden Familien in wachsendem Maße im Ausland studieren. Die von der BJP geführte Regierung schob der Privatisierungswelle schließlich durch gesetzliche Regelungen einen Riegel vor. Abgesehen von den erstklassig ausbildenden zentralstaatlichen Universitäten und Hochschulinstituten ist die Qualität der Hochschulbildung eher mäßig. Die staatlichen Hochschulen haben sich als weitgehend reformresistent erwiesen, die Einstellung der Professoren, die kaum einer Leistungskontrolle unterliegen, erfolgt überwiegend nach politischen Kriterien. Da auch der Fächermix nicht eben bedarfsgerecht ist, weil immer noch 50 Prozent der Studierenden in geisteswissenschaftlichen, je 20 Prozent in naturwissenschaftlichen Fächern und Betriebswirtschaft eingeschrieben sind, ist die Arbeitslosigkeit unter Graduierten mit 17,2 Prozent beträchtlich.

Gesundheitswesen

Ähnliche Defizite wie die Bildung weist der Gesundheitsbereich auf. Indien konnte zwar in den letzten 25 Jahren die durchschnittliche Lebenserwartung wesentlich erhöhen (sie stieg von 1970 bis 2004 von 50 auf 63 Jahre) und die Kindersterblichkeitsrate von 134 auf 60 je 1000 Geburten senken, die gesundheitlichen Werte streuen aber regional, sozial und nach Geschlecht erheblich und haben sich mitunter (etwa bei der Unterernährung) in den letzten Jahren kaum noch verbessert. Ein großer Teil der Bevölkerung leidet unter vermeidbaren Infektionen wie Tuberkulose und Malaria; neue und kostspielige medizinische Herausforderungen wie Herzkrankheiten, Krebs, AIDS und psychische Krankheiten nehmen zu. Die indische Regierung verfolgt seit geraumer Zeit das Ziel, primäre Gesundheitsversorgung als Grundrecht durchzusetzen, die politische Rhetorik stand aber stets im Kontrast zu den geringen Mitteln, die dafür mobilisiert wurden. 2004 entfielen

0,9 Prozent des BIP auf Gesundheitsausgaben. Für den öffentlichen Bereich, der im Wesentlichen die Stationen zur gesundheitlichen Primärversorgung, Krankenhäuser, Programme der Familienplanung und die Seuchenbekämpfung abdeckt, werden nur 20 Prozent der gesamten Gesundheitsausgaben aufgewendet, ein rekordverdächtig niedriger Anteil. Davon wiederum absorbieren die Gehälter des medizinischen Personals zwischen 70 und 90 Prozent, so dass entsprechend wenig für die Beschaffung von Medikamenten und den Unterhalt übrig bleibt. Gesundheitsfürsorge ist Aufgabe der Einzelstaaten, ergänzt durch programmbezogene Zuschüsse der Zentrale, die auch als Kanal für ausländische Hilfe in diesem Bereich fungiert.

Die Verteilung der öffentlichen Gesundheitsausgaben ist zudem sehr ungleich, konzentriert sich auf die Städte und die größeren Krankenhäuser sowie auf die in sozialer Hinsicht ohnedies schon Bessergestellten. Dazu kommt die geringe Qualität des staatlichen Gesundheitswesens. Bei größeren stichprobenartigen Untersuchungen waren nur etwa 45 Prozent des medizinischen Personals anwesend und verordneten in der Hälfte der Fälle objektiv schädliche Therapien. Hinzu kommt eine ständige Knappheit an Medikamenten; es verwundert daher nicht, dass selbst Arme in Indien zumeist die privat praktizierenden Ärzte aufsuchen. Der private Gesundheitsbereich ist ausgesprochen dynamisch. Das Hauptproblem dabei besteht darin, dass er großteils unlicenziert wächst und kaum überwacht wird. Entsprechend unterschiedlich ist das Niveau der praktizierten Heilkunst; am geringsten ist es bei den nicht staatlich ausgebildeten Heilkundigen, die hauptsächlich von den Armen aufgesucht werden. In etlichen Unionsstaaten bedarf es immer noch keiner staatlichen Registrierung privater Krankenhäuser. Sie halten zuweilen noch nicht einmal Patientenberichte oder Daten über ihre Behandlungserfolge vor und zeichnen sich durch zu häufige und teure Operationen aus. Ganz offensichtlich ist die Verteilung bei den privaten Gesundheitsdiensten noch ungleicher als bei den öffentlichen.



Im indischen Gesundheitswesen herrschen nach wie vor prekäre Verhältnisse. Staatliches Gesundheitszentrum in Ahmedabad (Gujarat), Januar 2007

Armutsbekämpfung

Bereits unmittelbar nach der Unabhängigkeit lancierte die Regierung in kurzer Folge verschiedene Projekte zur Armutsbekämpfung, darunter auch das *Community Development Programme* zur Finanzierung ländlicher Entwicklungsprogramme. Später versuchte man der Armut auf dem Lande durch Land- und Pachtreformen zu begegnen, die in den Unionsstaaten unterschiedlich ernsthaft betrieben wurden und denen die Nahrungsmittelnot in den



Wolfgang Schmidt / Das Fotoarchiv

Die Lebensmittelversorgung der armen Bevölkerung ist noch immer unbefriedigend. Milchausgabe in Neu-Delhi im Rahmen des „Hope project“

1960er Jahren ein vorläufiges Ende setzte. Daraufhin begann eine zweite Phase der Armutsbekämpfung, die auf direkte Einkommensverbesserung der armen ländlichen Bevölkerung über Beschäftigungsmaßnahmen bzw. einkommenssteigernde Investitionen zu vergünstigten Kreditbedingungen zielte („Integriertes landwirtschaftliches Entwicklungsprogramm“ und „Nationales ländliches Beschäftigungsprogramm“). Hinzu kam für alle die Ausgabe verbilligter Nahrungsmittel über das *Public Distribution System*. Im Grunde waren dies alles Maßnahmen, die das Los der Armen bessern sollten, ohne an den Macht- und Vermögensstrukturen zu rütteln. In den 1990er Jahren hoffte man dann, dass die Wirtschaftsreformen sich auch auf die Einkommen der Armen positiv auswirken würden.

Vom „Integrierten landwirtschaftlichen Entwicklungsprogramm“ haben viele arme Familien profitiert. Es wurde regional jedoch unterschiedlich effektiv umgesetzt – am besten in den schon prosperierenden Unionsstaaten – und nützte vor allem jenen Kleinbauern, die ausreichend motiviert und befähigt waren, um sich auf eigene Füße zu stellen. Den Landlosen kam es von seiner Natur her eher weniger zugute. Die Streueffekte zugunsten der Nichtbedürftigen waren beachtlich, die Rückflussquote der Kredite war bescheiden. Viele Nutznießer hatten schon nach wenigen Jahren ihre Investitionsgüter entweder verloren oder verkauft. Die ländlichen Beschäftigungsprogramme bieten der armen Landbevölkerung in Notzeiten Arbeit zu Löhnen etwas unterhalb

des Marktniveaus. Damit wird der Bau von Schulen, ländlichen Verkehrswegen und Bewässerungseinrichtungen finanziert, also von Anlagen, die auch den Armen nützen könnten. Trotz ihres großen Umfangs haben die zentral finanzierten Beschäftigungsprogramme nur einen geringen Einfluss auf das Angebot von Arbeitsplätzen auf dem Lande gehabt, die durchgeführten Projekte waren oft von minderer Qualität und die Streuverluste erheblich. Die neue, von der Kongresspartei geführte Regierung hat 2005 ein sehr viel breiter angelegtes Beschäftigungsprogramm aufgelegt, das zunächst in 200 besonders rückständigen Distrikten erprobt wird und bis 2010 auf ganz Indien ausgedehnt werden soll. Im Gegensatz zu seinen Vorläufern beinhaltet es einen Rechtsanspruch auf Beschäftigung für 100 Tage pro Jahr für jeweils eine Person ländlicher Haushalte, die sich dafür bewerben. Ausgezahlt wird jeweils der geltende Mindestlohn. Das Programm finanziert Gemeinschaftsvorhaben, die von den lokalen Dorf- und Distrikträten ausgewählt werden. Nicht ganz unproblematisch sind die geschätzten Kosten eines nationalen Programms, die sich auf immerhin 1,7 Prozent des BIP belaufen sollen.

Der Abgabe subventionierter Lebensmittel durch die *Fair Price Shops* kann man zwar zubilligen, dass sie die unionsstaatlichen Unterschiede im Konsumniveau der Armen eingeebnet und mit Sicherheit auch dazu beigetragen hat, Hungersnöte der Vergangenheit abzuwenden. Die Armen haben aber nur einen Bruchteil ihrer Lebensmittel, schätzungsweise ein Sechstel, über dieses System bezogen, weil diese bei den staatlichen Läden nur in Monatsrationen abgerechnet wurden und entsprechend zu bezahlen waren. Daher mussten die Armen auf dem privaten Markt zukaufen, wo sich das Preisniveau durch die staatliche Vorratshaltung zwangsläufig erhöht hatte. In einzelnen Bundesstaaten war die Bedarfsdeckung deutlich besser (etwa in Kerala), sie hat dann aber auch erhebliche Haushaltsmittel absorbiert. Die Verlustquoten des Systems – auch durch illegale Verkäufe der subventionierten Nahrungsmittel auf dem freien Markt – waren und sind trotz Versuchen zu besserer Zielgruppenerfassung beachtlich.



Jörg Bötting / agenda

Dalit-Frauen planen den Bau neuer Häuser; eine NGO hilft bei der Finanzierung durch Mikrokredite. Athipalayam im Bundesstaat Tamil Nadu, August 2005

Politisches System

JOACHIM BETZ

Indien ist heute die bevölkerungsreichste Demokratie der Welt. Gewaltenteilung und föderale Strukturen prägen das politische System. Eine Vielzahl von Parteien und Verbänden vertritt die Interessen der gesellschaftlichen Gruppen.

Indien feiert sich gerne als „größte Demokratie der Welt“. Dieser Stolz ist – bei aller Kritik an Menschenrechtsverletzungen und der zeitweisen oder regionalen Aushebelung demokratischer Verfahren – durchaus gerechtfertigt, speziell in Anbetracht der Entwicklung, die andere Staaten nach ihrer Unabhängigkeit beschritten, und angesichts der potenziellen Konfliktrichtigkeit der indischen Gesellschaft. Deshalb wurde der indischen Demokratie und dem indischen Staat als Ganzem schon früh ein schnelles Ende vorausgesagt, wobei diese Krisenprognosen nach dem Zerfall des Vielvölkerstaates Sowjetunion Anfang der 1990er Jahre wieder besondere Konjunktur hatten. Der Pessimismus der Beobachter speiste sich aus der erheblichen Anzahl separatistischer Konflikte, der Intensivierung religiöser Spannungen zwischen Hindus und Muslimen, gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen aus hohen und niedrigen Kasten und den davon begleiteten naxalitischen Umtrieben. Generell galt Indien wegen seiner starken ethnischen, religiösen, sprachlichen und kastenmäßigen Zerklüftungen, die sich in hoher Parteienvielfalt und zum Teil instabilen Regierungen niederschlugen, sowie

aufgrund der Tatsache weitverbreiteter absoluter Armut als schwer regierbar. Als konfliktverschärfend wurden lange Zeit auch das relativ magere Wirtschaftswachstum, die Armut der öffentlichen Haushalte, oftmals dramatische Zahlungsbilanzkrisen und spektakuläre Korruptionsfälle angesehen, welche die Legitimität und Umverteilungsfähigkeit der Regierung in Frage stellten.

Diese Katastrophenprognosen haben sich jedoch bislang nicht bewahrheitet. Vielmehr lässt sich auf der Ebene des Bundes und der Unionsstaaten seit über einem halben Jahrhundert ein institutionalisierter und geordneter Machttransfer beobachten, bei dem die regierende Partei oft aus dem Amt gewählt wurde, ohne den Versuch zu unternehmen, sich durch Einschränkung des demokratischen Prozesses oder gar die Unterstützung des Militärs an der Macht zu halten. Demokratische Verfahren werden von keiner relevanten politischen Gruppierung in Frage gestellt. Die horizontale und vertikale Gewaltenteilung zwischen Exekutive, Legislative und einer unabhängigen Justiz einerseits, zwischen Bund und Ländern andererseits, ist weitgehend intakt, wenn es auch verschiedentlich Versuche gab, sie zu unter-

graben. Die Menschen- und Bürgerrechte sind offiziell gewährleistet, unterliegen allerdings in Krisengebieten und Notstandszeiten deutlicher Einschränkung. Damit verbunden haben die häufig nicht alphabetisierten Wählerinnen und Wähler eine doch beachtliche Reife dokumentiert, die sich in hoher Wahlbeteiligung, zunehmendem Anteil der Wechselwähler und deutlicher Reaktion auf wahrgenommene Fehlleistungen der Regierung niederschlug. Das Schwellen separatistischer und religiöser Konflikte kann nicht bestritten werden. Die Unionsregierung ging aber, von Unterbrechungen abgesehen, in einer relativ konstruktiven Weise mit ihnen um, indem sie die Extremisten zwar ausgrenzte, berechtigten Forderungen nach politischer und kultureller Selbstbestimmung aber nachgab. Zieht man heute Bilanz, ist es um die



picture-alliance / dpa

Demokratische Verfahren genießen in Indien breite Akzeptanz. Bei den Parlamentswahlen im März 2004 stehen in Nagaon (Assam) Wahlberechtigte Schlange, um ihre Stimme abzugeben.

Konflikte im Punjab und im Nordosten relativ ruhig geworden, in Kaschmir konnten zumindest mehrmals Wahlen zur Legitimierung neuer Landesregierungen durchgeführt werden, die Zahl gewaltsamer Ausschreitungen ist rückläufig. Klassenkonflikte im eigentlichen Sinn lassen sich trotz der unbestreitbaren Armut und Ungleichverteilung von Einkommen bzw. Vermögen kaum beobachten. Allerdings liegen den Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen aus hohen und niedrigen Kasten bzw. Dalits in starkem Maße sozioökonomische Motive zugrunde, vor allem Chancen auf Anstellung im öffentlichen Dienst, auf Ausbildungsplätze sowie auf Landbesitz. Aber auch bei diesen und den religiösen Konflikten hat sich die Anfang der 1990er Jahre beobachtbare Schärfe vermindert. Ohne die aus ihnen

resultierenden Gefahren für die langfristige politische und gesellschaftliche Stabilität und Integrität Indiens leugnen zu wollen, ist festzustellen, dass das Land und sein politisches System eine Vielzahl intensiver und oftmals gleichzeitig sich zuspitzender Krisen überstanden haben, die anderswo vermutlich existenzgefährdend gewesen wären.

Zur Erklärung lässt sich das wirtschaftliche Wachstum anführen, das bis Anfang der 1990er Jahre ausreichte, um Arbeitsplätze für die neu auf den Markt drängenden Arbeitskräfte zu schaffen, und danach noch deutlich anzog. Ferner sind die im Vergleich etwa zu Lateinamerika relativ milde Ungleichverteilung des Landbesitzes, der Einkommen und Vermögen und damit verbunden der Rückgang der absoluten Armut in der Bevölkerung zu nennen.

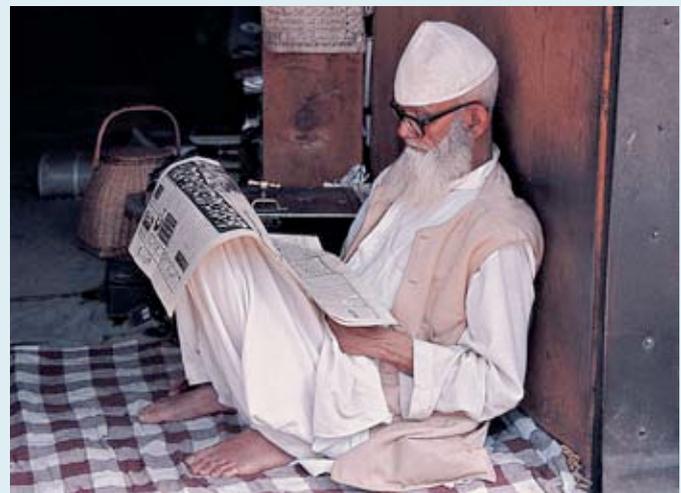
Pluralistische Medienlandschaft

[...] Gelesen wurde in Indien schon immer viel, Zeitungen kosten um die fünf Rupien – ein paar Cent. Doch erst das Wirtschafts- und damit Anzeigenwachstum seit den neunziger Jahren, zudem Fortschritte bei der Alphabetisierung beflügelten die enorme Entfaltung des Zeitungsmarkts, parallel zum Siegeszug des Kabel- und Satellitenfernsehens mit bis zu 200 Kanälen. Entscheidend aber waren die modernen Technologien: Seit deren Import keiner staatlichen Lizenz mehr bedurfte, ersetzte der Computer so manche verstaubte Second-Hand-Druckmaschine. [...]

Die höchste Auflage erreichten Blätter in Hindi [...]. Am meisten zugelegt haben die regionalen Zeitungen in Sprachen von Punjabi über Malayalam bis Telugu. Zugleich ist Indien der weltweit größte Markt für immer mehr englischsprachige Zeitungen. Ganz vorn liegt [...] die *Times of India* mit einer Auflage von über zwei Millionen. So ist die Medienlandschaft des Subkontinents [...] in ihrer kulturellen und sprachlichen Vielgestaltigkeit wenn überhaupt, dann mit jener ganz Europas vergleichbar – mit dem Unterschied, dass es in Europa eine gemeinsame Öffentlichkeit nicht gibt. Kontinuierlich stieg die Zahl der täglichen Leser von Printmedien, im vergangenen Jahr um drei Prozent auf 222 Millionen. [...]

Tiefer noch als in der journalistischen Tradition der einstigen Kolonialherren – nüchterne Nachricht, pointierte Meinung – sehen viele Journalisten ihre Arbeit in den indischen Reform- und Befreiungsbewegungen verwurzelt. Deren Führungspersonlichkeiten [...] verstanden sich nämlich ebenfalls als politische Aufklärer, die mit Hilfe von Zeitungen ihre Botschaften unter Volk brachten. Nach der Unabhängigkeit dann empfand sich die Presse als mitverantwortlich für den Aufbau der Nation. Nur wenige Medien waren daher *anti-establishment*. [...] Weil sie national dachten, kritisierten viele Verlage auch nach der Liberalisierung in den Neunzigern den „neuen kulturellen Imperialismus“, den sie mit der Öffnung des Mediensektors für ausländische Investoren heraufziehen sahen [...]. Seit 2002 aber sind Beteiligungen möglich: Die *Financial Times* etwa stieg beim *Business Standard* ein, der *Independent* beim *Dainik Jagran*. Endgültig wurde die Presse, so die Südasienhistorikerin Nadja-Christina Schneider, „vom Medium des antikolonialen Befreiungskampfes zum Katalysator der konsumorientierten Wirtschaft“.

Auf der Positivseite dieser Entwicklung sieht [der Mitherausgeber der Zeitung *The Hindu* – *Anm. d. Red.*] Harish Khare eine größere Professionalität der Kollegen [...] Und während „vor 15 Jahren noch alles, was der Premierminister sagte, eins zu eins übernommen



Herbert Stich, Dattenberg

Entspannte Zeitungslektüre in Kaschmir

wurde“, so Khare, ließen sich die Kollegen heute nichts mehr vormachen. Korrupte Politiker, Beamte und Polizisten etwa riskieren jetzt ernsthaft, öffentlich überführt und an den Pranger gestellt zu werden. Dabei hilft ein weitreichendes Informationsrecht für Bürger, der *Right to Information Act* (RIA), den die Regierungskoalition um die Kongresspartei gleich nach ihrer Wahl 2004 beschloss. Der wirkt so nachhaltig, dass sie die Initiative schon zu bereuen scheint. Der Versuch, den RIA wieder abzuschwächen, scheiterte einstweilen am öffentlichen Protest. [...]

Auf der Negativseite aber steigere der Konkurrenzdruck auch die Sensationslüsternheit der Zeitungen, kritisiert Harish Khare. [...] Platt zugespitzte Kontroversen ersetzen gründliches Abwägen und gut recherchierte Reportagen [...] Zudem fehle oft der Respekt vor staatlichen Institutionen, „gefährlich in einem fragmentierten Land“. [...]

Grenzen findet die Pressefreiheit in Indien aber auch heute noch: vor allem in den besetzten Gebieten Kaschmirs oder den ärmsten Regionen des Landes, wo maoistische Gruppen oder Separatisten Fuß gefasst haben. Mehr als einmal wurden Reporter zwischen den Fronten von Militanten beschossen, von der Polizei behindert oder inhaftiert. Auch deshalb belegt Indien auf dem (von der Organisation Reporter ohne Grenzen herausgegebenen) Index der Pressefreiheit nur einen Platz im unteren Drittel. [...]

Christiane Grefe, „Fünf Rupien für die Freiheit“, in: *Die Zeit* Nr. 41 vom 5. Oktober 2006

Diese sozioökonomischen Faktoren erklären allerdings nur zum kleineren Teil die relative politische Stabilität, da sich separatistische Kräfte auch in den wohlhabenderen Landesteilen (zum Beispiel im Punjab) betätigten und ganz allgemein das Ausmaß von religiösen und Kastenkonflikten nicht mit dem jeweiligen Entwicklungsfortschritt zusammenhängt. Ausschlaggebender für die relative Stabilität war in erster Linie das demokratische System selbst, das eine 60-jährige Kontinuität aufweist. Deshalb sind demokratische Prinzipien und Praxis in der Bevölkerung tief verwurzelt; politische Legitimität verleihen in Indien nur Wahlsiege. Den politischen Institutionen wird zwar sehr unterschiedliche Wertschätzung entgegengebracht, den Parteien, der Verwaltung und der Polizei am wenigsten, außerparlamentarische Wege sind aber selbst bei den Kommunisten und hindunationalistischen Parteien verpönt. Die Demokratie genießt außerordentlich breite Zustimmung in der Bevölkerung, nicht zuletzt auch deswegen, weil das Stimmgewicht der früher unterprivilegierten Gruppen Einfluss entfaltete und deren Vertreter in die Führung von Parteien und Regierungen aufgenommen wurden.

Staatsverfassung

Die Verfassung der Republik Indien atmet den Geist westlich-liberaler Staatstradition. Sie ist mit ihren 395 Artikeln sowie neun Anhängen eine der umfangreichsten Verfassungen der Welt. Entgegen den ursprünglichen Plänen wurde Indien vor Ausarbeitung einer neuen Verfassung in die Unabhängigkeit entlassen, weshalb im Land zunächst noch die Vorgängerverfassung von 1935 gültig war. Die Ausarbeitung einer neuen Konstitution, die schließlich am 26. Januar 1950 in Kraft trat, erwies sich trotz der Wirren und Unruhen nach der Unabhängigkeit als relativ konfliktfreier Prozess. Entscheidend hierfür war, dass er von den politischen Leitfiguren der Zeit, besonders Premierminister Nehru und dem Führer der „Unberührbaren“, Bhimrao Ramji Ambedkar, bestimmt wurde. Die Verfassungsväter übernahmen 250 Artikel aus der Kolonialverfassung von 1935 und nutzten bereitwillig die Erfahrungen anderer Demokratien, soweit sie für Indien relevant waren.

Die Verfassung enthält das allgemeine Wahlrecht, den Menschenrechtskatalog, darunter auch die Garantie der Gleichheit vor dem Gesetz, das Diskriminierungsverbot nach Religion, Kaste und Geschlecht sowie großzügige Rechtsweegegarantien. Um die Eigentumsгарantie gab es heftige Auseinandersetzungen; sie wurde zwar zunächst gewährt – wobei die gerichtliche Überprüfung von Entschädigungsleistungen allerdings im Unklaren blieb, wurde mit einem späteren Verfassungszusatz aber wieder gestrichen. Die Durchführung von Wahlen legte man in die Hände einer unabhängigen Wahlkommission, nach Religion bzw. Kasten getrennte Wählerschaften wurden abgeschafft und durch Sonderrechte für die in der Verfassung genannten Stämme und niederen

Kasten ersetzt. Sie sollten aber nur solange gültig sein, bis diese Gruppen wirtschaftlich und sozial das Standard der übrigen Bevölkerung erreicht hätten.

Zweikammersystem

Die Verfassung sieht ein föderales Zweikammersystem vor und scheint auf den ersten Blick eher auf ein Präsidialregime zugeschnitten zu sein, denn der Premierminister findet nur kurze Erwähnung. Die parlamentarische Form der Demokratie wird jedoch durch die Übernahme der ungeschriebenen britischen Konventionen gewährleistet sowie durch spätere Entscheide des Obersten Gerichts und Verfassungsergänzungen, welche die Macht des Präsidenten einschränken. Der Staatspräsident wird indirekt von einem gemeinsamen Gremium der Abgeordneten des Bundes und der Länder gewählt. Der vom Präsidenten auf Grundlage der Mehrheitsverhältnisse bestimmte Premierminister ist dem Parlament verantwortlich. Er kann dieses auflösen, er kann aber auch durch einfaches Misstrauensvotum gestürzt werden; er bestimmt ferner die Minister, die vom Staatspräsidenten ernannt werden. Die Abgeordneten des Unterhauses (*Lok Sabha*) werden in allgemeinen Wahlen alle fünf Jahre nach dem einfachen Mehrheitssystem gewählt. Die Mitglieder des Oberhauses (*Rajya Sabha*) werden für sechs Jahre per Wahl durch die legislativen Versammlungen in den Bundesstaaten bestimmt, wobei alle zwei Jahre ein Drittel der Abgeordneten neu gewählt wird.

Die in der Verfassung verankerten Leitlinien des Regierungshandelns verdanken sich dem Einfluss Mahatma Gandhis und enthalten auch Pflichten des



Im Juli 2007 wurde Pratibha Patil (l.) zur Staatspräsidentin Indiens gewählt. Mit ihr freut sich Premierminister Manmohan Singh.

Staates. So etwa das Gebot, für die Wohlfahrt seiner Bürger zu sorgen, Arbeitsplätze und Ausbildungsmöglichkeiten zu garantieren und Einkommenskonzentrationen zu verhindern. Diese Prinzipien sind zwar nicht justiziabel und nicht durch Ausführungsgesetze präzisiert, doch hat das Oberste Gericht mit Bezug auf diese Leitlinien die Regierung verschiedentlich zum Handeln (etwa bei der Gewährleistung universaler Bildung oder beim Umweltschutz) aufgefordert.

Die durch die Verfassung gewährten demokratischen Freiheiten unterliegen in Indien deutlichen, wenn auch temporären Beschränkungen: Im Falle der Bedrohung der inneren Ordnung oder eines äußeren Angriffs kann der Staatspräsident Notstandsbefugnisse in Anspruch nehmen und die bürgerlichen Freiheiten aufheben. Diese Notstandsmaßnahmen bedürfen aber spätestens nach sechs Monaten der Bestätigung durch beide Häuser des Parlaments. Im Übrigen kann der Präsident auch einen Unionsstaat unter Kuratel der Zentrale stellen (*president's rule*) oder dessen Finanzen ihrer Kontrolle unterstellen. Möglich ist beispielsweise ebenso die Einschränkung der Pressefreiheit im Interesse der Integrität und Souveränität des Staates oder der öffentlichen Moral. Schließlich erlaubt ein gleichzeitig zur Verfassung verabschiedetes Durchführungsgesetz die Vorbeugehaft zur Abwehr interner Umtriebe.

Föderalismus

Indien ist einer der wenigen föderalen Staaten in der Dritten Welt. In der Verfassung wurde dafür Sorge getragen, regionalen Interessen und Loyalitäten Ausdrucksmöglichkeiten zu verschaffen, ohne die Integrationsfähigkeit der Zentralregierung zu gefährden. Diese erhielt die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz über die Landesverteidigung, die Außenpolitik, den Binnenhandel, Transport und Kommunikation. Die Unionsstaaten können Gesetze zur Lokalverwaltung, Gesundheits-, Erziehungs- und Landwirtschaftspolitik erlassen, während das Straf- und Familienrecht, Arbeitsbeziehungen, soziale Sicherheit, Wirtschaftsplanung und Preiskontrollen zur Angleichung der Lebensverhältnisse der konkurrierenden Gesetzgebung unterliegen, also nicht ausschließlich in die Zuständigkeit des Bundes oder der Länder fallen. Beamten- und Richterschaft werden allerdings nach gesamtstaatlichen Kriterien (betreffend Aufstieg, Besoldung und Zuordnung) geführt, und das Recht

Ergebnis der Wahlen zur 14. Lok Sabha 2004		
Parteien	Sitze im Unterhaus	Wählerstimmen in Prozent ¹⁾
Indian National Congress, INC (Kongresspartei)	145	26,53
Bharatiya Janata Party, BJP (Partei der Hindunationalisten)	138	22,16
Communist Party of India (Marxist), CPM (Kommunisten, ehemals maoistische Ausrichtung)	43	5,66
Samajwadi Party, SP (Nordindische Regionalpartei links der Mitte)	36	4,32
Rashtriya Janata Dal, RJD (Regionalpartei mit Schwerpunkt Bihar)	24	2,41
Bahujan Samaj Party, BSP (Vertretung der Dalits)	19	5,33
Dravida Munnetra Kazhagam, DMK (Regionalpartei in Tamil Nadu)	16	1,81
Shiv Sena, SHS (Hindunationalisten in Maharashtra)	12	1,81
Biju Janata Dal, BJD (Regionalpartei in Orissa)	11	1,30
Communist Party of India, CPI (Kommunisten, ehemals moskautreue)	10	1,41
Nationalist Congress Party, NCP (Abspaltung der Kongresspartei)	9	1,80
Janata Dal (United), JD(U) (Volkspartei links der Mitte)	8	2,35
Shiromani Akali Dal, SAD (Partei der Sikhs im Punjab)	8	0,90
Sonstige Parteien	59	17,96
Unabhängige Kandidaten	5	4,25
	543	100

1) Da die Lok Sabha nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt wird, entspricht der Prozentanteil der Wählerstimmen im Verhältnis nicht genau der Zahl der Sitze im Unterhaus.
Zusammengestellt nach Election Commission of India
(http://www.eci.gov.in/SR_KeyHighLights/LS_2004/Vol_1_LS_2004.pdf)

auf eigene Steuererhebung der Unionsstaaten geht nicht so weit, dass sie nicht von erheblichen Mittelzuflüssen der Zentrale abhängig wären. Zudem werden die Gouverneure, die Vertreter der Zentralregierung in den Unionsstaaten, durch den indischen Staatspräsidenten ernannt und mit beträchtlichen Ausnahmerechten ausgestattet: So können sie ihre Landesparlamente auflösen und die Landesregierung entlassen, sofern diese die Ordnung nicht aufrechterhalten kann oder nicht mehr über eine ausreichende Mehrheit verfügt, und auf Veranlassung des Staatspräsidenten die exekutiven Geschäfte selbst übernehmen. Auch können Gouverneure ihre Zustimmung zu Gesetzesvorschlägen verweigern. Aufgrund dieser starken Steuerungsmöglichkeiten durch die Zentrale wurde Indien daher oftmals als „quasi-föderaler“ Staat bezeichnet. Immerhin verfügen die Landesregierungen über breite gesetzgeberische Kompetenzen und Verfügungsrechte in Bezug auf die Landverteilung, Entwicklungsvorhaben, Ausbildungsplätze und Stellen im öffentlichen Dienst. Verfassungsänderungen bedürfen einer Mehrheit der Abgeordneten beider Häuser des Parlaments (und von zwei Drittel der Anwesenden) sowie der Zustimmung des Staatspräsidenten. Bei Eingriffen in den Föderalismus, Änderungen der Justizorganisation oder des präsidentiellen Wahlmodus muss auch mindestens die Hälfte der Länderparlamente zustimmen.

Wahlen

Die Form des Wahlrechts ist in der indischen Verfassung nicht festgelegt. Das britische Vorbild und die während der kolonialen Periode der Provinzautonomie etablierten Gewohnheiten sorgten aber dafür, dass eine Alternative zum Mehrheitswahlrecht nicht in Betracht gezogen wurde. Dem Lehrbuch nach hätte dieses ein stabiles Zweiparteiensystem ohne Splitterparteien und ohne den Zwang zur Bildung von Koalitionsregierungen zur Folge haben müssen. Dem widersprach die tatsächliche Entwicklung. Bis 1967 wurden Bundes- und Landtagswahlen parallel veranstaltet, ein Faktor, der erheblich zur Stabilisierung des politischen Systems beitrug. Später haben sich die Wahltermine entzerrt.

Seit 1951/52 fanden insgesamt 14 Unterhauswahlen statt. Ihre Organisation ist extrem aufwändig und erfordert die Mitarbeit von einer Million Wahlhelfern, die Einrichtung von 700 000 Wahllokalen und die Registrierung vielfach noch schreibunkundiger Wähler. Immerhin lag die Wahlbeteiligung schon beim ersten Mal knapp unter 50 Prozent, und das Ausmaß gewalttätiger Aktionen hielt sich in Grenzen. Seither ist die Wahlbeteiligung mit gewissen Unterbrechungen gerade auch in den unterprivilegierten Bevölkerungsschichten und Regionen gestiegen, sie stagniert aber seit Anfang der 1990er Jahre bei etwa 60 Prozent. Die Landtagswahlen folgten in etwa diesem Muster. Auch die Zahl der pro Wahlkreis aufgestellten Kandidaten hat sich deutlich erhöht. Die vergleichsweise starke Partizipation und Konkurrenz um Nominierungen ist eine Folge zunehmender politischer Mobilisierung, aber auch der Vorteile, die sich aus einem politischen Amt ziehen lassen. Diese Vorteilssuche, dazu das Wahlspendenunwesen und die damit verbundenen massiven Ausgaben für die Kampagnen, die politisch beeinflusste Vergabe von Ämtern und Genehmigungen, die damit im Zusammenhang stehende Korruption und die Kriminalisierung von Politik haben zunehmend zu einer Geringschätzung von Parteien und deren Vertretern beigetragen.

Wahlen werden in Indien von einer unabhängigen Wahlkommission durchgeführt und überwacht, welche Beeinträchtigungen der Wahl etwa in Form von Gewalttätigkeiten, Betrug oder Raub von Wahlurnen durch die Ansetzung von Nachwahlen ahnden kann. Die Wahlkommission hat sich in den letzten Jahren dadurch einen Namen gemacht, dass sie die Kandidaten – auch auf Druck der Zivilgesellschaft – zwingt, ihre Vermögensverhältnisse und ihren Bildungsstand offenzulegen sowie zu erklären, ob gegen sie Strafverfahren anhängig sind. Sie hat einen Verhaltenskodex entwickelt, der zum Beispiel die Verteilung von Wahlgeschenken durch die amtierende Regierung vor der Wahl untersagt und sich dafür einsetzt, dass Parteien den Ansprüchen ihrer Statuten genügen.

Im Ergebnis der Wahlen dominierte in den ersten beiden Dekaden nach der Unabhängigkeit die Kongresspartei, die alle Bundes- und Landesregierungen stellte. Die Wahlen 1967 brachten in den Bundeslän-

dern einen bedeutsamen Einbruch für die Partei; die Zeit danach könnte man als ein System „multipler Bipolarität“ bezeichnen, das heißt, dem Kongress stand in den Unionsstaaten eine jeweils andere, regional ausgerichtete bzw. kommunistische Partei gegenüber.

Die dritte Phase seit 1990 führte auf allen Ebenen zu einem echten Mehrparteiensystem. Seither ist der Stimmenanteil der Kongresspartei wohl dauerhaft gefallen, vor allem bei den niederen Kasten verlor sie an Unterstützung. Spiegelbildlich dazu wuchs die Anhängerschaft der Regionalparteien und der hindunationalistischen BJP deutlich, wobei diese Partei vor allem bei den urbanen und gebildeteren Mittelschichten, der Jugend, aber auch den Stammesange-



Seit 1990 konnte die hindunationalistische BJP, hier bei einer Wahlveranstaltung in Ahmedabad im April 2004, erheblichen Einfluss gewinnen.

hörigen und den Niedrigkastigen Stimmengewinne verzeichnen konnte. Die Unterhauswahlen von 1998 und 1999 brachten einen weiteren Wählerzuwachs bei der BJP, ermöglichten ihr daher die Regierungsübernahme, bei der sie aber zur Koalition mit einer Vielzahl kleiner, hauptsächlich regional orientierter Parteien gezwungen war. Im Jahr 2004 erlitt die BJP einen deutlichen Rückschlag, der erneut die Kongresspartei und ihre ebenso zahlreichen Partner an die Macht brachte. So stehen sich heute – und vermutlich auf längere Sicht – zwei Blöcke aus BJP und Kongresspartei mit einem Anhang kleinerer Parteien gegenüber, was für die Koalitionsführer einen Zwang zur Mäßigung mit sich bringt.

Politische Institutionen

Parlament

Üblicherweise gilt die Volksvertretung in einem parlamentarischen System als oberste politische Instanz und als Ausdruck der Volkssouveränität. Die Vorrangstellung des Parlaments wird in Indien allerdings eingeschränkt durch den im Föderalismus

begründeten Gestaltungsspielraum der unionsstaatlichen Volksvertretungen, durch die verfassungsmäßig kodifizierten Grundrechte und die Leitprinzipien staatlichen Handelns, über deren Einhaltung das Oberste Gericht wacht, sowie durch die Ausnahmerechte einiger Unionsgebiete (vor allem Kaschmir).

Das Unterhaus zählt heute 545 Abgeordnete, die in Einerwahlkreisen gewählt werden. Ein knappes Viertel der Wahlkreise ist den Vertretern der unteren Kastengruppen und der Stammesangehörigen vorbehalten, was die Parteien zur Aufstellung entsprechender Kandidaten zwingt. Die Legislaturperiode beträgt fünf Jahre, der Premierminister kann jedoch eine vorherige Auflösung beantragen und Neuwahlen ansetzen lassen. Dem Parlament kommen die in westlichen Demokratien üblichen Funktionen wie Gesetzgebung und Kontrolle der Regierung zu, und es verfügt dazu über die entsprechenden Mittel wie Misstrauensvotum, Genehmigung des Haushaltes oder des Ausnahmezustandes und Fragestunden. Wie in anderen parlamentarischen Systemen werden die Parlamentsmehrheit und die Regierung von derselben Parteienkoalition gestellt, was der Parlamentsmehrheit kooperative Zusammenarbeit mit der Regierung nahelegt. Die Ausformulierung von Gesetzesvorschlägen obliegt weitgehend der Regierung bzw. der ihr nachgeordneten Bürokratie; Regierungsverordnungen sind vom Parlament zu bestätigen. Internationale Abkommen sind dagegen nicht von der Billigung durch das Parlament abhängig, und es ist auch nicht berechtigt, Untersuchungsausschüsse einzusetzen. Das politische System wird daher faktisch von der Exekutive dominiert, welche die Volksvertretung zeitweilig – unter Indira Gandhi – mit ausgesprochener Missachtung behandelte.

Das Kabinett und seine Mitglieder sind allein dem Unterhaus verantwortlich. Das Oberhaus, die Vertretung der Bundesstaaten auf nationaler Ebene, kann auch zu Finanzgesetzen, die über das Unterhaus eingebracht werden müssen, lediglich Empfehlungen abgeben. Es steht dem Unterhaus an Bedeutung auch deshalb nach, weil es nur über halb so viele Abgeordnete (250) verfügt und in (den seltenen) Konfliktfällen daher überstimmt werden kann. Das Oberhaus hat aber durch die Regionalisierung des Parteiensystems seit den 1980er Jahren wieder etwas an Bedeutung gewonnen. Verfassungsänderungen müssen von zwei Dritteln der Abgeordneten beider Häuser gebilligt werden, die zusammen auch die Wahl des Staatspräsidenten durchführen oder Amtsenthebungsverfahren gegen diesen sowie die Richter des Obersten Gerichts einleiten können.

In den 1990er Jahren wurde im Parlament ein System von ständigen Ausschüssen eingeführt, welche die entsprechenden Ministerien abbilden, üblicherweise aus 45 Abgeordneten bestehen (ein Drittel



Im neu zusammengesetzten Parlament wählen im Mai 2004 die Abgeordneten der Kongresspartei per Handzeichen Sonia Gandhi zur Vorsitzenden ihrer Fraktion.

aus dem Oberhaus, zwei Drittel aus dem Unterhaus) und die parteipolitische Zusammensetzung des Parlaments widerspiegeln. Als Instrumente zur effektiveren Überprüfung der einschlägigen Ministerien gedacht, leiden sie derzeit noch unter hoher Fluktuation und mäßigem Engagement ihrer Mitglieder. Abgeordnete verstehen sich in Indien insgesamt eher als Vertreter ihrer Wahlkreise, für die sie Mittel zu mobilisieren versuchen, denn als Fürsprecher des Gemeinwohls.

Exekutive

Die indische Verfassung verleiht dem Staatspräsidenten beachtliche Vollmachten. Er ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte, ernennt den Premierminister und auf dessen Rat die Minister, die Mitglieder der Wahlkommission und die Gouverneure. Er hat das Recht, den nationalen Ausnahmezustand auszurufen, kann Landesregierungen abberufen und die entsprechenden Bundesstaaten unter die Kontrolle der Zentralregierung stellen (*president's rule*), jedoch ist hierzu die Zustimmung beider Häuser des Parlaments notwendig. Der Staatspräsident wiederum muss allen Gesetzen zustimmen, bevor sie in Kraft treten. Entscheidend ist, dass der Präsident in Ausübung seiner Funktionen dem Ratschlag des Premierministers und seines Kabinetts folgen soll. Unabhängigen Einfluss, etwa bei der Bestellung des Premierministers, kann er daher nur dann ausüben, wenn keine Partei(-enkoalition) über eine klare Mehrheit verfügt.

Eindeutiges politisches Machtzentrum ist der Premier, der zusammen mit dem Ministerrat die Regierungsgeschäfte führt und die Richtlinienkompetenz besitzt. Der Premierminister wird für jeweils fünf Jahre gewählt, verfügt über ein größeres Büro (*Prime Minister's Office*), das sich zur Schaltzentrale der

Macht entwickelt hat und auch die Geheimdienste beaufsichtigt. Wie das Kabinett arbeitet, ist freilich in den letzten Jahren stark durch die Koalitionsarithmetik bestimmt. Durch Koalitionen mit zahlreichen Parteien hat die Zahl der Ministerien auf insgesamt über 70 zugenommen, wobei aber nur etwa die Hälfte der Minister auch dem Kabinett angehören. Die damit schwieriger werdende Koordination wird durch zahlreiche interministerielle Arbeitsgruppen und gegebenenfalls durch eigene Gremien zur Koordination der Koalitionsparteien zu bewerkstelligen versucht.

Rechtsprechung

Indien verfügt über eine angesehene, weitgehend unabhängige, wenig korrupte, jedoch völlig überlastete Justiz. Sie ist hierarchisch gegliedert, an der Spitze steht in jedem Bundesstaat das Hohe Gericht (*High Court*), darüber zentral das Oberste Gericht (*Supreme Court*) in Neu-Delhi. Das Oberste Gericht besteht heute aus 26 Richtern. Sie können nur durch Amtsenthebungsverfahren abgesetzt werden, und ihr Gehalt ist festgesetzt; früher wurden sie vom Staatspräsidenten ernannt, werden jedoch mittlerweile wie die Richter an den Hohen Gerichten durch eine unabhängige Justizkommission bestimmt, die sich aus Vertretern der obersten Richter und des Justizministeriums zusammensetzt.

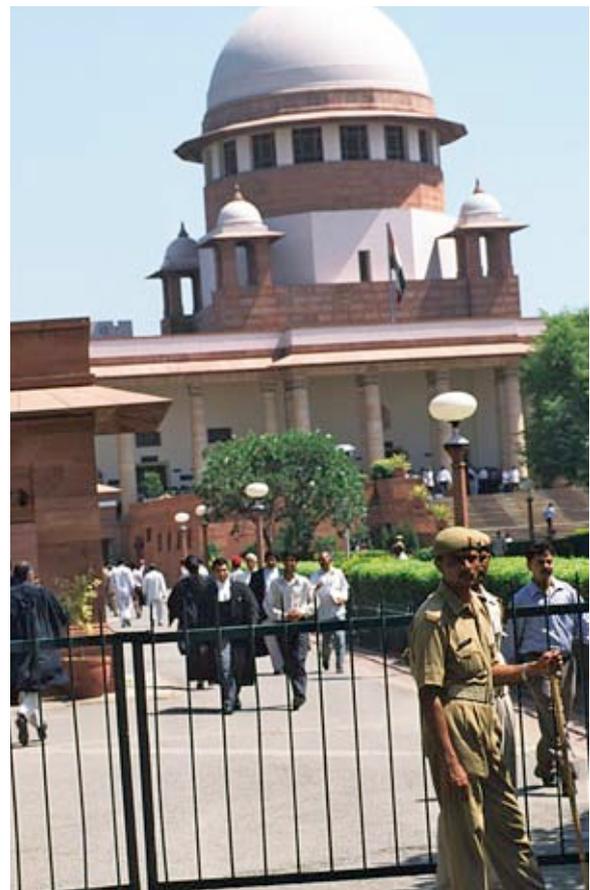
In der Anfangsphase beschränkte sich das Oberste Gericht auf die Auslegung der Verfassung und erkannte bei Verfassungsänderungen die Vorrangstellung des Parlaments an. Das änderte sich ab Ende der 1960er Jahre als die Regierung zunehmend versuchte, über Verfassungsänderungen ihre politischen Ziele durchzusetzen. 1973 entschied das Gericht, dass die grundlegende Struktur der Verfassung parlamentarischen Änderungsversuchen entzogen sei. Das ist bis heute so geblieben, der juristische Aktivismus hat seitdem aber deutlich zugenommen, so dass Par-

**Hoch angesehen,
aber völlig überlastet:
die indische Justiz**

lamentarier oft, wie in Deutschland, zu mehr juristischer Selbstbeschränkung auffordern. Als Hüter der Verfassung und der Grundrechte besitzt das Oberste Gericht eine nahezu beispiellose Machtfülle. Es entscheidet in allen Streitfällen zwischen Union und Bundesstaaten sowie zwischen den Bundesstaaten untereinander. Es ist die höchste Berufungsinstanz in allen zivil- und strafrechtlichen Fällen und berät zudem den Staatspräsidenten in wichtigen verfassungsrechtlichen Fragen.

In einer Reihe spektakulärer Urteile hat das Oberste Gericht den Staat auf den Schutz der Umwelt, die Gewährleistung seiner sozialen Pflichten (etwa bei der Grundbildung) und den Schutz der Bürgerrechte festgelegt und nach Aufsehen erregenden Korruptionsfällen auch für die Unabhängigkeit der zentralen Ermittlungsbehörde gesorgt. Kurzum, das Oberste Gericht ist ein Hoffnungsträger der gebildeten Mittelschichten zur Durchsetzung geordneter und einigermassen korruptionsfreier Politik geworden.

Popularklagen (*public interest litigation*) sind seit den 1980er Jahren relativ häufig geworden; sie erlauben auch nicht vom Klagegegenstand betroffenen Bürgern und Institutionen, die Oberen Gerichte um Klärung anzugehen. Beklagte Missstände finden sich am meisten in den Bereichen Gesundheit, Umwelt und Korruptionsbekämpfung. Gerichte sind damit dort tätig geworden, wo andere staatliche Instanzen versagten; freilich haben sie ihre verfassungsrechtlichen Grenzen damit weit ausgereizt und ihre personellen Kapazitäten stark überfordert. Die notorische Überlastung der indischen Gerichte hat mit der Nichtbesetzung vieler Richterstellen zu tun, mit der Klagefreudigkeit indischer Bürger und den zahlreichen Verzögerungsmöglichkeiten bei Pro-



Jörg Böhling / agenda

Als Hüter der Verfassung und der Grundrechte verfügt das Oberste Gericht in Neu-Delhi über eine nahezu beispiellose Machtfülle.

zessen. Dazu kommen teilweise antiquierte und sich widersprechende Gesetze, eine Anwaltschaft, die von der Zahl der Klagen und der Termine vor Gericht profitiert, und Richter, die bei unliebsamen Urteilen Versetzungen fürchten müssen und die Urteilssprechung daher lieber ihrem Nachfolger überlassen. So sind derzeit bei indischen Gerichten insgesamt etwa 25 Millionen unerledigte Klagen anhängig, deren Bewältigung mehrere Jahrzehnte in Anspruch nehmen würde. Jedes Jahr kommen aber über 14 Millionen neue Verfahren hinzu. Schlimmer noch: 80 Prozent der Inhaftierten warten oft jahrelang auf ihren Prozess, 90 Prozent werden dann aber freigesprochen. In den Gefängnissen werden überdies jedes Jahr etwa 1300 Personen Opfer von Gewalt.

Verwaltung

Von der britischen Kolonialmacht übernahm Indien einen leistungsfähigen, hoch angesehenen Verwaltungsapparat, der, nun in *Indian Administrative Service* (IAS) umbenannt, von Beginn an in einem Spannungsverhältnis zur parallel betriebenen Entwicklungsplanung und deren Bürokratie sowie den Selbstständigkeitsbestrebungen der Bundesstaaten und ihrer eigenen Verwaltung stand. Versuche, ihn für andere Beamten und Fachleute zu öffnen, scheiterten weitgehend.

Das Bild der indischen Verwaltung wird aber nicht von diesem einigermaßen professionellen Dienst bestimmt, sondern von den sehr viel stärker besetzten mittleren und unteren Verwaltungen des Bundes und der Länder. Sie leiden unter zunehmender Politisierung, Schwächung ihrer Unabhängigkeit sowie mangelnden Anreizen zur Leistungssteigerung und zur Rechenschaftspflicht gegenüber den Bürgern. Im öffentlichen Dienst einschließlich der Staatsunternehmen sind in Indien etwa 30 Millionen Arbeitnehmer beschäftigt, die im Hinblick auf ihre Vergütung, die Sicherheit des Arbeitsplatzes und die Gewährleistung sozialer Zusatzleistungen zu den absolut Privilegierten gehören. Die Bezahlung übersteigt jene im formellen privaten Wirtschaftssektor um das Doppelte, vom informellen Sektor ganz zu schweigen. An mangelnden finanziellen Reizen kann es also nicht liegen, wenn sich nur 15 Prozent der Bevölkerung mit den öffentlichen Leistungen zufrieden zeigen oder wenn regelmäßig Lehrer und Ärzte im Staatsdienst ihrem Arbeitsplatz fern bleiben und Leistungen in der Regel nur bei zusätzlicher Bezahlung erbringen. Einstellungen und Beförderungen im öffentlichen Dienst erfolgen im Wesentlichen nach politischen Kriterien, in den oberen Rängen werden Beamte laufend versetzt, im Durchschnitt jedes Jahr einmal. Gründe hierfür sind Regierungswechsel, Konflikte der Beamten mit der politischen Führung und die unterschiedliche Attraktivität der Posten. Es ist so nicht verwunderlich, dass sich Beamte politisch anpassen, um persönliche Unannehmlichkeiten zu vermeiden.

Ein Problem ist auch die weit verbreitete Bestechlichkeit: Viele Bürger zahlen Schmiergelder, wenn sie zum Beispiel mit Stromversorgungsbetrieben, Stadtentwicklungsbehörden und Steuerinspektoren zu tun haben oder Genehmigungen benötigen. Selbst die Einstellungen in den öffentlichen Dienst sind für jene, die darüber entscheiden, eine reiche Einkommensquelle. Gegen mögliche Entlassungen korrupter Beamter schützt ein Artikel der Verfassung, der Strafverfolgung von der Einwilligung des zuständigen Ministers abhängig macht. Hauptopfer dieser Zustände sind die Armen in der Gesellschaft – die Reichen können sich private Dienste leisten. Die Korruption behindert aber auch die wirt-



picture-alliance / dpa

Ein zwiespältiges Ansehen bei der Bevölkerung genießen Indiens circa 30 Millionen Staatsbedienstete. Ausdruck von Grundbuchauszügen im Dorf Maddur (Karnataka)

schaftliche Entwicklung. Doch gibt es durchaus Ansätze zur Besserung: So haben Nichtregierungsorganisationen deutliche Leistungssteigerungen bei der Verwaltung und im Bildungswesen erzielt, indem sie Bewertungsbögen an die Nutzer ausgaben und die Ergebnisse veröffentlichten. Ferner hat die Landesregierung von Karnataka einen Stopp der Beamtentransfers verordnet, und das 2005 in Kraft getretene Gesetz zum Recht auf Information (*Right to Information Act*) erlaubt den Bürgern Akteneinsicht in Verwaltungsvorgänge.

Noch schlechter als das Ansehen der allgemeinen Verwaltung ist in Indien das der Polizei. Diese unterliegt rechtlich weitgehend der Zuständigkeit der Unionsstaaten, daneben existieren aber noch eine Reihe zentralstaatlicher, paramilitärischer Verbände. Auch die Probleme der Polizei sind nicht mangelndes Personal oder zu geringe Bezahlung, sondern die massive Politisierung des Dienstes, ihre Komplizenschaft in politischen Auseinandersetzungen, bei denen die Polizei (auf Geheiß der Landesregierung) oft in die falsche Richtung ermittelt oder untätig bleibt



vario images

Polizeikräfte patrouillieren im Januar 2007 nach gewalttätigen Auseinandersetzungen durch die Straßen einer Stadt im Bundesstaat Gujarat.

wie bei den Pogromen gegen die Sikhs 1984 oder bei Übergriffen auf die Muslime in Gujarat 2002. Berichte über falsche Anschuldigungen, schleppende Aufnahme von Anzeigen, Misshandlungen von Personen im Polizeigewahrsam oder den Schutz krimineller Elemente durch die Polizei sind an der Tagesordnung. Die Aufklärungsquote von Verbrechen ist dagegen bestürzend niedrig. Besserung könnte die auf Anordnung des Obersten Gerichts kürzlich eingesetzte unabhängige Polizeikommission schaffen, der auch die Verfolgung korrupter Beamter ohne Einwilligung der Regierung erlaubt ist.

Bundesstaatliche Struktur

Wesentlicher Faktor politischer Stabilität Indiens ist die Tatsache, dass das Land eine der wenigen funktionierenden Föderationen weltweit darstellt. Zwar werden Rechtswesen und die Spitze der Verwaltung einheitlich geführt, die Unionsstaaten sind auch auf Transfers der Zentrale zur Finanzierung ihrer Aufgaben angewiesen, und die Zentralregierung verfügt mit dem Instrument des *president's rule* über erhebliche Durchgriffsrechte gegenüber den Unionsstaaten. Trotz dieser Einschränkungen verfügen die Landesregierungen aber über breite Kompetenzen und erhebliche Verfügungsrechte bei der Bereitstellung

allen Ebenen des politischen Systems dominierte. Schon bald aber entstanden Bewegungen, die eigene, sich mit den sprachlichen Grenzen deckende Bundesstaaten forderten, um damit auch den eigenen Landeskindern bessere Aufstiegschancen bieten zu können. Nach anfänglichem Zögern aus Angst vor Zerfallstendenzen gab die Bundesregierung nach, verordnete 1953 die Neuschaffung des Staates Andhra (heute Andhra Pradesh) und setzte eine Kommission zur staatlichen Neugliederung ein, deren Bericht ab 1956 zur Schaffung neuer, sprachlich relativ homogener Bundesstaaten (Maharashtra, Gujarat) führte. Durch die Abtrennung Haryanas vom Bundesstaat Punjab im Jahr 1966 stellen die Sikhs im Punjab nun die Mehrheit. Auch auf die militanten, separatistischen Kräfte im Nordosten reagierte die indische Regierung parallel zu militärischen Maßnahmen mit der Schaffung neuer Staaten (Nagaland, Meghalaya und Mizoram), die aus dem Staat Assam herausgeschnitten wurden. Zuletzt wurden im Jahre 2000 drei neue Bundesstaaten geschaffen, um den politischen Bestrebungen der Stammesbevölkerung Rechnung zu tragen (Chhattisgarh, Uttarakhand und Jharkhand). Diese Politik hat nicht immer zur vollständigen Befriedung geführt, weil die Schaffung zusätzlicher Unionsstaaten vor allem im Nordosten wieder Minderheiten in der neuen Mehrheit schuf. Es konnte jedoch erreicht werden, dass die meisten



© Erich Schmidt Verlag

874 50E

Regionalkonflikte nur auf kleiner Flamme schwelen und die einmaligen Rebellien in die Führung eigener Landesregierungen eingebunden sind. Wo sich die Schaffung neuer Unionsstaaten verbot, weil die rebellierenden Gruppen (etwa die Bodos in Assam) über ein zu geringes Siedlungsgebiet verfügten, wurde der Konflikt durch die Gewährung begrenzter lokaler Autonomie weitgehend beigelegt.

Das föderale System Indiens hat allerdings von 1970 bis Ende der 1980er Jahre eine erhebliche, politisch bedingte Schwächung erfahren. Ging Nehru, der erste Premierminister des Landes, noch recht gelassen mit Spannungen zwischen

und Verteilung basisnaher öffentlicher Leistungen und Subventionen, der Landverteilung und der Besetzung von Stellen im öffentlichen Dienst.

Die Schaffung neuer Bundesstaaten oder teilautonomer Gebiete ist in Indien eine bevorzugte Strategie gewesen, um dem Begehren nach kultureller Identität regionaler Kräfte entgegenzukommen, separatistische Eliten einzubinden und regionale Konflikte zu pazifizieren. Anfänglich war das Problem nicht so schwerwiegend, weil die Kongresspartei auf

Bund und Unionsstaaten um – er veranlasste lediglich die Entlassung der kommunistischen Landesregierung Keralas –, so zeigten seine Nachfolger (vor allem Indira und Rajiv Gandhi) eine starke Neigung, ihnen politisch missliebige Landesregierungen auszuhebeln. In Staaten, in denen Oppositionsregierungen an der Macht waren oder gegnerische Parteien die Wahlen zu gewinnen drohten, wurden Straßenproteste organisiert und durch Handgelder Überläufer gewonnen. Angesichts damit erwiesener



Seit der Abtrennung Haryanas 1966 haben die Sikhs im Punjab ihren eigenen Staat.
Szene vor der Kulisse des Goldenen Tempels in Amritsar.

Unfähigkeit der Regierungen, Ruhe und Ordnung zu sichern und mehrheitsfähig zu bleiben, hatte der Gouverneur Handhabe zur Entlassung. Die Chefminister der Kongresspartei wurden grundsätzlich in Neu-Delhi ausgewählt und oftmals in rascher Folge ausgewechselt. Schlimmer noch, die Bundesregierung verschärfte nicht selten durch politische Manipulationen zum Zwecke kurzfristigen Stimmengewinns militante Konflikte.

Seit den 1990er Jahren hat der Föderalismus jedoch wieder an Profil gewonnen; vor allem das Oberste Gericht schränkte den Missbrauch der seit 1950 einhundertmal verfügten Direktverwaltung von Unionsstaaten ein. Nach einem Urteil von 1994 muss die Zentralregierung die Gründe der Verfügung darlegen, die gerichtlich aufgehoben werden kann; überdies hat sich der Staatspräsident entsprechenden Ansinnen mehrfach verweigert. Nicht zuletzt sind die Koalitionsregierungen in Neu-Delhi auf das Wohlwollen ihrer kleineren regionalen Partner angewiesen.

Ein schwerwiegendes Problem bleibt die mangelnde Leistungsfähigkeit vor allem der armen Unionsstaaten, die im Zuge der wirtschaftlichen Liberalisierung noch zugenommen hat. Denn die Unionsstaaten sind für einen großen Teil der staatlichen Ausgaben zuständig, können diese aber nur zu etwa 65 Prozent aus eigenen Einnahmen bestreiten. Das verbleibende Defizit sowie die unterschiedliche Steuerkraft der Unionsstaaten werden durch ein kompliziertes System des vertikalen und horizontalen Finanzausgleichs zu schließen versucht.

Die noch nie sonderlich gute finanzielle Situation der Unionsstaaten hat sich in den 1990er Jahren auch im Zuge der Liberalisierung deutlich verschlechtert. Da die Zuweisungen der Zentrale sanken, stieg parallel dazu die Kreditaufnahme der Unionsstaaten am Kapitalmarkt. Diese Kreditaufnahme wurde teuer, weil die Zinsen mit der wirtschaftlichen Re-

form liberalisiert wurden und anstiegen. Der Zinsdienst absorbiert mittlerweile 25 Prozent der unionsstaatlichen Einnahmen. Schließlich schwächt die Liberalisierung auch die Steuerkraft der armen Staaten, weil die Ansiedlung der Unternehmen nicht mehr gelenkt wird und diese sich dort niederlassen, wo die Investitionsbedingungen gut sind. Zuletzt hatte die wirtschaftliche Liberalisierung auch einen Wettbewerb der Staaten um niedrige Steuersätze zur Folge. Im Ergebnis wurden etliche Unionsstaaten um die Jahrtausendwende praktisch insolvent. Eine gewisse Entlastung brachte die Entscheidung der 12. Finanzkommission im Jahre 2005, den Staaten einen höheren Anteil am Steueraufkommen zuzusprechen und Umschuldungen vorzunehmen. Letztere wurden aber von der gestaffelten Beseitigung der staatlichen Haushaltsdefizite bis 2009/10 abhängig gemacht.

Lokale Selbstverwaltung

Das unabhängige Indien erbt von der britischen Kolonialmacht lediglich Ansätze einer effektiven, demokratischen Lokalverwaltung. Die Gemeinden und Distrikte verfügten nur über geringe Mittel zum Bau von Straßen, Schulen und zur Gesundheitsfürsorge und unterstanden einer von oben eingesetzten Administration, der nur zögerlich gewählte Räte zur Seite gestellt wurden. Nach der Unabhängigkeit änderte sich daran zunächst wenig, obwohl Vorkehrungen für die Wiederbelebung der alten Dorfräte (*village panchayats*) auf Druck Gandhis in die Verfassung aufgenommen wurden. Die Umsetzung gestaltete sich aber zumeist zäh und die sich ausbildenden Gemeinde- und Distrikträte differierten nach Kompetenzen und Finanzzuweisung erheblich. Ihr Spielraum wurde zudem durch den Aufbau einer Parallelverwaltung zur lokalen Entwicklung beschränkt. Im Jahr 1977 erhielten Distrikträte die Kontrolle über alle staatlichen Entwicklungsaktivitäten auf unterer Ebene; einen Durchbruch zu echter demokratischer Selbstverwaltung brachten aber erst Verfassungsänderungen im Jahre 1993. Diese fordern von den Unionsstaaten die Einrichtung von basisdemokratischen Dorfversammlungen sowie gewählten, nicht mehr so leicht abzusetzenden Dorf-, Kreis- und Distrikträten, lassen aber bei der tatsächlichen Macht- und Funktionsübertragung einen gewissen Spielraum. Die Räte sind nun für 29 entwicklungspolitische Aufgabenbereiche zuständig, können begrenzt eigene Steuern und Abgaben erheben und haben Anspruch auf staatliche Finanzzuweisungen. Bei ihrer Wahl sind nun auch Parteien zugelassen. Ein Drittel der Sitze ist für Frauen reserviert, wie üblich knapp ein Viertel der Sitze den Dalits und Stammesangehörigen vorbehalten. Diese Dezentralisierung brachte eine enorme Politisierung auf lokaler Ebene mit sich. Eine echte dritte Ebene der Regierungsgewalt ist dadurch aber nicht entstanden, weil die Räte nicht für die lokale Polizei

und die Gerichte zuständig wurden, die Länder ihre Entscheidungen blockieren können und bisher nicht überall alle vorgesehen Aufgaben auch übertragen wurden. Auch die Frage, inwieweit diese Dezentralisierungsmaßnahme einen Demokratisierungsschub auslöste, muss differenziert betrachtet werden, denn sie stärkte die bestehende ökonomische Machtverteilung auf lokaler Ebene. So gehören zum Beispiel die gewählten Frauenvertreterinnen meist den oberen Kasten an, Unterprivilegierte nehmen an den Versammlungen kaum teil oder äußern sich nicht.

Gesellschaftliche Organisationen

Parteien

Wie in anderen demokratischen Staaten sind Parteien auch in Indien unverzichtbar, um gesellschaftliche Interessen zu bündeln, Wähler zu mobilisieren, politisches Führungspersonal zu rekrutieren und dem Regierungshandeln eine Richtung zu geben. Die formale Anerkennung der Parteien erfolgt durch die Wahlkommission, wobei zur Zeit sechs nationale, 51 auf Ebene der Bundesstaaten vertretene Parteien anerkannt und etwa 160 andere registriert sind. Diese Unterscheidungen beruhen auf dem unterschiedlichen Stimmengewicht und der geographischen Verbreitung der Parteien und sind im Wesentlichen für die Zuteilung kostenfreier Sendezeiten in den staatlichen Medien von Belang. Von den Parteien wird verlangt, dass sie sich demokratischen Prinzipien verpflichten, verfassungskonform handeln, ein Statut besitzen und interne Wahlen durchführen.

Die nationalen Parteien sind jeweils horizontal in so genannte *frontal organizations*, also zum Beispiel Jugend- und Frauenverbände, und vertikal auf allen Ebenen des politischen Systems gegliedert. Höchstes Organ ist formal der Parteitag bzw. -kongress, faktisch aber das Präsidium. Die Auswahl für die Nominierung von Kandidaten für das Unterhaus und die legislativen Versammlungen erfolgt durch eigene Wahlkommissionen, die sich aus den Führungspersonalitäten zusammensetzen. Eine Besonderheit indischer Parteien sind so genannte *Parliamentary Boards*, welche die Fraktionen kontrollieren sollen, ein Hinweis auf deren Unterordnung unter den Parteiapparat. Die kommunistischen Parteien verfügen noch über Kontrollkommissionen, welche Verstöße gegen die Parteidisziplin ahnden.

Neben ihren *frontal organizations* verfügen die Parteien auch über enge Beziehungen zu parteinahen Gewerkschaften, Bauern- und Kulturverbänden. Am deutlichsten fällt dies bei der hindunationalistischen BJP ins Auge, die aus dem Nationalen Freiwilligenverband (*Rashtriya Swayamsevak Sangh*, RSS) hervorgegangen

ist, der die Partei immer noch fernsteuert. Dazu gehören der Hindu-Weltrat (*Vishva Hindu Parishad*, VHP), die Gewerkschaft *Baharatiya Mazdoor Sangh* und die jugendliche Sturmtruppe *Bajrang Dal*, alle mit millionenstarker Mitgliedschaft. Ähnlich gut vernetzt ist die kommunistische Partei, die *Communist Party of India (Marxist)* (CPM), mit ihrer engen Verbindung zum Gewerkschaftsverband *Congress of Indian Trade Unions*. Schwächer ist die Kongresspartei aufgestellt, die lediglich über einen mitgliederstarken Gewerkschaftsverband (den *Indian National Trade Union Congress*) verfügt, die restlichen Verbindungen in die organisierte Gesellschaftswelt aber etwas vernachlässigte. Diese Organisationen im Vorfeld dienen den Parteien als wichtige Vehikel der Wählerbeeinflussung und -mobilisierung in Wahlkämpfen.

Die meisten indischen Parteien weisen keine klar konturierte programmatische Ausrichtung auf. Die Kongresspartei betont stärker als die BJP die Trennung von Religion und Politik und den Schutz der Minderheiten, die BJP will gerade dieses nicht, auch nicht die Beibehaltung des Sonderstatus von Kaschmir, sondern die Schaffung einer möglichst homogenen indischen Kulturnation. Die Kommunisten fallen aus dem Mainstream etwas heraus, sie bestehen weiter auf strikt blockfreier Politik und der Kontrolle des Kapitals (heben aber trotzdem die positive Rolle der Privatwirtschaft hervor), auch fordern sie die Durchsetzung von Mindestlöhnen und umfangreichen Landreformen. Die programmatischen Unterschiede werden faktisch oft bei Regierungsbeteiligung oder aus erforderlicher Rücksicht auf Koalitionspartner abgemildert und haben Allianzen zwischen eigentlich sehr unterschiedlichen Parteien zum Zwecke des Machtgewinns bisher nicht verhindert.

Diese Tatsache hängt auch damit zusammen, dass die für die Entstehung der europäischen Parteiensysteme maßgeblichen gesellschaftlichen Konfliktlinien zwischen Stadt und Land, Kapital und Arbeit, Kirche und Staat in Indien nur schwach ausgeprägt



Im Juni 2006 mobilisierten die beiden kommunistischen Parteien Indiens ihre Anhänger in Delhi zu Protestaktionen gegen Treibstoffpreiserhöhungen.



AP Die Kongresspartei bestimmte jahrzehntelang die politischen Geschicke Indiens. Parteigenossinnen feiern Pratibha Patils Wahlsieg im Juli 2007.

oder durch staatliche Politik erst entstanden bzw. verschärft worden sind. Beispielsweise begünstigte die weitgehende Rücksichtnahme auf die religiösen Minderheiten den Aufstieg der BJP, und die Favorisierung der Schwerindustrie im Entwicklungsprozess gab bäuerlichen und Regionalparteien Auftrieb. Indische Parteien mobilisieren aber in der Regel eindeutig nach Kastenzugehörigkeit. Dies nahm seinen Ausgang mit südindischen Protestparteien gegen die Vorherrschaft der Brahmanen, setzte sich fort über die Bildung der Regionalparteien, welche vor allem die niederen Kasten politisch mobilisierten, und mündete in Bemühungen der nationalen Parteien, Vertreter bisher an der Herrschaft wenig beteiligter Kasten in die Führung aufzunehmen oder diese für Wahlämter zu rekrutieren. Als Folge dieser Vorgänge gewannen die lange Zeit politisch marginalisierten Schichten erheblich an Einfluss, weshalb keine Partei es sich heute leisten kann, bei der Aufstellung von Kandidaten Kastenkriterien nicht zu berücksichtigen.

Die innerparteiliche Demokratie lässt in Indien noch Wünsche offen. Die Kleinparteien sind praktisch Eigentum ihres despotischen Führers, und in den nationalen Parteien wird nur ein Teil der Führungsriege gewählt, der Rest ernannt. In der Kongresspartei fanden zwanzig Jahre lang, von 1972 bis 1991, gar keine parteiinternen Wahlen statt, heute werden zumeist von der Führung ausgesuchte Kandidaten von der Basis bestätigt. Bei der BJP sieht es nicht besser aus. Auf Parteitagungen werden die von der Führung eingebrachten Anträge meist einstimmig verabschiedet. Dagegen ist bei den Kommunisten, die dem Ideal des demokratischen Zentralismus huldigen, Debatte und Dissens in wichtigen Fragen möglich, nach der Entscheidungsfindung wird aber eiserne Parteidisziplin verlangt.

Indische Parteien besitzen nur eine schwache eigenständige Finanzierungsbasis. Sie können ihren Wahlkreiskandidaten daher nur einen Zuschuss zu den Wahlkampfkosten gewähren, den Rest müssen diese über Freunde und Spender selbst mobilisieren.

Die Geldgeber wiederum werden nach der Wahl Erkenntlichkeiten fordern. Nur Wohlhabende oder solche Personen, an deren Kandidatur die Parteien ein gesteigertes Interesse haben, können sich deshalb den Wahlkampf leisten. Die Parteien finanzieren sich im Übrigen durch zum Teil sehr hohe „Parteisteuern“ ihrer Mandatsträger, Bewerbungsgebühren und steuerlich bis zu einer bestimmten Höhe abzugsfähige Spenden sowie mehr oder weniger verdeckte Schutzgelderpressung.

Verbände

Indien kennt nicht die schlagkräftigen Verbände westlicher Industriegesellschaften – bedingt vor allem durch den Stand und Charakter der indischen Entwicklung. Der Staat hielt bis Anfang der 1990er Jahre die Kommandohöhen der Wirtschaft besetzt und die Privatwirtschaft in Abhängigkeit, schützte ihre Gewinne freilich auch durch Fernhalten ausländischer Konkurrenz sowie durch staatliche Aufträge und Subventionen.

Kleinbetriebe genossen eine gesonderte Behandlung, waren also kaum für eine gemeinsame Strategie „des Kapitals“ zu mobilisieren. Im Übrigen war und ist die Unternehmerschaft durch Zugehörigkeit zu verschiedenen Verbänden (der eher kosmopolitisch orientierten *Assocham*, der wirtschaftsnationalistischen *FICCI*, der *Federation of Indian Chambers of Commerce and Industry*, und der jüngeren, marktorientierten *CII*, der *Confederation of Indian Industry*) gespalten. Natürlich hat die wirtschaftliche Liberalisierung diese Lage etwas verändert, die Unternehmerverbände sind selbstbewusster geworden, sie haben ihre Lobbytätigkeit intensiviert und in Einzelfragen durchaus Erfolg gehabt. Sie stellen jedoch die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik nur punktuell in Frage, setzen sich eher für die Verbesserung ihrer Verwertungsbedingungen, den Abbau der Bürokratie und der Reglementierungen ein.

Auch die organisierte Arbeiterschaft in Indien verfügt nur über mäßiges politisches Gewicht. Das Gewerkschaftswesen ist extrem zersplittert. Nur ein kleiner Teil der Arbeitnehmer (zehn Prozent) ist in der so genannten organisierten Wirtschaft beschäftigt, hiervon wiederum nur etwa ein Drittel bei den größeren Privatunternehmen. Von diesen Beschäftigten sind wiederum nur 30 bis 40 Prozent gewerkschaftlich organisiert, verteilen sich aber auf elf verschiedene Dachverbände unterschiedlicher ideologischer Ausrichtung und parteipolitischer Anbindung. Da bereits sieben Mitglieder eine Gewerkschaft gründen können und den meisten Parteien, etlichen Politikern und Unternehmen eine bestimmte Gewerkschaft nahesteht, ist deren Gesamtzahl enorm (circa 50 000), ihre durchschnittliche Mitgliederstärke (500) aber sehr bescheiden. Angesichts dieser Lage kämpfen die Gewerkschaften zwangsläufig fast ebenso stark gegen- wie miteinander. Lohnverhandlungen beziehen den Staat als dritten Partner ein und

Die zahlreichen Gewerkschaften ziehen oft nicht am selben Strang

münden meist in Schiedssprüchen. Das Streikrecht ist begrenzt durch das Erfordernis vorheriger staatlicher Streitschlichtung, inklusive der Zwangsschlich-

Entwicklungshilfe, aber auch aus Spenden großer indischer Unternehmen sowie Beiträgen des indischen Staates. Die wechselnden Schwerpunkte der NGOs orientierten sich am internationalen Diskurs, aber auch an den jeweils besonderen Defiziten der Staatstätigkeit in Indien. Frauenverbände sind seit den 1970er Jahren zunehmend aktiv. Sie demonstrierten gegen Mordtaten und Geschlechtsbestimmungen vor der Geburt und engagieren sich allgemein für die Gleichstellung der Frau. Umweltverbände wie das *Chipko Andolan Movement* setzten sich gegen die Abholzung der Wälder ein, die *Narmada Bachao Andolan* protestierten seit 1983 gegen Zwangsumsiedlungen und Vertreibungen beim Bau des Sardar Samovar-Damms am Narmada-Fluss. Später wurden NGOs auch beim Kampf gegen Korruption sowie beim Schutz der Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der Menschenrechte, speziell auch beim Kampf gegen die Diskriminierung der Dalits, aktiv. Zuweilen gelangen den Nichtregierungsorganisationen bedeutende Erfolge: So erreichte die *Association for Democratic Reforms* durch ein Urteil des Obersten Gerichts, dass Kandidaten für die Parlamentswahlen ihr Vermögen, ihren Bildungsstand und eventuell anhängige Strafverfahren gegen sie selbst offen legen mussten; die Organisation *Mazdoor Kisan Shakti Gangathan* war maßgeblich am Zustandekommen des 2005 in Kraft getretenen *Right to Information Act* beteiligt; der *Kerala Sasthra Sahitya Parishat* erreichte, dass das Silent Valley in Kerala unter Naturschutz gestellt und der geplante Staudammbau verhindert wurde.

teil des Obersten Gerichts, dass Kandidaten für die Parlamentswahlen ihr Vermögen, ihren Bildungsstand und eventuell anhängige Strafverfahren gegen sie selbst offen legen mussten; die Organisation *Mazdoor Kisan Shakti Gangathan* war maßgeblich am Zustandekommen des 2005 in Kraft getretenen *Right to Information Act* beteiligt; der *Kerala Sasthra Sahitya Parishat* erreichte, dass das Silent Valley in Kerala unter Naturschutz gestellt und der geplante Staudammbau verhindert wurde.



Greenpeaceaktion vor dem Firmensitz der Tata-Gruppe in Mumbai: Aktivisten machen auf die Gefährdung von Schildkröten und anderen Wassertieren durch ein Hafenvorhaben in Orissa aufmerksam (2007).

Trotz allem existiert auch eine weniger glanzvolle Seite der Zivilgesellschaft – ihre Abhängigkeit von Zuwendungen, ihre teilweise Vereinnahmung durch staatliche Instanzen und die zuweilen mangelnde interne Demokratie.



Unter Leitung der Gewerkschaften AITUC und CITU protestieren im Dezember 2006 Bankangestellte gegen Preiserhöhungen und Arbeitslosigkeit.

tung bei essenziellen Diensten. Die Arbeitskräfte im formellen Wirtschaftssektor sind im Vergleich zum Rest der indischen Gesellschaft zudem privilegiert. Das fördert die Tendenz der Gewerkschaften, sich eher der Bedürfnisse der Arbeitsplatzbesitzer anzunehmen als derer der un- oder unterbeschäftigten und weniger qualifizierten Bevölkerung.

Damit erklärt sich auch, dass eine politische Allianz zwischen Arbeitern und Bauern schwer vorstellbar ist. Bauernparteien haben vielmehr häufig gegen die Gewerkschaftsmitglieder Stellung bezogen, die ihrer Meinung nach übermäßig vom Staat begünstigt werden. In Indien gibt es keinen einheitlichen Bauernverband, die Interessen der verschiedenen ländlichen Gruppen – vor allem der mittleren Bauern und der von diesen oftmals schamlos ausgebeuteten Landarbeiter – sind dafür zu heterogen. Angesichts der Bedeutung des Agrarsektors für die Gesamtwirtschaft und die Beschäftigung in Indien sowie des Stimmengewichts der Bauern kann es sich aber auch keine national oder regional bedeutsame Partei leisten, die bäuerlichen Interessen zu vernachlässigen. So existieren zwar parteinahe Bauernverbände, Regierungen haben aber auch ohne deren Interventionen für das Wohlergehen zumindest der privilegierten Bauern Sorge getragen.

Neben diesen klassischen zivilgesellschaftlichen Organisationen entstehen immer mehr Nichtregierungsorganisationen (*Non-Governmental Organizations* oder kurz NGOs), Selbsthilfegruppen und soziale Bewegungen. Schätzungen zufolge gibt es in Indien bis zu 100 000 NGOs; das Spektrum reicht dabei von internationalen Organisationen wie *Amnesty International* oder *Oxfam* (mit jeweils eigenen Niederlassungen in Indien) bis zu rein lokalen Initiativen. Sie finanzieren sich aus Zuschüssen der

Außenpolitik

JOACHIM BETZ

Indien strebt global nach größerem internationalen Prestige. Dazu zählt auch der Atomwaffenbesitz. Gegenüber den Nachbarstaaten in Südasien zeigt sich das Land als regionale Großmacht.

Die Außen- und Sicherheitspolitik ist in Indien immer ein Bereich gewesen, der die breite Öffentlichkeit vergleichsweise wenig interessierte; hier konnten der Regierungschef und seine Berater meist relativ unabhängig agieren. Will man die Konstanten dieser Politik beschreiben, so fällt zunächst das seit der Unabhängigkeit zu beobachtende Streben nach regionalem Großmachtstatus ins Auge. Indien strebt aber auch nach Zuwachs an weltpolitischer Bedeutung etwa durch einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat, wie ihn der Rivale China innehat. Weltpolitisches Gewicht verspricht sich Indien auch durch die Offenhaltung der nuklearen Option und – damit verbunden – durch das Heraushalten „raumfremder“ Mächte aus dem eigenen Sicherheitsbereich, der seit den 1980er Jahren sehr weiträumig definiert wird und einen Großteil des Indischen Ozeans einschließt. Diese Grundpositionen werden von fast allen gesellschaftlichen Gruppierungen geteilt.

Haltung im Ost-West-Konflikt

Nach der Unabhängigkeit verfolgte Indien zunächst eine ausgesprochen idealistische Außenpolitik, die als Ziel eine friedliche Welt mit gegenseitiger Toleranz propagierte und – mit seiner führenden Rolle in der Bewegung der Blockfreien – einen dritten Weg jenseits der Konfrontation der Supermächte suchte. Blockfreiheit sollte Indien aber auch außenpolitische Ungebundenheit verschaffen sowie gleichzeitig die Möglichkeit eröffnen, sich im Einzelfall allein an den eigenen Interessen auszurichten. Doch sollte die indische Version der Blockfreiheit schon bald eine vergleichsweise prosojetische Schlagseite bekommen, begünstigt auch durch die staatswirtschaftliche Ausrichtung der indischen Entwicklungsstrategie und die amerikanische Ausrüstung Pakistans.

Die kleinen Nachbarn Indiens wurden in das von den Briten übernommene Sicherheitssystem integriert. Mit der Führung der VR China bestand Einigkeit in der antikolonialistischen Ausrichtung.

Dies wurde durch Abschluss eines Freundschaftsvertrages über Nichteinmischung und friedliche Konfliktbeilegung untermauert. Überproportionale eigene Rüstungsanstrengungen schienen zunächst fast entbehrlich. Das sollte sich 1962 mit dem indisch-chinesischen Grenzkrieg deutlich ändern, dem auch bald eine Annäherung zwischen Pakistan und der VR China folgte. Diese beiden Staaten kamen 1963 zu einer bilateralen Regelung der Grenzfrage. Die von Großbritannien noch zu Kolonialzeiten zur indisch-chinesischen Grenze erklärte McMahon-Linie wurde von China weiterhin nicht anerkannt. Abschlägig beschiedene Wünsche nach Lieferung modernen Kriegsgeräts durch die USA führten Indien



Nach der Unabhängigkeit verfolgte Indien einen Weg jenseits der Ost-West-Konfrontation. Konferenz der blockfreien Länder 1961 in Belgrad, Hauptstadt von Ex-Jugoslawien

bald noch stärker an die Seite der Sowjetunion, mit der sich auch der Handelsaustausch intensivierte.

Im indisch-pakistanischen Krieg von 1965 hielt sich die VR China zurück, die USA belegten die Kontrahenten mit einem Waffenembargo, und die Sowjetunion vermittelte vergleichsweise unparteiisch bei den Friedensverhandlungen von Taschkent; indische Einkreisungsängste erwiesen sich als unbegründet. Sie intensivierten sich jedoch erneut, als sich Ostpakistan vom Westteil 1971 abzuspalten begann und bis zu zehn Millionen Menschen nach Nordostindien flohen. In diese gespannte Situati-



Am 9. August 1971 schloss Indien mit der Sowjetunion einen Freundschafts- und Nichtangriffspakt. Vertragsunterzeichnung durch die beiden Außenminister in Neu-Delhi

on platzte die Nachricht der amerikanisch-chinesischen Annäherung. Die indische Regierung sah sich zum Abschluss eines Vertrages über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion genötigt, der im Angriffsfall sofortige Konsultationen – allerdings keinen automatischen Beistand – vorsah und nur bei großzügiger Interpretation noch dem Kriterium von „Blockfreiheit“ genügte. Nach dem militärischen Sieg über die im Osten kämpfende westpakistanische Armee im Dezember 1971, dem die Unabhängigkeit Ostpakistans als neuer Staat Bangladesch folgte, bemühte sich die indische Regierung daher wieder um stärkere außenpolitische Neutralität. Das sollte sich 1979 mit der sowjetischen Intervention in Afghanistan wieder ändern. Indien enthielt sich bei deren Verurteilung in den Vereinten Nationen der Stimme, da der indischen Regierung ein pakistanfeindliches Afghanistan sehr gelegen kam und im Übrigen auch bald eine amerikanisch-pakistanische Wiedernäherung einsetzte. Diese Periode brachte aber der indischen Außenpolitik einen beträchtlichen Prestigeverlust. Er wurde verstärkt durch gegenüber den kleineren Nachbarn an den Tag gelegte Großmachtallüren, deren sichtbarer Ausdruck die „Indira-Doktrin“ (1983) war. Sie besagte, dass die Nachbarn bei der Lösung interner Konflikte nur die Hilfe Indiens, nicht aber die raumfremder Mächte beanspruchen durften.

Kurskorrekturen seit Ende der 1980er Jahre

Der Zusammenbruch der sozialistischen Staaten und das Ende der Blockkonfrontation veränderten die jahrzehntelangen Grunddeterminanten der indischen Außenpolitik. Mit den Genfer Friedensverhandlungen über Afghanistan 1988 begann der Wert Pakistans als strategischer Sicherheitspartner für die USA zu sinken; parallel dazu verlor Indien für die Sowjetunion an Bedeutung, verstärkt nach deren Aussöhnung mit China. Die danach einsetzende

Entspannung zwischen den beiden Supermächten und ihre Abrüstungsbemühungen standen im Gegensatz zur fortgesetzten Aufrüstung und Weigerung Indiens, dem Atomwaffensperrvertrag beizutreten, weil dieser Indien den Besitz und die Weiterverbreitung von Atomwaffen verboten hätte. Mit der Entspannung verringerte sich auch das Gewicht der Blockfreienbewegung; Indien verlor damit eines seiner wichtigsten außenpolitischen Foren. Schließlich brachte der wirtschaftliche Zusammenbruch der vormals sozialistischen Staaten den beiderseitigen Austausch zum Erliegen und beendete die devisenschonenden russischen Rüstungslieferungen. Die offizielle indische Außenpolitik hat auf diese neue Lage zunächst hilflos reagiert, entschied sich aber zu einer doch deutlichen Kurskorrektur – parallel zur wirtschaftlichen Öffnung. Dies betraf

vor allem die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Zunächst wurde eine Verbesserung der militärischen Zusammenarbeit angekündigt, die sich in verstärkten indischen Rüstungskäufen, gegenseitigen Besuchen von Militärdelegationen, in gemeinsamen Flottenübungen und – Anfang 1995 – in einem bilateralen Sicherheitsabkommen niederschlugen. Fortgesetzte amerikanische Kritik aufgrund von Menschenrechtsverletzungen in Kaschmir sowie die indische Weigerung zur Zeichnung des Atomwaffensperrvertrages und des nuklearen Teststoppabkommens sorgten allerdings für Irritationen.

Parallel zur wirtschaftlichen Öffnung näherte Indien sich den USA

Die indischen Nukleartests 1998 erfolgten im Wesentlichen deshalb, weil die indische Regierung den Atomwaffenbesitz aus Gründen des internationalen Prestiges anstrebte. Die Entscheidung für den Zeitpunkt fiel vermutlich in der Endphase der Verhandlungen über ein internationales Teststoppabkommen, dessen Inkrafttreten insbesondere die VR China von der Zustimmung Indiens abhängig gemacht hatte.

Die Tests wurden von den USA und anderen Staaten mit Wirtschaftssanktionen beantwortet, die aber das nuklear nachziehende Pakistan mehr schmerzten als Indien und auch bald wieder aufgehoben wurden. Dadurch und durch die Bereitschaft der indischen Regierung zu wiederholten bilateralen Gesprächen mit den USA über die eigene Nuklearpolitik – wobei auch die Bereitschaft zur Zeichnung des Teststoppabkommens signalisiert wurde – begannen sich die Beziehungen wieder zu verbessern. Im März 2000 kam es zu einem Staatsbesuch Präsident Clintons, bei dem sich die amerikanische Seite den indischen Standpunkt in der Kaschmirfrage zu eigen machte und zwischen den „natürlichen Verbündeten“ USA und Indien eine „strategische Partnerschaft“ vereinbart wurde. Die USA akzeptierten in späteren Gesprächen erst einmal die indischen Vorstellungen einer nuklearen Mindestabschreckung, auch wenn deren Umfang nicht festgelegt wurde. Mit dem nach September 2001 einsetzenden amerikanischen Anti-

terrorkampf verlor die Nuklearfrage als Problem der indisch-amerikanischen Beziehungen zunächst an Bedeutung. Indien versuchte, sich als verantwortliche Nuklearmacht zu profilieren, verzichtete auf weitere Tests sowie auf den Ersteinsatz von Atomwaffen und betrieb eine strikte Politik der Nichtweiterverbreitung, obwohl es dem Atomwaffensperrvertrag nicht beigetreten war. Tatsächlich haben die Tests Indiens internationales Prestige gehoben.

Bei seinem Besuch in Indien im März 2006 würdigte der US-Präsident George W. Bush Indien als Weltmacht und schloss ein Atomabkommen, nach dem die USA nach mehr als 30-jährigem Boykott wieder Atomtechnologie und Nuklearmaterial zur zivilen Nutzung an Indien liefern wollen, während Indien einen Teil seiner Nuklearanlagen internationaler Inspektion öffnet. Die USA erklärten zudem ihre Bereitschaft, Indien Investitionen in den Bereichen Biotechnologie und Landwirtschaft sowie Kampfflugzeuge zukommen zu lassen.

Auch aus nichtmilitärischen Gründen verbesserten sich die Beziehungen zwischen Indien und den USA deutlich. Die Vereinigten Staaten sind, bedingt durch die wirtschaftliche Liberalisierung Indiens, mittlerweile zum größten Handelspartner und einem wichtigen Investor geworden. Die Zahl der überdurchschnittlich gut ausgebildeten und finanziell ausgestatteten indischstämmigen Minderheit in Amerika hat sich erheblich erhöht und soll bis 2015 auf fünf Millionen Personen steigen. Ihr Einfluss wird gestärkt durch den so genannten *India Caucus* im amerikanischen Kongress, der zur Zeit 118 Abgeordnete zählt.

Das Verhältnis zu Russland hat sich wieder verbessert, entbehrt allerdings der früheren Herzlichkeit. Ein wesentliches Problem der indisch-russischen Beziehungen, die im bilateralen Handel (hauptsächlich Öl und Rüstungsgüter gegen indische Fertigwaren) aufgelaufenen Altschulden Indiens, konnte bei einem Staatsbesuch Boris Jelzins 1993 mit einer für Indien relativ günstigen Regelung bereinigt werden. Dieser Besuch brachte auch die Unterzeichnung eines Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit, der sich im Gegensatz zum Vertrag von 1971 aber nicht gegen Dritte richtet. Kurze Zeit später



picture-alliance / dpa

Die USA sind für Indien ein wichtiger militärischer und wirtschaftlicher Partner. Besuch des US-Präsidenten George Bush im März 2006

Energie und Prestige durch Atomkraft

Das Bhabha Atomforschungszentrum in Trombay, einem Vorort von Bombay, thront wie ein Schrein erhaben am Ufer des Arabischen Meeres. Schlanke Türme flankieren das würfelförmige Hauptgebäude und die strahlend weiße Kuppel. [...] Das Forschungszentrum, wo Kernreaktoren Plutonium produzieren, gilt in Indien als Tempel der Wissenschaft. Die Bevölkerung verehrt die Nuklearforscher fast mit fanatischem Eifer. Aus westlicher Sicht ist das schwer nachzuvollziehen, zumal viele Inder nicht zwischen militärischer und ziviler Nutzung unterscheiden. Amartya Sen, der indische Wirtschaftsnobelpreisträger, sagt, selbst die Atombombe werde mit fast schon religiöser Inbrunst angebetet.

Die Nationalisten haben es Amartya Sen zufolge verstanden, die Atombombe zur Wunderwaffe zu stilisieren. [...] Und die Kernkraftwerke würden zum Zaubermittel erklärt, die den Energieengpass überwinden, der das Wirtschaftswachstum bremst. Bei dieser Argumentation wird unterschlagen, dass die 16 Atommeiler in Indien bisher nur 3,1 Prozent, 3900 Megawatt, zur Stromproduktion beitragen. Weitere sieben Kernkraftwerke, so viele wie in keinem anderen Land, befinden sich allerdings im Bau. Mehr als zwei Dutzend weitere Anlagen sollen bis 2020 erstellt werden, um die nukleare Kapazität um 40 000 Megawatt zu vergrößern. Die voraussichtliche Investitionssumme beträgt 40 Milliarden Dollar.

Premierminister Manmohan Singh hat eine sichere Energieversorgung zur Priorität erklärt. Zwischen Angebot und Nachfrage klafft eine große Lücke. [...] Trotzdem vermag der Hunger nach Energie

allein die Begeisterung für die Atomkraft nicht zu erklären. Hinter der Euphorie steckt ein Minderwertigkeitskomplex. Viele Inder meinen, sie nähmen in der Welt nicht den Platz ein, den ihnen die Größe des Landes und des Volkes eigentlich garantieren sollte.

Auch deshalb verurteilte die Regierung in Delhi den 1968 geschlossenen Atomwaffensperrvertrag als „nukleare Apartheid“, als moderne Form des Kolonialismus. Sie weigerte sich, das Vertragswerk zu unterzeichnen, pochte auf Gleichberechtigung. So erklärt es sich, dass Indien die nukleare Rüstung mit nationalistischem Eifer betreibt und es offenbar niemanden stört, dass der Preis der Atomwaffen bei 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegt. Mit diesem Geld könnte die Regierung allen Kindern eine Grundschulausbildung finanzieren. [...]

Der Großmachtstatus beruht auf Atomkraft – davon ist die Mehrheit der Inder überzeugt. Ein Missverständnis? Die meisten Historiker des Landes sind sich einig, dass die Atomtests 1998 den Gang der indischen Geschichte verändert haben. Die Explosionen verliehen der Nation angeblich die Energie, um ein mächtiges Land zu werden. Dass sie Indien auch Wirtschaftssanktionen einbrachten, wird gewöhnlich ausgeblendet. Die internationale Ächtung passt schlecht ins Wunschbild und ist inzwischen Vergangenheit. Der im vergangenen Jahr [2006 – *Anm. d. Red.*] geschlossene Nuklearvertrag mit den USA brachte Indien die faktische Anerkennung als Atommacht. Indische Analysten werten es als entscheidenden Schritt auf dem Weg zur Weltmacht. [...]

Manuela Kessler, „Anbeter der Atomkraft“, in: Süddeutsche Zeitung vom 28. April 2007

wurde auch die indisch-russische Rüstungskooperation wieder aufgenommen. Moskau zeigte wenig Verständnis für die indischen Nukleartests 1998, bestrafte diese jedoch nicht mit Sanktionen, sondern bemühte sich eher, die negative internationale Reaktion gegen Indien zu dämpfen. Beim Staatsbesuch Präsident Wladimir Putins im Herbst 2000 wurde eine „strategische Partnerschaft“ zwischen Russland und Indien vereinbart und die Rüstungskooperation ausgeweitet.

Verhältnis zu China

Auch die Beziehungen Indiens zu China entspannten sich in den 1990er Jahren. Im September 1993 wurde ein Abkommen zur Entschärfung des Grenzkonflikts vereinbart, in dem sich beide Staaten zur Reduktion der in den umstrittenen Gebieten stationierten Truppen verpflichteten. Dieses Abkommen wurde 1996 noch weiter präzisiert. Für fortgesetzte Irritationen sorgte aber die Rüstungs- und Nuklearkooperation Chinas mit Pakistan, die Aufstellung von (zwangsläufig gegen Indien) gerichteten Raketenstellungen in Tibet, die Installierung von Abhöranlagen in Myanmar sowie der dort geplante Ausbau einer chinesischen Marinebasis. Indien umwarb im Gegenzug Vietnam im Hinblick auf Rüstungskooperation und Sicherheitsabkommen und versuchte Chinas wirtschaftlichen Einfluss in Südostasien einzudämmen. Das Grundproblem der Konkurrenz um internationalen Status und Dominanz in der Region des Indischen Ozeans besteht also weiterhin. China gilt als langfristig größte Bedrohung für das eigene Land, die Ausübung der nuklearen Option wurde seitens der indischen Führung auch ausdrücklich mit Verweis auf eine mögliche atomare Bedrohung durch den großen Nachbarn gerechtfertigt.

Nachdem sich die Aufregung über die indischen Atomtests in Peking gelegt hatte, fanden wieder häufigere Treffen der chinesisch-indischen Arbeitsgruppe zur Demarkierung der gemeinsamen Grenze

statt. Ein Zeichen der Annäherung stellte auch die Wiedereröffnung des 1962 geschlossenen Nathu-La-Gebirgspasses zwischen Tibet und dem indischen Bundesstaat Sikkim im Juli 2006 dar. Eine endgültige Lösung der Grenzfrage ist aber noch nicht in Sicht. China versucht nach wie vor durch Rüstungshilfe für Pakistan, Indien in seinem außenpolitischen Wirken zu beschränken, unterstützt auch dessen Wunsch nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat nicht und fürchtet gleichzeitig, dass Indien von den USA als Konkurrent aufgebaut wird. Zudem hat sich der Wettbewerb der beiden Staaten um sichere Rohstoffquellen verschärft. Es bestehen aber durchaus auch Gemeinsamkeiten: Die chinesische Führung ist davon abgerückt, stets Pakistans Standpunkt in der Kaschmirfrage zu unterstützen, und der bilaterale Handel wächst im raschem Tempo.

Einfluss auf dem Subkontinent

Um Indiens Politik gegenüber seinen Nachbarn zu verstehen, muss man sich zunächst das übermäßige wirtschaftliche, geographische und demographische Gewicht Indiens in Südasiens vor Augen führen. Das Land hat einen Anteil von jeweils etwa drei Viertel der Landfläche, der Bevölkerung und der Wirtschaftskraft Südasiens, woraus sich Dominanzängste der Nachbarn ergaben. Umgekehrt befürchtete Indien, diese könnten sich untereinander zusammenschließen oder auswärtige Unterstützung suchen, um das indische Übergewicht zu kompensieren. Die unterschiedliche politische und wirtschaftliche Entwicklung auf dem Subkontinent verhinderte trotz kultureller Gemeinsamkeiten und ähnlicher Entwicklungsprobleme lange andernorts praktizierte Ansätze zur regionalen Kooperation. Südasiens galt daher als Region ohne Regionalismus. Dazu kam, dass Indien aufgrund seiner zentralen Lage und grenzüberschreitender Minderheitenprobleme zwangsläufig in alle internen Konflikte seiner Nachbarn hineingeriet. Zuletzt betrachtete Indien ganz Südasiens als seine natürliche Sicherheitszone und pflegte auch bescheidene, auf außen- und sicherheitspolitische Autonomie zielende Bestrebungen seiner Nachbarn oft harsch zu beantworten.

Konflikt mit Pakistan

Pakistan als zweitgrößter Staat der Subregion konnte sich dem indischen Einfluss am ehesten entziehen. Entsprechend konfliktgeladen war und ist – mit deutlicher Tendenz zu einer Entspannung – das beiderseitige Verhältnis. Der Ursprung des indisch-pakistanischen Gegensatzes, der bislang zu drei größeren bewaffneten Konflikten führte, liegt in den sich verschlechternden Beziehungen zwischen Hindus und Muslimen zum Ausgang der Kolonialzeit, die zur Teilung Britisch-Indiens in zwei Staaten mit unterschiedlicher Staatsphilosophie führten. Die politische Elite Pakistans propagierte die so genannte



2006 wurde der Nathu-La-Pass nach 44 Jahren erstmalig wieder geöffnet. Das Verhältnis Indiens zu China hat sich in den letzten Jahren entspannt.



picture-alliance / dpa

Moment der Annäherung: der damalige indische Premier Vajpayee (l.) mit Pakistans Präsident Musharraf im Januar 2004

kistan ließ sich daher in die westlichen Verteidigungsbündnisse (CENTO und SEATO) einspannen, wofür es mit modernem Kriegsgerät ausgestattet wurde. Dieses Muster setzte sich später nach der Afghanistan-Invasion der Sowjetunion fort, zuletzt im Zuge des amerikanischen Kampfes gegen den internationalen Terrorismus. Raumpfremde Unterstützung bei der konventionellen – vermutlich auch der nuklearen – Aufrüstung erhielt Pakistan seit den 1960er Jahren auch von China, aktuell auf der Basis eines 2005 abgeschlossenen Freundschaftsvertrages.

Die beiden Kontrahenten haben sich einen jahrzehntelangen konventionellen und später nuklearen Rüstungswettlauf geliefert. Pakistan bewaffnete sich im Wesentlichen über Rüstungsimporte; Indien setzte von Beginn an auf Selbstversorgung aus eigenen Rüstungsunternehmen, ergänzt durch Lizenzproduktionen und Importe technologiein-

stiven Geräts. Entsprechend der größeren Wirtschaftskraft musste die indische Seite stets relativ weniger (gemessen am Bruttoinlandsprodukt oder den Haushaltsausgaben) aufwenden, um dennoch eine massive militärische Überlegenheit über Pakistan zu erlangen. Ähnliches gilt für den nuklearen Wettlauf. Beide Staaten haben ein Kernenergieprogramm vorangetrieben, dem eine glaubwürdige zivile Begründung fehlt. Indien ist aber auf nuklearem Gebiet eindeutig weiter vorangeschritten und beherrscht den ganzen Nuklearkreislauf, inklusive Wiederaufbereitungsanlagen und eines schnellen Brütters. Zur strategischen Stabilisierung einigten sich Indien und Pakistan 1989 auf ein Abkommen, die beiderseitigen Nuklearanlagen von eventuellen militärischen Angriffen auszunehmen. Nach den Nukleartests 1998 bot Indien dem Nachbarstaat verschiedentlich ein Abkommen zum Verzicht auf einen nuklearen Erstschlag an, das von pakistanischer Seite aber abgelehnt wurde, weil Pakistan auf den Einsatz von Atomwaffen zur Kompensation seiner konventionellen Unterlegenheit setzt.

Kleine Nachbarn

Die kleineren Nachbarn konnte Indien durch entsprechende Verträge leicht seiner Aufsicht unterwerfen; aber auch diese stellten sich mit ihren bescheideneren Mitteln der indischen Umklammerung entgegen. Sikkim wurde 1974 annektiert, das kleine Königreich Bhutan stellt praktisch einen Satellitenstaat dar. Ein ähnliches Schicksal schien auch Nepal beschieden. Es ist mit Indien durch einen Friedens- und Freundschaftsvertrag sowie einen Handels- und Transitvertrag (beide 1950)

Kein ganz gewöhnlicher Zug: der Samjhauta-Express

Jeden Abend kurz vor Sonnenuntergang schließen indische und pakistanische Elitetruppen die Grenze in Wagah. Sie schmeißen brutal das Eisentor zu, auf beiden Seiten angefeuert von Tausenden brüllenden Fanatikern. Über gigantische Boxen werden patriotische Songs ins Nachbarland geplärrt: „Lang lebe Mutter Indien“ – „Lang lebe Pakistan, Superpower Allah“. Am indisch-pakistanischen Grenzübergang Wagah findet statt, was ein indischer Journalist einmal als „Ritual des Wahnsinns“ bezeichnet hat. Es ist ein [...] offensichtlich feindseliges Ritual, eine paranoide Macht-Show. Während sich Politiker beider Seiten immer wieder ihrer Freundschaft versichern, misstrauen sich die Völker nach wie vor.

Wenn dann wie Sonntagnacht [am 19. Februar 2007 – *Anm. d. Red.*] eine Bombe explodiert in einem Zug, der beide Länder miteinander verbindet, ist das mehr als nur ein Attentat. Es ist, wie der indische Eisenbahnminister Lalu Prasad Yadav sagt, ein Versuch, den Frieden zwischen Indien und Pakistan zu destabilisieren. [...] Der Samjhauta-Express war schon immer Gradmesser für die Beziehung zwischen Indien und Pakistan. Bei politischen Spannungen wurde die am 22. Juli 1976 eingeweihte Zugstrecke schon öfter unterbrochen. Das erste Mal 1984, als die blutigen Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Sikhs im indischen Bundesstaat Pandschab [Punjab – *Anm. d. Red.*] eskalierten.

Das letzte Mal wurde die Strecke nach dem Anschlag auf das Parlament in Delhi im Dezember 2001 gesperrt. Die Regierung machte radikale Islamisten aus Pakistan für den Anschlag verantwortlich. Es folgte das übliche Ritual des Misstrauens: keine direkten Bus-, Flug-, Bahnverbindungen mehr, keine Cricketspiele.

Zwei Jahre lang war die Grenze zwischen den zwei Atommächten nur mit dem Flugzeug über ein Drittland zu überwinden. Dann fuhr zumindest der Bus wieder. Ein Luxusgefährt mit indischer und pakistanischer Flagge an der Seite. Mit dem Bus kam die Hoffnung. Mit ihm fuhren sie ein pakistanisches Baby nach Indien, das in Bangalore am Herzen operiert wurde. Eine Friedens-Ikone. Als Anfang 2004 auch wieder der erste Zug von Lahore nach Indien fuhr, priesen Politiker dies als einen weiteren Schritt in Richtung eines dauerhaften Friedens. Zweimal die Woche verbindet der Samjhauta die beiden Länder. Ein unersetzliches Symbol. Man hoffte auf Normalität – wenigstens im Grenzverkehr. [...]

Die Regierungen stehen unter hohem Druck. Beide haben zu kämpfen gegen fundamentalistische Kräfte, die nach jedem Attentat mehr Härte gegen den Nachbarn fordern. Das Misstrauen beider Völker ist nicht so einfach wegzuräumen wie die Trümmer einer Bombennacht. [...]

Karin Steinberger, „Rituale des Wahnsinns“, in: Süddeutsche Zeitung vom 20. Februar 2007

verbunden, die indischen Beistand für eine eventuelle Bedrohung Nepals sicherten und das Land indischem Handel öffneten. Die indische Regierung verstand sich auch verschiedentlich als Nachhilfelehrerin in Sachen Demokratie und unterstützte entsprechende Kräfte im Lande gegen den Monarchen.

Die Beziehungen mit Bangladesch waren zunächst wegen der indischen Geburtshilfe bei der Staatswerdung sehr herzlich; bald aber traten die alten Konflikte wieder in den Vordergrund: die Grenzziehung, das permanente Defizit Bangladeschs im bilateralen Handel, der Zustrom von Flüchtlingen, die angebliche Unterstützung nordostindischer Rebellen durch Bangladesch und vor allem der Streit um die Wasserverteilung des Ganges. Größter Stolperstein der Beziehungen blieb der Farakka-Staudamm, der 1969/70 fertiggestellt wurde und der – kurz vor der Grenze zu Bangladesch – erhebliche Anteile des Gangeswassers zur Erhaltung des Hafens Kolkata und zur Bewässerung in Westbengalen ableitete. Ende 1996 konnte ein 30 Jahre währender Vertrag über die Teilung des Gangeswassers abgeschlossen werden.



Die SAARC bemüht sich, durch regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit die nachbarschaftlichen Beziehungen in Südasien zu stärken und zu verbessern.

Ein prominentes Beispiel des indischen Interventionismus in der Nachbarschaft stellt das Eingreifen in den Bürgerkrieg auf Sri Lanka (früher Ceylon) dar. Indien wurde von diesem Konflikt insoweit berührt, als zwischen den Ceylon-Tamilen und jenen im südindischen Unionsstaat Tamil Nadu enge Beziehungen bestehen. Die dortige Landesregierung drohte mit einer Intervention zugunsten ihrer Glaubensbrüder, während die sri-lankische Regierung Israel und die USA um Unterstützung durch auswärtige Berater zur Niederschlagung der „Terroristen“ ersuchte. Das wollte die indische Regierung nicht hinnehmen und drängte dem Nachbarn seine (allerdings konstruktiven) Vermittlungsversuche auf. Diese brachten jedoch keine dauerhaften Ergebnisse; als die Regierung in Colombo eine militärische Lösung des Konflikts suchte, griff Indien 1987 ein und nötigte den Nachbarn zu einem Abkommen, das die Entsendung einer umfangreichen indischen Friedenstruppe ermöglichte.

Die indische Intervention sollte sowohl politisch wie militärisch scheitern, die Truppen konnten die Rebellen nicht unter ihre Kontrolle bringen und mussten sich auf Wunsch Sri Lankas 1989 zurückziehen. Diese Episode verdeutlichte eindrucksvoll die Grenzen einer indischen Ordnungsfunktion in der Region.

Regionale Wirtschaftskooperation

Angesichts der konflikthafter nachbarschaftlichen Beziehungen in Südasien kamen Initiativen zur Bildung regionaler Wirtschaftsgemeinschaften nur spät und mühselig in Gang. Der Anstoß dazu ging 1980 von Bangladesch aus, während sich die pakistanische und indische Seite aus unterschiedlichen Gründen (indisches Übergewicht bzw. Furcht vor Koalition der Nachbarn) zunächst zurückhielten. Vorgeslagen wurde die Kooperation in eher technischen, unpolitischen Sektoren sowie ein jährliches Treffen der südasiatischen Staats- und Regierungschefs. Unter Ausklammerung sensibler Bereiche wie Handel, Währung, Industrialisierung und Außenpolitik und

nach erheblichem Vorbereitungsaufwand kam es 1983 zum ersten Treffen der Außenminister, bei dem eine Erklärung zur Zusammenarbeit verabschiedet wurde, und 1985 zu ihrer Institutionalisierung unter dem Namen *South Asian Association for Regional Cooperation* (SAARC, Südasiatischer Verband für regionale Zusammenarbeit). Die sieben Gründungsmitglieder sind Bangladesch, Bhutan, Indien, die Malediven, Nepal, Pakistan und Sri Lanka. 2007 ist

auch Afghanistan beigetreten. Die Gipfeltreffen brachten anfangs wenig konkrete Ergebnisse, wenn man einmal von der Einrichtung einer regionalen Lebensmittelreserve und einer Konvention zur Bekämpfung des Terrorismus absieht. Im Mai 1993 wurde allerdings das *South Asian Preferential Trade Agreement* (SAPTA, Südasiatisches Handelspräferenz-Abkommen) abgeschlossen, das einen bescheidenen Anfang mit der (in anderen Regionen wie Lateinamerika und Südostasien bereits schneller voranschreitenden) Reduktion der intraregionalen Zölle machte. In der zweiten Verhandlungsrunde (1996) wurden immerhin bereits 2000 Produktgruppen für Zollsenkungen ins Auge gefasst. Ein Freihandelsabkommen wurde im Januar 2004 geschlossen und zwei Jahre später umgesetzt. Nach wie vor ist der intraregionale Handel mit knapp fünf Prozent des Gesamthandels der Region aber eher gering, zahlreiche Produktgruppen bleiben von der Liberalisierung ausgeschlossen.

Grundzüge der Wirtschaft seit 1947

JOACHIM BETZ

Indiens Wirtschaft wächst seit den 1990er Jahren rasant, das Land zählt zu den aufstrebenden globalen Wirtschaftsmächten. Allerdings sind noch umfangreiche Reformschritte notwendig, um dieses Wachstum dauerhaft zu sichern.

Stellte Indien bis in die 1980er Jahre eine mit einer Rate von etwa 3,5 Prozent wachsende, vergleichsweise reformresistente Volkswirtschaft dar, ist es inzwischen zu einem wirtschaftlich dynamischen Land geworden, dessen Bruttoinlandsprodukt nach Angaben der Bundesagentur für Außenwirtschaft im Haushaltsjahr 2005/06 eine reale Wachstumsrate von 9,2 Prozent erreichte. Veröffentlichungen des IWF und der Weltbank bezeichnen Indien heute als aufstrebende globale Wirtschaftsmacht oder sogar als wirtschaftliche und politische Supermacht des 21. Jahrhunderts. Insgesamt zeichnet sich ein beachtlicher Stimmungswandel ab, der bis Anfang der 1990er Jahre auch im Land selbst kaum für möglich gehalten wurde und Basis für manche Forderung nach einem größeren Einfluss Indiens weltweit ist.

von circa 800 Produktlinien für den kleinbetrieblichen Sektor reserviert. Dieser wurde neben dem Bestandsschutz auch durch vergünstigte Kredite gefördert, vorausgesetzt, die Betriebe überschritten nicht eine recht niedrig angesetzte Größe. Um eine regional ausgewogene Entwicklung zu gewährleisten, förderte der Staat die Industrieansiedlung in strukturschwachen Gebieten durch Subventionen und Auflagen. Gleichzeitig wurde die industrielle Entwicklung konsequent gegen internationale Konkurrenz abgeschirmt. Der Import von Konsumgütern war bis auf wenige Ausnahmen untersagt, Kapital- und Zwischengüter durften nur gegen Erteilung fallweiser Lizenzen eingeführt werden, das Niveau der Zölle war immens. Die Abschirmung des Binnenmarktes führte dazu, dass die Exportproduktion wenig attraktiv war. Mittels eines ständig umfangreicher und komplizierter werdenden Instrumentariums versuchte man sie zu fördern. Hauptinstrument zur Durchsetzung der indus-

Politik der Autarkie

Natürlich haben indische Regierungen bereits seit der Unabhängigkeit die wirtschaftliche Entwicklung des Landes voranzubringen versucht. Sie setzten dabei allerdings – um Gefährdungen ihrer Autonomie vorzubeugen – auf weitgehende Selbstversorgung (*self-reliance*), die vorrangige Entwicklung der Industrie, insbesondere der Schwerindustrie, in der Staatsbetriebe dominieren sollten, denen auch lange Zeit der Löwenanteil der indischen Entwicklungsausgaben zufluss. Der Wirkungsbereich von privaten Großunternehmen und ausländischen Investoren wurde stark auf bestimmte Sektoren bzw. Anteile beschränkt. Der Staat versuchte durch Fünfjahrespläne die Entwicklungsrichtung vorzugeben und erhielt gegenüber der Privatwirtschaft investitionsleitende Funktionen, um sicherzustellen, dass die knappen finanziellen Mittel nicht Bereichen zufließen, denen geringere gesellschaftspolitische Bedeutung zugemessen wurde. Als Gegengewicht zum Aufbau der Schwerindustrie und mit dem Ziel, eine ausreichende Zahl von Arbeitsplätzen zu schaffen, wurde eine breite Güterpalette

Wirtschaftsdaten Indien				
	2003	2004	2005	2006
BIP, nom. (Mrd. US-\$)		667,3	780,8	886,9
BIP je Einwohner (US-\$)		618	712	797
BIP-Veränderung (%)	7,2	7,8	9,2	9,2
Inflationsrate (%)	3,7	3,9	4	5,6
Arbeitslosigkeit (%)	9,5	9,2	8,9	7,8
Haushaltssaldo (% des BIP)	-8,5	-7,5	-7,4	-6,4
Außenhandel:				
- Einfuhr (Mrd. US-\$)		78,15	111,52	133,42
- Einfuhr (%)		27,3	42,7	19,6
- Ausfuhr (Mrd. US-\$)		63,84	83,54	102,73
- Ausfuhr (%)		21,1	30,9	23
- Saldo (Mrd. US-\$)		-14,31	-27,98	-30,69
Leistungsbilanz (% des BIP)		0,1	-0,9	-2,2
Ausländische Direktinvestitionen (Zuflüsse, Mrd. US-\$)	4,59	5,47	6,6	
Brutto-Auslandsverschuldung (Mrd. US-\$)		111,8	131,9	132,1
Devisenreserven (Mrd. US-\$)		107,4	134,6	164,0
Zusammengestellt nach Bundesagentur für Außenwirtschaft (bfai), Wirtschaftsdaten kompakt Indien (Mai 2007) und CIA World Factbook (https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/in.html#Econ)				

trienpolitischen Ziele war die Vergabe staatlicher Kapazitätslizenzen für industrielle Investitionen jeder Art (für Neugründungen, Kapazitätserweiterungen, die Verbreiterung der Produktpalette oder eine Standortverlagerung). Im Ergebnis konnten wesentliche unternehmerische Entscheidungen nicht ohne staatliche Einmischung gefällt werden. Schließlich wurde auch das Finanzsystem auf die staatlichen Entwicklungsziele und Kreditbedürfnisse ausgerichtet: Zins- und Kreditkonditionen wurden streng reglementiert, der Markteintritt neuer Banken behindert, die Niederlassung ausländischer Institute untersagt und die Autonomie der 27 Staatsbanken stark beschränkt. Diese mussten ihre Einlagen hauptsächlich in Staatspapieren und als Reserven bei der indischen Zentralbank unterhalten, die ihrerseits in starkem Maße als Finanzier des staatlichen Haushaltsdefizits herangezogen werden konnte. Ihre Kredite waren zum Großteil für die Landwirtschaft, die Kleinindustrie und den Wohnungsbau bestimmt.

Erfolge und Defizite

Aus heutiger und vergleichender Sicht waren die Resultate dieser Wirtschaftspolitik eher bescheiden. Zwar wurde das Ziel der Selbstversorgung weitgehend erreicht, die Importquote lag Anfang der 1980er Jahre bei nur fünf Prozent; die Industrie war breit aufgestellt, und eine beachtliche Anzahl wissenschaftlicher und technischer Fachkräfte wurde ausgebildet. Überdies finanzierte Indien mehr als 90 Prozent seiner Investitionen aus eigenen Mitteln, da es nur spärlich Entwicklungshilfe erhielt und wenig Auslandsinvestitionen anzog. Den wirtschaftlichen Erfolgen standen freilich gravierende Defizite gegenüber: Das enge Geflecht von staatlichen Kontrollen und Anreizen erhöhte die Produktionskosten der Unternehmen und leistete der Korruption Vorschub. Das erreichte Wirtschaftswachstum fiel im Verhältnis zu den eingesetzten Mitteln (die Investitionsquote lag oft um 25 Prozent des BIP) recht mager aus, die Kapitalproduktivität

Florierende Filmindustrie

[...] Indien ist die filmverrückteste Nation der Welt – und die einzige, in der Hollywood ohne alle Steuerungs- und Zensurmaßnahmen einen Marktanteil von unter fünf Prozent hat. Die gerne kolportierte Behauptung, dass Bollywood jedes Jahr etwa achthundert Filme und somit dreimal mehr als Hollywood produziert, ist nicht ganz korrekt – aber nur deshalb nicht, weil der Begriff „Bollywood“ in der Regel nur das Hindi-sprachige Kommerzkino umfasst. Richtig wird die Behauptung, zählt man die in anderen Sprachen (Tamilisch, Malayalam, Telugu etc.) gedrehten indischen Filme dazu. (Die genauen Zahlen für 2004: 934 Filme in ganz Indien, 244 in Hindi.) [...] Der Name „Bollywood“ ist eine Ende der 70er Jahre entstandene, sehr unscharfe, einst eher unfreundlich gemeinte, heute allerdings durchgesetzte Bezeichnung. Das B steht für „Bombay“ (das heute offiziell Mumbai heißt), wo seit jeher die größte Filmindustrie des Subkontinents beheimatet ist, diejenige mit dem größten Einzugsbereich, der umfangreichsten Produktion und den bekanntesten Stars. Gedreht wird in der am weitesten verbreiteten Sprache „Hindi“, die allerdings in Bombay selbst gar nicht die Hauptsprache ist. Bollywood ist auch in Bombay eine Welt für sich, in der andere Regeln gelten als in der indischen Gesellschaft sonst. So ist die Präsenz von Muslimen hier außergewöhnlich hoch, was man schon daran sieht, dass der größte Star Bollywoods im letzten Jahrzehnt – [...] Shah Rukh Khan – ein Moslem ist [...].

Mit den vor allem in den USA und Großbritannien lebenden wohlhabenden NRIs (*non resident Indians*) und der wachsenden Mittelschicht der Großstädte hat die Industrie [in den 90er Jahren] ein neues Zielpublikum entdeckt. Die Entwicklung ist durchaus ambivalent. Während nun anspruchsvollere Blockbuster-Produktionen für die neuen, besser gebildeten und wohlhabenderen Multiplex-Besucher entstehen und auch auf westliche Festivals exportiert werden [...], droht der Masala-Film, der stets allen Schichten etwas versprach und eines der originären Produkte der indischen Filmindustrie war, auszusterben. Die [...] auch bei uns [...] erfolgreichen Blockbuster wie *Kabhie Kushi Kabhie Gham* (2003) oder *Kal Ho Naa Ho* (2004) sind die Musterbeispiele für diesen Richtungswechsel. Technik und Schauwerte haben den westlichen Standard erreicht und die teilweise oder vollständige Verlegung der Schauplätze



Jörg Böttling / agenda

Multiplex-Kino im Mumbai

nach Europa und USA haben den Transfer der Bollywood-Ästhetik nach Westen erstmals [...] in der Geschichte des indischen Kommerzfilms wirklich als Option erscheinen lassen. [...]

Ekkehard Knörer, „Bollywood 101“, in: *Splating Image* Nr. 62 vom Juni 2005

war also gering und sank mit den Jahren noch weiter. Die zahlreichen Staatsbetriebe zeichneten sich trotz massiver Unterstützung durch geringe Rentabilität aus, und die Reservierungen für den kleinbetrieblichen Sektor behinderten das Wachstum von Betrieben, da ab einer bestimmten Betriebsgröße die Begünstigungen weggefallen wären. Die Abschirmung des Binnenmarktes sowie die Einräumung vergünstigter Kredite an die Industrie durch

**Die Politik
der Abschottung
tat der indischen
Wirtschaft nicht gut**

die Staatsbanken führten zusammen mit der leichten Überbewertung der Rupie zu einer relativen Bevorteilung des Kapitaleinsatzes zu Lasten der Arbeit; daher stieg das Angebot an Arbeitsplätzen im industriellen Bereich nur im Tempo der Bevölkerungszunahme. Der Schutz vor ausländischer Konkurrenz schlug sich in minimalen Forschungs- und Entwicklungsausgaben nieder. Mit dieser Abschottung ging auch einher, dass das Preisniveau indischer Industriewaren teilweise deutlich über jenem des Weltmarktes lag und damit sichere und bequeme Gewinne bei nur mäßigen Bemühungen zur Produktverbesserung erlaubte. Die staatlichen Exportanreize kompensierten die höhere Attraktivität der Binnenmarktproduktion nur zum Teil. Daher fiel der indische Anteil an den Weltausfuhren dramatisch von 2,8 Prozent Anfang der 1950er Jahre auf 0,4 Prozent Mitte der 1980er Jahre.

Erste Wirtschaftsreformen

Indien konnte es sich aufgrund der Größe seines Binnenmarktes erlauben, diese Wirtschaftspolitik länger als andere Entwicklungsländer zu verfolgen. Mitte der 1980er Jahre leitete jedoch die Regierung Rajiv Gandhi vorsichtig einen Kurswechsel ein und liberalisierte zunächst den Binnenmarkt. Diese Reformen wurden erstens durch die Tatsache bedingt, dass andere, auch konkurrierende Staaten wie etwa China Wirtschaftsreformen bereits durchgeführt hatten und an Indien vorbeizogen; ferner spielte das Wachstum der Mittelschichten eine Rolle, die eine Versorgung mit besseren Konsumgütern beanspruchten, sowie auch die Entstehung international wettbewerbsfähiger Betriebe im Zuge der bisherigen wirtschaftlichen Entwicklung, die Know-how aus dem Ausland benötigten und beim Export auf die Kooperation mit ausländischen Partnern angewiesen waren.

Der erste vorsichtige Liberalisierungsschub brachte vor allem eine Abschaffung des Lizenzierungszwanges in zahlreichen Sektoren, eine Lockerung der Kontrolle von Großbetrieben, die Senkung der Einkommens- und Körperschaftsteuersätze sowie die Einführung eines „Import-Export-Passes“, der den Unternehmen die zollfreie Einfuhr von Komponenten für die Exportproduktion erlaubte. Politisch heiklere Vorhaben wie die Privatisierung von Staatsbetrieben und die Behandlung des Problems der „kranken“, das heißt faktisch insolventen Privatunternehmen wurden nicht oder nur vorsichtig

angegangen. Die indische Wirtschaft reagierte auf diese relativ bescheidenen Maßnahmen zur Deregulierung erstaunlich positiv: Die Wachstumsraten und die Exporte stiegen deutlich an; allerdings nahmen auch die bislang zurückgedrängten Importe beachtlich zu. Dies führte zusammen mit der Verteuerung der Ölpreise im Zuge des Ersten Golfkrieges (1990/91), den sinkenden Überweisungen von Finanzmitteln durch Auslandsinder und dem zusammenbrechenden Außenhandel mit den ehemaligen Ostblockstaaten zu einer schweren Zahlungsbilanzkrise. Anfang 1991 war Indien nahezu zahlungsunfähig; eine Kreditaufnahme beim Internationalen Währungsfonds unvermeidbar.

Marktwirtschaftliche Öffnung

In dieser Krise nutzte die politische Führung die Chance eines drastischen wirtschaftspolitischen Kurswechsels, der mehrere Maßnahmen umfasste:

- Die Bedingungen für Investitionen wurden grundlegend liberalisiert. Private und ausländische Investitionen sind heute in fast allen Sektoren statthaft. Dem öffentlichen Sektor bleiben exklusiv nur noch die Eisenbahnen und der Rüstungssektor vorbehalten. Industrielizenzen sind nur noch in der Agroindustrie erforderlich. Die Reservierungen für den kleinbetrieblichen Sektor wurden auf 300 Produktlinien zurückgefahren.



Seit 1993 ist die indische Rupie im Außenhandelsverkehr voll konvertierbar.

- Das einstmals hochgradig restriktive Außenhandels- und Währungsregime ist stark gelockert worden. Indien hatte vor Beginn der Reformen das weltweit höchste Zollniveau mit durchschnittlich 87 Prozent, mittlerweile beträgt es durchschnittlich 17 Prozent. Der Import von Investitions- und Zwischengütern ist vollständig freigegeben, auch Konsumgüter unterliegen seit 2001 nicht mehr dem Lizenzzwang. Die Devisenzwangswirtschaft besteht nicht mehr, und seit 1993 ist die indische Rupie im Außenhandelsverkehr voll konvertierbar. Freilich liegt Indien selbst mit den redu-

zierten Zollsätzen im internationalen Vergleich noch im oberen Bereich, das Zollregime ist nach wie vor sehr komplex und intransparent, und der Abbau des Binnenmarktschutzes durch Senkung der Zollsätze wurde teilweise durch Strafzölle auf Einfuhren zu angeblichen Dumpingpreisen kompensiert.

- Der Finanzsektor wurde vorsichtig für in- und ausländische Privatbanken geöffnet. Der erhebliche Kreditbedarf des indischen Staates und die schwache Kapitaldecke der Finanzinstitute, die oft auf staatliche Weisung notleidende Privatunternehmen oder Staatsbetriebe mit Krediten stützen mussten, legten ein langsames Reformtempo nahe. Immerhin wurden zur Stärkung der Finanzkraft der Banken internationale Kapitalisierungsstandards eingeführt und eine einschlägige Überwachungsbehörde eingerichtet. Die Regierung erweiterte die Autonomie der Staatsbanken, führte ihnen zur Stärkung ihrer Finanzkraft neues Eigenkapital zu und gestaltete die Mittelaufnahme auf dem Kapitalmarkt. Zur Entwicklung und Überwachung des Aktienmarktes wurden eine eigene Behörde gegründet, Transaktionen erleichtert und Einrichtungen für den elektronischen Handel geschaffen. Die meisten Zinskontrollen gelten nicht mehr, ausländische Investmentfonds haben nun Zugang zum indischen Aktienmarkt, ihr erlaubter Kapitalanteil an einzelnen indischen Aktiengesellschaften ist jedoch limitiert. Die Staatsbanken dominieren aber nach wie vor, sie kommen auf drei Viertel aller Einlagen, und vergeben weiterhin etwa 40 Prozent ihrer Kredite an den öffentlichen Sektor. Nach langem Zögern wurde auch eine begrenzte ausländische Beteiligung im Versicherungssektor erlaubt.
- Das Steuersystem wurde wesentlich vereinfacht, die Steuersätze deutlich reduziert. Letzteres gilt vor allem für die Einkommens- und Körperschaftsteuer und für die Verbrauchssteuern, während die Umsatzsteuer fast vollständig von der kontrovers diskutierten Mehrwertsteuer abgelöst wurde. Diese Vereinfachungen schufen Raum für die Effektivierung der Steuerverwaltung und die bessere Eintreibung der Steuer-schulden.

Wirtschaftspolitischer Konsens

Der politische und gesellschaftliche Widerstand gegen den Kurswechsel blieb vergleichsweise moderat. Das ist so selbstverständlich nicht, beschäftigte die indische Kommandowirtschaft doch einst Scharen von Bürokraten, begünstigte die Unternehmen und Arbeitskräfte im formellen Sektor. Sie alle mussten fürchten, durch Reformen an Macht und Einkommen zu verlieren. Heute gibt es jedoch keine Partei von nationaler Bedeutung, auch nicht die Kommunisten, die den Nutzen einer marktwirtschaftlichen Orientierung – zumindest grundsätzlich – bestreiten würde. Wohl

aber bildet sich im Konkreten (bei der Privatisierung von Staatsunternehmen, der weiteren Öffnung für private Direktinvestitionen und der Anpassung staatlicher Tarife) von Seiten der Parteien zuweilen Widerstand – vor allem dann, wenn sie nicht selbst die Regierung stellen. Mit der weitgehenden Beseitigung der Investitionslenkung müssen sich nun auch einzelne Landesregierungen um private Direktinvestitionen sowie um die Verbesserung ihrer Standortbedingungen bemühen und tun dies auch. Die wesentlichen Gründe für den vergleichsweise breiten marktwirtschaftlichen Konsens liegen darin, dass

- die Regierung die einschlägigen Reformen graduell und ohne scharfe Brüche durchführte,
- die Wahlbevölkerung auch durch andere Themen abgelenkt wurde, insbesondere die Auseinandersetzungen um den säkularen Charakter des Staates, und
- sich die Reformen insbesondere für die urbanen Mittel- und Oberschichten auszahlten.

Weil sie aber vornehmlich den dynamischen Regionen und gesellschaftlichen Gruppen Gewinn brachten, für weite Bevölkerungsteile jedoch keine Besserung bewirkten, wurden besonders marktfreundliche Landesregierungen 2004 an der Wahlurne abgestraft.

Beschleunigtes Wachstum

Einige Effekte der Reformen sind bereits deutlich zu beobachten: Indiens Wirtschaft wächst seit den 1990er Jahren mit einem rasanten Tempo, gehört diesbezüglich zu den internationalen Spitzenreitern und wird, wenn sich dieser Trend fortsetzt, wirtschaftlich (gemessen in lokaler Kaufkraft) in den nächsten Jahren die Bundesrepublik Deutschland überholen und in einigen Jahrzehnten die USA. Das starke Wirtschaftswachstum beruht in erster Linie auf dem effizienteren Einsatz der Produktionsfaktoren. Die wirtschaftliche Öffnung nach 1991 war



Die Textilindustrie gehört noch immer zu den dynamischen Exportsektoren. In Tirupur (Tamil Nadu) werden T-Shirts für westliche Textildiscounter genäht.



Zukunftsbranche Pharmaindustrie: Im Forschungslabor der Firma Piramal in Mumbai werden Generika und auch neue Medikamente entwickelt.

mit steigender Produktivität in allen Industriesektoren verbunden, vor allem bei jenen Unternehmen, die schon zuvor an der Grenze des technologisch Machbaren operierten. Importkonkurrenz hat somit disziplinierende Wirkung ausgeübt.

Außerdem beschleunigte sich der wirtschaftliche Strukturwandel: Im Gegensatz zu anderen Entwick-

lungsländern nahm das volkswirtschaftliche Gewicht der Industrie nach 1991 kaum zu. Vielmehr expandierte der Dienstleistungssektor vor allem bei Unternehmensdienstleistungen, Banken und Telekommunikation relativ stärker, der Anteil der Landwirtschaft ging mangels Dynamik deutlich zurück. In der Industrie expandierten insbesondere die kapitalintensiven Branchen und jene, die vergleichsweise gut ausgebildete Arbeitskräfte einsetzen, also nicht jene, die sich vor allem auf zahlreiche ungelernete Arbeitskräfte stützen. Daher waren die Beschäftigungseffekte der Reformen auch vergleichsweise bescheiden.

Die Außenwirtschaft dynamisierte sich; die Exporte stiegen seit einiger Zeit um mehr als 20 Prozent pro Jahr; hohes Wachstum zeigten insbesondere die Ausfuhren von Kommunikations-, aber auch von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. Darüber hinaus ist es Indien gelungen, die Exportpalette und die

Abnehmer seiner Ausfuhren deutlich zu diversifizieren. Insbesondere der Anteil der asiatischen Nachbarländer erhöhte sich, auch gefördert durch schon vereinbarte oder geplante Freihandelsabkommen. Besonders dynamische Exportsektoren waren neben den Dienstleistungen der chemische und pharmazeutische Sektor, die Textilindustrie und der Maschi-

Jung und flexibel: die indische IT-Gesellschaft

[...] Fast jeder dritte Software-Ingenieur weltweit ist heute Inder. [...] Der Kreativvorsprung des Westens wird zunehmend kleiner. Sind indische Software-Ingenieure besser als ihre europäischen Kollegen? „Nicht besser, aber generell jünger und flexibler, und sie wollen erfolgreich sein“, sagen Georg Kniese und Martin Prinz, die gemeinsam Geschäftsführer von SAP Labs India, der am schnellsten wachsenden Außenstelle des Walldorfer Software-Anbieters. Das deutsche Vorzeigeunternehmen [...] eröffnete im Industriepark von Whitefield Ende 1998 ein Entwicklungszentrum. Annähernd 3000 Inder, Durchschnittsalter siebenundzwanzig Jahre, arbeiten unterdessen in dem Glas- und Granitgebäude mit dem futuristischen Design [...]. Gleich nebenan entsteht ein weiterer SAP-Bau für nochmals 2000 Mitarbeiter. [...] Die SAP-Inder tun nicht viel anderes als die SAP-Deutschen im Headquarter von Walldorf. Sie entwickeln betriebswissenschaftliche Software, bei der ihr Arbeitgeber Weltmarktführer ist. Und sie betreuen Kunden, in Indien bereits über tausend Unternehmen. Aber sie tun das alles eben weit kostengünstiger. Georg Kniese zahlt einem Software-Ingenieur in Bangalore etwa 12 000 Euro Bruttogehalt im Jahr. In Walldorf wird das Vier- bis Fünffache verlangt. [...]

Mögen die Software-Ingenieure als Adel der indischen Internet-Gesellschaft gelten, so sind die Mitarbeiter der unzähligen Callcenter Kandidaten für das Proletariat. Sie schuften in menschlichen Legebatterien unter zermürbendem Stress. [...] Gurgaon heißt das moderne Goldgräber-Dorado vor den Toren der Hauptstadt Delhi. Gleich hinter der südwestlichen Stadtgrenze [...] sind auf dem Buschland Dutzende Glastürme in den Himmel gewachsen. Dazu Wohnblocks und eine Mall mit glitzernden Einkaufszeilen, mit Galerien, Pubs, Pizzerien. Eine achtspurige Autobahnschneise durchschneidet die vormalige Wildnis. Flotten von Bussen und Sammel-

taxis transportieren jeden Tag Zehntausende zu ihren Arbeitsplätzen in den Callcentern und dann wieder zurück [...].

Die Kids, gerade mal dem Teenager-Alter entwachsen, sitzen bei American Express und Ranbaxy, bei IBM oder Alstom in Großraumbüros. Die sind wabenförmig aufgeteilt in Kabinen, jeweils mit Drehstuhl vor einem schmalen Schreibtisch, auf dem ein flimmernder Computer steht neben einer Telefonanlage mit Kopfhörer. [...] Derzeit haben 250 000 Inder in den Callcentern wegen des Zeitunterschieds vor allem nachmittags und nachts zu tun, denn die meisten ihrer Ansprechpartner wohnen in den Vereinigten Staaten. Deshalb meldet sich Sandeep auch zur Begrüßung mit angelerntem amerikanischem Akzent meist als „Mark“ oder „Peter“, und Rani kommt als „Nancy“ oder „Pamela“ daher. Der Kunde soll glauben, er werde von irgendeinem Kumpel in einem der nächsten Blocks betreut. Die Inder kennen die letzten Wettermeldungen aus der Stadt ihrer Gesprächspartner, die Schlagzeilen der Ortspresse und Ergebnisse der Football League. Das hilft, um dem Angerufenen vielleicht noch eine Reisegepäckversicherung anzudrehen und dafür beim Arbeitgeber einen Bonus zu ergattern. [...] Im Westen ist die Arbeit in Callcentern meist ein Aushilfsjob für Unterqualifizierte, in Indien ein vergleichsweise gut bezahlter Prestigejob für Jungakademiker. Umgerechnet 250 bis 400 Euro, mehr als ein Lehrer nach Hause bringt oder die Eltern als Rente beziehen, lassen sich damit im Monat verdienen. [...] Die Arbeit [...] ist aufreibend, [...] sehr hektisch. Sie verlangt ein hohes Maß an Selbstverleugnung und Geduld für ein anderes Kulturverständnis. Viele halten das nur ein paar Monate durch. „Sie geraten im Hinblick auf die eigene Identität an Grenzen“, hat der deutsche Sozialwissenschaftler Holger Siemons in Gurgaon beobachtet. [...]

Olaf Ihlau, „Vom Spinnrad zur Hightech-Spitze“, in: ders., *Weltmacht Indien* (Schriftenreihe der bpb Bd. 558), Bonn 2006, S. 11-27, hier S. 18 ff.

nenbau. Die Textilausfuhren profitieren vom Abbau der Importquoten in den Industrieländern, welche im Rahmen des 2005 ausgelaufenen Welttextilabkommens festgelegt waren, die Dienstleistungsexporte wurden vom fortgesetzten Outsourcing entsprechender Unternehmensaktivitäten begünstigt.

Die ausländischen Direkt- und Portfolioinvestitionen haben deutlich zugenommen und summierten sich auf über 18 Milliarden US-Dollar im Jahr 2005/06. Zusammen mit den Überweisungen der im Ausland lebenden Inder finanzieren sie problemlos das Außenhandelsdefizit, also die Differenz zwischen Importen und Exporten. Allerdings beträgt der Kapitalzufluss nur einen Bruchteil der Summe, die in die VR China fließt. Ausländische Investitionen kommen auch nur für fünf Prozent der Kapitalbildung in Indien auf, konzentrieren sich auf technologie- und kapitalintensive Sektoren, auch auf den Dienstleis-



Jörg Böhling / agenda

Beispiel für ausländische Investitionen: Der Automobilkonzern Daimler Chrysler produziert in seiner Fabrik in Pune für den indischen Markt, Februar 2006.

tungsbereich, und sind eher binnenmarktbezogen als exportorientiert. Sie haben aber zusammen mit

Indisch und zugleich international

[...] **SPIEGEL:** Im vergangenen Jahr [2006 – *Anm. d. Red.*] haben indische Unternehmen für Akquisitionen jenseits der eigenen Grenzen erstmals mehr Geld ausgegeben, als ausländische Konzerne in Indien investierten. [...] Ein Drittel der Umsätze macht Tata bereits jenseits der Staatsgrenzen. Wie indisch ist Ihr Konzern noch?

Tata: Wir haben eigentlich immer sehr nach innen geschaut. Der Export einiger unserer Produkte war die einzige Expansion. Erst vor zwei, drei Jahren fingen wir an, darüber nachzudenken, dass wir uns nicht länger von einem einzigen Markt abhängig machen können. Dass wir also auch im Ausland durch Investitionen und Zukäufe wachsen könnten – und zwar vor allem in Ländern, wo wir ähnlich wie in Indien operieren können. Mir wär's also ganz recht, wenn wir in anderen Ländern als global operierender Konzern wahrgenommen werden, der jeweils lokal fühlt, aber eben im Besitz einer Gruppe von Indern ist. [...]

SPIEGEL: Im Visier Ihrer Strategien sind vor allem Regionen wie Afrika oder Südamerika, aber auch China. Kennt sich Tata mit Entwicklungsländern und deren Problemen einfach besser aus als westliche Firmen?

Tata: Wir kommen jedenfalls immer mit dem ernsthaften Wunsch, uns auf die gleiche Stufe zu stellen mit der Entwicklung des jeweiligen Landes.

SPIEGEL: Auf die Märkte der noch armen Massen zielt doch auch Ihr Plan, ein 2000-Dollar-Auto zu entwickeln.

Tata: Es wird 2200 US-Dollar kosten. Und wissen Sie, warum wir das Projekt angehen? Ich muss hier in Indien immer wieder sehen, wie komplette Familien auf Motorrollern fahren: Der Vater lenkt, vorn steht ein Kind drauf, hinten sitzt noch die Mutter mit einem Baby im Arm. [...] Und jedes Mal dachte ich mir: O Gott, können wir nichts machen, damit diese Familien sicherer unterwegs sind? So fingen wir mit dem Projekt an. Unser Ziel ist es, ein günstiges und sicheres Transportmittel zu entwickeln.

SPIEGEL: Bei aller guten Absicht – Sie wollen damit sicher auch Geld verdienen.

Tata: Natürlich. Wir werden das Projekt nicht subventionieren. Und

wir haben uns selbst eine wirklich harte Aufgabe gestellt, was Materialkosten und Gewinnmargen angeht. [...]

SPIEGEL: Die meisten Tata-Aktien werden heute von Stiftungen verwaltet, die gegen die Armut in Indien kämpfen wollen. Ist diese humanitäre Philosophie Ihrer Familie etwas Einzigartiges? Oder haben indische Firmen generell mehr soziales Bewusstsein?

Tata: Es ist wohl weder für indische noch für global operierende Unternehmen typisch. Aber es gibt ja durchaus vergleichbare westliche wie indische Konzerne, die einen Teil ihrer Gewinne in gemeinnützige Zwecke investieren. In einem Land wie Indien fließt das Geld nur vielleicht weniger in Kunstprojekte als in die Linderung akuter Armut.

SPIEGEL: Erlebt Indiens Wirtschaft gerade neues Selbstvertrauen oder schon Selbstüberschätzung?

Tata: Ich freue mich über die neue Zuversicht. Aber die sollte nicht in irrealen Träumen wurzeln. [...] Ich denke, dass unsere Wachstumsraten zurzeit kontinuierlich sind. Wir sind besorgt, dass die Ökonomie sehr schnell heißlaufen könnte. Massiv wachsende Konsumausgaben könnten eine Inflation mit sich bringen. Das wäre für unser Land gar nicht gut. Aber Indien hat noch nie so hohe Investitionen erlebt – auch wenn sie sicher noch unter denen in China liegen.

SPIEGEL: Verglichen mit dem boomenden Nachbarn – was sind Ihrer Ansicht nach die Stärken und Schwächen Ihres Landes?

Tata: Regierung und politisches System der Volksrepublik China können Dinge einfach machen. Dort gibt es schnelle Entscheidungen und schnelle Ergebnisse. In unserer Demokratie ist derlei extrem schwierig. [...] Andererseits ist es eine unserer Stärken, dass wir sehr individualistisch und als Individuen sehr kreativ sind. [...] Wahrscheinlich hat Indien seine Position als globale Werkbank an China verloren. Gleichzeitig hat es heute die Kraft, in den Wissensindustrien vor China zu sein. Nicht, dass die Chinesen abgeschlagen wären. Sie werden rankommen. Unsere Herausforderung wird es sein, ausreichend Bildungseinrichtungen zu schaffen. [...]

„Wir kommen aus dem Hinterhof“. SPIEGEL-Gespräch mit dem indischen Großindustriellen Ratan Tata“, in: Der Spiegel Nr. 15 vom 7. April 2007

Ökonomischer Wettlauf mit China

[...] Indiens boomende Wirtschaft besteht längst nicht mehr nur aus IT-Giganten und Call-Centern, und sie agiert weltweit. „Indien wird China in den Schatten stellen“, prophezeit im Frühjahr 2006 das *Wall Street Journal*, was in Indien selbst gern gehört und geglaubt wird. Zu den Vorteilen [...] gehören ein stabiles Bankensystem, qualifizierte, englisch sprechende Arbeitskräfte, ein tradiertes Rechtssystem und die hohe Gewinnquote privater Unternehmen. [...] Viele Zweige verbuchen zweistellige Zuwachsraten – die Textilindustrie, die Telekommunikation, das private Gesundheitswesen und die Autobranche boomen. [...] Gemeinsam bedrohen die beiden aufstrebenden Volkswirtschaften Arbeitsplätze in den „alten“ Industrienationen, treiben Rohstoffpreise in die Höhe und heizen das globale Klima auf.

[...] Ende 2004 lagen die Auslandsinvestitionen bei 5,3 Milliarden Dollar, ein Zehntel der Zuflüsse, die China erreichen. Um die Anlagebedingungen zu verbessern, stehen für das *Wall Street Journal* Arbeitsmarktreformen an erster Stelle. Starke Gewerkschaften und ein weitreichender Kündigungsschutz würden Interessenten abschrecken und damit ein zügiges Wachstum behindern. Fast genauso dringlich – so das Blatt weiter – sei der Wettbewerb im Einzelhandel. Man solle an China denken, wo Wal-Mart und Metro zu Platzhirschen avancieren konnten. Außerdem müsse die Privatisierung von Staatsfirmen beschleunigt werden. [...]

Doch eine solch forcierte Liberalisierung kommt nur langsam voran und muss den Widerstand unter anderem der kommunistischen Parteien Indiens brechen, auf deren Tolerierung die Minderheitsregierung unter Premier Manmohan Singh angewiesen ist. So fürchten die CPI und die CPI (M) bei einer Öffnung für ausländische Handelskonzerne um die zahllosen kleinen Kioske, Einzelhandelsgeschäfte und Straßenhändler, die oftmals den Zuwanderern aus ländlichen Regionen und vorzugsweise Frauen ein Einkommen bieten.

Die Regierung hat sich denn auch Behutsamkeit auferlegt. Das „Ministerium für Desinvestment“, das einmal entstand, um An-

teile an Staatsunternehmen zu verkaufen, wurde zu einer Abteilung im Finanzministerium heruntergestuft und versucht sich nun bei der weniger umstrittenen Infrastruktur. Mit einem Zwölf-Milliarden-Dollar-Programm für den Fernstraßenausbau und den Bau neuer Flughäfen hofft die Regierung auf „öffentlich-private Partnerschaften“. Dem Ziel, bis 2012 die installierte Stromerzeugungskapazität auf 218.000 Megawatt (MW) zu verdoppeln, will sie mit privaten Investoren näher kommen. [...]

Wachstum und Deregulierung haben nicht dazu beigetragen, dass sich die Lage der Ärmsten wesentlich ändert. [...] Kindersterblichkeit und Analphabetenrate bleiben [...] höher als im Reich der Mitte, die Lebenserwartung ist niedriger. Und während die Regierung Milliarden in die Infrastruktur und die Förderung privater Investoren pumpt, tut sie nach Auffassung der Weltbank nicht genug, um die Gesundheitsversorgung und Bildung für große Teile der Bevölkerung zu verbessern.

Anders als in China, wo der Schwerpunkt auf dem Ausbau der arbeitsintensiven, exportorientierten Verarbeitungsbranchen lag, war in Indien stets der Dienstleistungssektor das Zugpferd. Was mit IT und Call-Centern begann, hat inzwischen die Gesundheit erreicht, wenn hochmoderne Privatkliniken und Wellness-Hotels auf der Basis klassischer indischer Medizin betuchte Kunden bedienen. Dagegen hat die verarbeitende Industrie, deren Anteil am Bruttoinlandsprodukt weniger als halb so hoch ist wie in China, kaum neue Arbeitsplätze geschaffen, die nötig wären bei offiziell über 40 Millionen Erwerbslosen. Angesichts der Daten des Wirtschaftszensus 2006 konstatiert der Journalist Anupam Goswami nicht zu Unrecht „ein Wachstum ohne Arbeitsplätze“.

„Als Volkswirtschaft spielen wir schlichtweg nicht in der selben Liga wie China“, dämpft auch der Wirtschaftsberater der Regierung, Shankar Acharya, die hochfliegenden Erwartungen. Bei den meisten Indikatoren schneide China besser ab – [...] ob beim Export, den Währungsreserven oder der Stromerzeugung. [...]

Uwe Hoering, „Der Elefant jagt den Drachen“, in: Freitag Nr. 35 vom 1. September 2006

den steigenden Exporten zu einer deutlichen Verbesserung der Leistungsbilanz und Verringerung der externen Verschuldung geführt: Frühere, massive Defizite haben sich in den letzten Jahren stark reduziert oder zeitweise in einen geringen Überschuss verwandelt. Indien verfügt laut IWF mittlerweile über Devisenreserven in Höhe von 180 Milliarden US-Dollar, die als Puffer gegen mögliche externe Schocks und spekulative Attacken auf die Währung dienen können. Die externe Verschuldung ist beherrschbar, und der Anteil kurzfristiger Kredite, die bei schneller Rückforderung das Land in Wirtschaftsturbulenzen stürzen könnten, ist belanglos.

Auch die künftigen Wachstumsaussichten für Indien sind relativ günstig. Das Land verfügt erstens im Gegensatz zu China über ein noch bis circa 2040 wachsendes Arbeitskräftereservoir. Zweitens gibt es noch Spielraum für die Steigerung der wirtschaftlichen Produktivität und auch die Exportpalette ist nach wie vor ausbaufähig, selbst die Dienstleistungsexporte sind noch längst nicht ausgereizt. Ferner hat sich das bisher mittelmäßige Niveau der Investitionen gesteigert; es lag 2004/05 bei 30,1 Prozent des BIP, wobei auch die bisher spärlichen öffentli-

chen Investitionen aufgrund besserer Haushaltsdisziplin wieder steigen. Dazu kommt schließlich, dass Indien für seinen Entwicklungsstand über relativ gute wirtschaftliche, rechtliche und politische Institutionen verfügt: Durch die erfolgreiche demokratische Konsolidierung und durch die föderale Verfassung lassen sich mögliche wirtschaftlich destabilisierende Konflikte einhegen. China hat diesen Übergang erst noch vor sich. Experten trauen der indischen Wirtschaft daher dauerhaft Wachstumsraten von etwa acht Prozent pro Jahr zu, die indische Regierung geht gar von neun Prozent und mehr aus.

Hohe Staatsverschuldung

Bei aller positiven Entwicklung machen internationale Vergleichsstudien ein dauerhaft hohes wirtschaftliches Wachstum Indiens von weiteren Konsolidierungsschritten abhängig. Sie weisen auf das nach wie vor hohe Haushaltsdefizit des Bundes und der Länder hin. Es lag laut IWF 2005/06 immer noch bei 7,4 Prozent des BIP (2002/03: 9,7 Prozent) und zog

eine massive staatliche Verschuldung nach sich (86 Prozent des BIP), die dem Staat durch hohe Zins- und Tilgungsleistungen die nötige Verbesserung der Infrastruktur, qualitative Verbesserungen der öffentlichen Leistungen, besonders in den Bereichen Gesundheit und Bildung, sowie die Finanzierung der von der neuen Regierung beschlossenen ländlichen Beschäftigungsprogramme erschwert. Im Übrigen schränkt die hohe Verschuldung auch den Kreditspielraum für private Investitionen ein, insbesondere für die nur spärlich versorgten Klein- und Mittelbetriebe. Die Ursachen dieser dauerhaft hohen Defizite sind weitgehend politischer Natur. Ein beträchtlicher Teil der staatlichen Ausgaben, circa zwölf Prozent, entfällt auf Subventionen für Nahrungsmittel, Strom, Wasser, Düngemittel und Öl, die entweder vor allem den vergleichsweise wohlhabenderen Bauern zugutekommen oder die Armen nur mit hohen Streuverlusten erreichen. Letzteres gilt leider auch für die zahlreichen und neuerdings aufgestockten Armutsprogramme. Ferner haben Widerstände bei der Privatisierung von defizitären Staatsbetrieben vor allem seitens linker Parteien dazu geführt, dass die Einnahmen aus der Veräußerung gesunken sind und diese weitere, allerdings abnehmende staatliche Zuwendungen benötigen.

Eine Sanierung des Staatshaushalts scheitert in Indien weniger an der in Entwicklungsländern üblichen Überbesetzung des öffentlichen Dienstes, sondern eher an der außerordentlich großzügigen Besoldung der dort Beschäftigten, deren Löhne die in der Privatwirtschaft gezahlten vielfach um das Doppelte übertreffen und periodisch aufgestockt werden. Dazu kommt die Altlast der nicht gegenfinanzierten Pensionen, die jetzt auf beitragsbezogener Basis umgestellt werden. In eher geringem Maß tragen steigende Verteidigungslasten zum Haushaltsdefizit bei; diese sind im Vergleich maßvoll. Besonders brisant war bis unlängst die Haushaltslage der Unionsstaaten, die für den größten Teil der entwicklungsförderlichen Aufgaben zuständig sind.

Zur Erhöhung des Haushaltsdefizits hat auch der Wegfall von Zolleinnahmen im Zuge ihrer Liberalisierungsbedingten Reduktion beigetragen. Das relativ bescheidene indische Steueraufkommen speist sich zu einem großen Teil immer noch aus Zöllen, Verbrauchs- und Umsatzsteuern mit einer Vielzahl von schwer zu administrierenden und in den einzelnen Bundesstaaten oft unterschiedlichen Sätzen. Von der 2005 eingeführten Mehrwertsteuer werden noch nicht alle Sektoren und Unionsstaaten erfasst, die Landwirtschaft und der Kleinbetriebliche Sektor genießen nach wie vor weitgehende Steuerfreiheit. Die Körperschaftsteuer gewährt allerlei Ausnahmen und Schlupflöcher, etwa für Exporte und beschleunigte Abschreibungen, ebenso wie die gern genutzten Einkommenssteuer-Möglichkeiten.

Eine Besserung der Haushaltssituation brachten in den letzten Jahren der Wirtschaftsboom, der auch zu mehr Steuereinnahmen führte, und ein von den beiden letzten Regierungen eingebrachtes Gesetz zur fiskalischen Verantwortlichkeit, das die Elimi-

nierung des zentralstaatlichen Haushaltsdefizits bis 2008/09 vorsieht und jährliche Zielmarken vorgibt. Es ist von parallelen Gesetzen fast aller Unionsstaaten begleitet worden, die bei Umsetzung mit einer Schuldenumstrukturierung durch den Bund belohnt werden.

Weiterer Reformbedarf

Das rasche indische Wirtschaftswachstum seit Einleitung der Reformen brachte deutliche Mängel der infrastrukturellen Ausstattung ans Licht bzw. verschärfte diese. Sie sind weniger relevant bei den unternehmensbezogenen oder IT-Dienstleistungen, die nicht viel Infrastruktur benötigen, sondern kommen besonders in den klassischen Industriesektoren zum Tragen. Wirtschaftsexperten sind sich einig, dass sich die staatlichen Infrastrukturaufwendungen mindestens verdoppeln müssen, wenn die von der Regierung angestrebte Wachstumsrate von neun Prozent dauerhaft gehalten werden soll. Hauptdefizit ist die teure, nicht ausreichende und unzuverlässige Stromversorgung. So wird in Indien im Durchschnitt jeden zweiten Tag der Strom abgestellt, Unternehmen müssen sich daher Generatoren anschaffen und erleiden Verluste durch Geräteschäden. Ursache



Carolin Kammerer

In den meisten indischen Städten ist das Stromnetz marode. Kabelgewirr an einem Strommast in Matheran (Maharashtra)

für diese Probleme ist, dass es den meist staatlichen Stromverteilungskonzernen untersagt ist, von den privaten Kunden, insbesondere den wahlpolitisch wichtigen Bauern, kostendeckende Tarife zu verlangen – entsprechend hoch sind die Tarife für industrielle Abnehmer –, die Stromversorgung säumiger Kunden einzustellen oder auch nur heimliche Stromentnahmen zu ahnden. Entsprechend fehlen ihnen Mittel, um in die Erweiterung der Netze zu investieren.

Indische Regierungen haben auf die sich seit Jahren stetig verschärfende Stromkrise seit 1991 mit einer ganzen Serie von Regeländerungen geantwortet, die vor allem Privatinvestoren für die Stromgewinnung interessieren sollten, die Teilung der unionsstaatlichen Stromkonzerne in die Gewinnung, den Transport und die Verteilung von Strom vorsahen und Regulierungsbehörden zur Festsetzung der Stromtarife einsetzten. Bisher zeigten diese Maßnahmen nur mäßigen Erfolg, weil sich an der Ertragslage der Stromverteilungsunternehmen aufgrund zu geringer Tarifierhöhungen und mangelnder Unterbindung von Stromdiebstahl nicht



In Indiens Metropolen nutzen jeden Tag Millionen Pendler den öffentlichen Personenverkehr. S-Bahnhof Churchgate im Zentrum von Mumbai

Jörg Böhling / agenda

Dringend notwendig: effiziente Energiepolitik

[...] Indien gehört längst zu den Top Ten der Klimasünder. [...] Allein in den neunziger Jahren ist der Energieverbrauch auf dem Subkontinent um 61 Prozent gestiegen. Bis 2020 könnten sich die CO₂-Emissionen verdreifachen. Die Sorge des Nordens um das indische Emissionswachstum kommt also nicht von ungefähr. Offiziell jedoch lehnt die indische Regierung verbindliche Klimaschutzverpflichtungen beharrlich ab. [...] Tatsächlich waren und sind es ungleich wirkungsvoller die OECD-Staaten, die der Erdatmosphäre einheizen. [...] Statistisch gesehen, verursacht jeder Europäer das Zehnfache, jeder Amerikaner das Zwanzigfache an schädlichen Emissionen. Trotzdem werden die Folgen des Klimawandels die Inder mit voller Wucht ereilen. [...] So gewinnt die Debatte um den Treibhauseffekt [...] auch in Indien an Fahrt. [...]

Das Land sieht sich umso mehr in der Energiefalle, weil es beim globalen Wettkampf um die immer teureren fossilen Ressourcen als Nachzügler ins Rennen geht. Unter diesem Druck ließ Manmohan Singh jetzt [...] erstmals Vorschläge für eine „Integrierte Energiepolitik“ erarbeiten. In dieser Studie werden zwar Sparsamkeit, Effizienz und ein verstärkter Einsatz erneuerbarer Energien besonders hervorgehoben [...]. Doch die alternativen Strategien würden in erster Linie wegen des riesigen Energiehungers verfolgt, sagt Leena Srivastava, Direktorin beim renommierten Energieforschungsinstitut TERI. Sie sind kein Ersatz, sondern eine Ergänzung des herkömmlichen Energiemixes. [...]

Ein Albtraum für Klimaschützer ist vor allem die Dominanz der Kohle. [...] Stark aschehaltig und mit nur geringem Brennwert, deckt sie die Hälfte des kommerziellen Energieverbrauchs und sorgt in oft veralteten Kraftwerken für fast vier Fünftel der Stromproduktion. [...] Laut Planungskommission wird sich der Stellenwert der Kohle selbst in einem Vierteljahrhundert „mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht ändern“. 2,5 Milliarden Tonnen soll das Land dann jährlich verbrauchen – derzeit sind es 437 Millionen Tonnen. Dabei liegt die Förderkapazität mit 363 Millionen Tonnen schon jetzt weit unter dem Bedarf. Importe werden immer wichtiger. Von Einfuhren hängt Indien zu 70 Prozent auch beim Erdöl ab – Tendenz steigend. [...] Die beiden emissionsträchtigen Energieträger will die Regierung

durch weniger klima- und umweltschädliche Ressourcen ergänzen. Zum Beispiel durch Erdgas, das zurzeit nur rund acht Prozent zum Bedarf beisteuert. [...]

Mit [dem im März 2006 mit den USA vereinbarten – *Anm. d. Red.*] *nuclear deal* will Indien sich die Anerkennung als globale Atommacht sichern [...]. Doch zugleich soll das Abkommen helfen, die Stromerzeugung aus Kernenergie schneller zu erhöhen. Dass Atomkraftwerke kein CO₂ emittieren, ist dabei ein willkommenes Zusatzargument. [...] Nuklearunternehmen aus den USA, Russland und Frankreich buhlen bereits um die Gunst der Entscheider, die Indiens nukleare Kraftwerkskapazitäten von derzeit 3100 auf 20000 Megawatt bis zum Jahr 2020 erhöhen wollen. [...] Energieexperten wie Sudha Mahalingam warnen beim Kauf internationaler Reaktoren eher vor den immensen Kapitalkosten. [...] Zudem gelte all der Aufwand einem „bestenfalls marginalen“ Beitrag zur Stromversorgung, meint Mahalingam. [...]

Auch auf erneuerbare Energien will Indien in erster Linie wegen ihrer leichten Verfügbarkeit setzen und erst dann wegen ihrer Klimaverträglichkeit. [...] Erfolgreich [...] sind vor allem Windkraftunternehmen. [...] Weltweit liegt die indische Produktion bereits an vierter Stelle. Weit vorn ist man auch bei der vielfältigen Nutzung von Biogas. Wasserkraftprojekte der indischen Regierung indes stoßen zunehmend auf Widerstand: Staudämme waren allzu oft ohne Rücksicht auf Menschen und Umwelt durchgedrückt worden. Und die Sonne? Sie ist auf dem heißen Subkontinent die wirklich unerschöpfliche Energiequelle, daher misst die Planungskommission ihrer Fortentwicklung auch „hohe Priorität“ bei, allerdings erst für die ferne Zukunft. Bis 2030 sollen selbst alle erneuerbaren Energien zusammen nicht über sechs Prozent der Primärenergie hinauskommen. Trotz einer Vervierzigfachung ihres Einsatzes – der Energiebedarf wächst eben mit. [...]

Bleiben die unsichtbaren Quellen: Sparsamkeit und Effizienz. [...] Ein Energiereformgesetz von 2002 eröffnete [...] die Möglichkeit, die monolithischen staatlichen Betreibergesellschaften in schlagkräftigere Einzelunternehmen zu zerschlagen. Mancherorts gelang es seitdem, die Energieverluste zu halbieren. Zugleich wurde 2002 eine Agentur für Energieeffizienz geschaffen. [...]

Christiane Grefe, „Hunger auf Energie“, in: *Die Zeit* Nr. 22 vom 24. Mai 2007

viel geändert hat. Auch das Transportwesen und die Hafeninfrastruktur sind stark verbesserungsbedürftig. Zwar wurde von der BJP-geführten Regierung ab 1999 ein umfangreiches Programm zum Bau von Schnellstraßen zwischen den indischen Metropolen aufgelegt, andere Landesteile und insbesondere ländliche Regionen bleiben oftmals aber nur schwach oder gar nicht angebunden. Ähnliches gilt für die Eisenbahnen, die zwar neue attraktive Verbindungen für den Personenverkehr aufweisen, doch leidet der Frachtverkehr unter ungenügendem Ausbau und (wegen der Kreuzsubventionierung des

Personenverkehrs) hohen Frachtraten. Schließlich sind die Liegezeiten in Indiens mittlerweile kommerzialisierten, aber noch schlecht ausgestatteten Häfen deutlich länger als anderswo. Konsequenz der defizitären Infrastruktur ist, dass viele indische Produkte trotz niedriger Lohnkosten nicht konkurrenzfähig angeboten werden können.

Das indische Arbeitsrecht ist übermäßig komplex und wird durch 50 einzelne, zum Teil antikierte Gesetzeswerke geregelt. Der vorkoloniale *Trade Union Act* erlaubte die problemlose Gründung von Gewerkschaften, die sich daher vervielfachten und ge-

Durchschnittsgeschwindigkeit: 11 km/h

Die Straße von Delhi nach Agra ist eine der am meisten befahrenen Autoverbindungen Indiens. Auf ihr rollt nicht nur ein Großteil der ausländischen Touristen in Richtung Taj Mahal. Sie verbindet auch die Hauptstadt Neu-Delhi mit der Metropole Kalkutta. Doch wer auf dieser Straße fährt, gewinnt den Eindruck, auf einer drittklassigen Dorfverbindung unterwegs zu sein. Kamelkarren mit Baumwollbündeln blockieren die zweispurige Fahrbahn, Arbeitselefanten trotten langsam am Rand. Autorikshas halten, wann immer einer der Passagiere aussteigen will – und das geschieht oft. Vier Stunden braucht man deshalb für 200 Kilometer auf der ehemaligen *Grand Trunk Road*, die jahrhundertlang Südasiens wichtigste Handelsverbindung war. Heute ist sie Teil eines ambitionierten Bauvorhabens namens *Golden Quadrilateral* (Goldenes Viereck), das die vier wichtigsten Städte Indiens – Delhi, Kalkutta, Mumbai und Chennai – durch Schnellstraßen miteinander verbindet. Das Projekt ist zu 80 Prozent fertiggestellt. Ob es ein Erfolg ist, daran scheiden sich die Geister.

„Zum ersten Mal in unserer Geschichte haben wir Straßen von guter Qualität“, freut sich Amitabh Khosla, der beim Interessenverband *Confederation of Indian Industry* (CII) in Delhi für Infrastruktur zuständig ist. „Die Regierung tut viel zu wenig“, klagt hingegen Vineet Agarwal, Geschäftsführer der *Transport Corporation of India* (TCI), eines der größten Logistikunternehmen Indiens. „Die Straße ist auf den meisten Strecken nur zweispurig, und in den Ortschaften fehlen Umgehungsstraßen.“ Auch das ist wahr.

Die Auseinandersetzung ist mehr als nur eine verkehrspolitische Debatte. Der Zustand der indischen Infrastruktur hat Auswirkungen auf die ganze Wirtschaft. Das Land [...] bleibt weit hinter seinen Möglichkeiten zurück – weil Straßen, Häfen, Flughäfen, Eisenbahn und Energieversorgung den Anforderungen der aufstrebenden Wirtschaftsmacht nicht gewachsen sind. [...]

In Indien sollen jetzt *Public-Private Partnerships* (PPP) die Kapitallücke beim Ausbau der Infrastruktur decken, Kooperationen mit finanzkräftigen Firmen. Ein Vorzeigeprojekt ist die Privatisierung der Flughäfen. Auch ein Bereich, in dem noch viel zu tun ist. [...] Dabei hat sich schon viel getan in dem Land, in dem erst seit 1993 private Fluggesellschaften zugelassen sind. Seitdem ist ein Dutzend neuer Anbieter am Markt, deren Flotte 2006 um ein Drittel gewachsen ist. Die veralteten Flughäfen in den Großstädten sind dem Ansturm schon lange nicht mehr gewachsen. 34 Airports werden zurzeit modernisiert oder neu gebaut, die meisten mit privater Beteiligung. [...]

Public-Private Partnerships sollen demnächst auch die überlasteten indischen Häfen retten. 90 Prozent des indischen Außenhandels werden auf dem Seewege abgefertigt, doch es gibt Engpässe. Der größte Hafen des Landes etwa, Nhava Sheva in Mumbai, war da-



Jörg Böttling / agenda

Auf Indiens Straßen fließt der Verkehr nicht eben schnell. Verschiedenste Fahrzeuge warten an einer Mautstation auf der Autobahn bei Delhi.

für ausgelegt, eine Million Container im Jahr abzufertigen. Jetzt sind es zwei Millionen. „Es kann passieren, dass ein Container, der eigentlich in drei Tagen in Delhi sein sollte, fünf Wochen braucht“, sagt David Nevin, Vertriebsleiter bei [dem deutschen Logistikunternehmen – *Anm. d. Red.*] Schenker. „Natürlich beschwerten sich die Kunden [...]“ Ein Allheilmittel sind *Public-Private Partnerships* nicht. In vielen Bereichen halten sich private Investoren zurück, weil die Gewinnaussichten von politischen Unwägbarkeiten abhängen. [...] Die *Transport Corporation of India* ist ein alteingesessenes Logistikunternehmen. Geschäftsführer Vineet Agarwal berichtet: „Wenn ich einen Lkw von Kalkutta nach Mumbai schicke, ist der sechs bis sieben Tage unterwegs, weil er 26 verschiedene Mautstellen passieren muss und zwanzig Mal die Papiere kontrolliert werden. Wir haben ausgerechnet, dass man dabei auf eine durchschnittliche Geschwindigkeit von elf Kilometern pro Stunde kommt.“

Im föderalen System Indiens liegen viele Zuständigkeiten bei den Bundesstaaten – und die behindern sich oft gegenseitig. Jeder Einzelstaat hat andere Zölle. In einigen Unionsstaaten grassiert die Korruption. Es gibt kriminelle Banden, die bei Bauunternehmen abkassieren und ausländische Investoren verschrecken. [...]

Die indische Eisenbahn wird ebenfalls noch lange brauchen, bis sie den Anforderungen der Wirtschaft gewachsen ist. [...] Expeditionen machen um die indische Bahn weiterhin einen Bogen. „Man kann sich bei *Indian Railways* einfach nicht darauf verlassen, dass die Fracht zu einem bestimmten Datum ankommt“, sagt Vineet Agarwal. Der Unternehmer ist davon überzeugt, dass die indische Wirtschaft mindestens um zwei Prozent schneller wachsen könnte, wenn die Regierung mehr in Infrastruktur investierte.

Britta Petersen, „Gebremster Boom“, in: Die Zeit Nr. 13 vom 22. März 2007

gegenseitig zu überbieten trachteten, wenngleich die einstmalig häufige Streikaktivität neuerdings deutlich zurückgegangen ist. Der *Industrial Disputes Act* von 1948 beschränkt Entlassungen, Versetzungen und die Anwendung neuer Technologien. Betriebe mit mehr als 100 Beschäftigten müssen für Entlassungen staatliche Genehmigungen einholen, die

**Kapitalintensives
Wachstum geht auf
Kosten sozialer Ziele**

selten gewährt werden. Dazu kommen unter anderem Mindeststandards für Sicherheit und Beschäftigungsbedingungen. Insgesamt haben die arbeitsrechtlichen Bestimmungen kapitalintensives Wachstum gefördert, ihre sozialen Zielsetzungen aber nicht erreicht: Denn sie haben die Einstellungskosten erhöht und damit die Beschäftigung verringert, zu Überbesetzung und mangelnder Anpassungsfähigkeit der Unternehmen an Schwankungen der Nachfrage geführt. Diese haben die Regelungen durch Subkontrakte mit Unternehmen des informellen Sektors umgangen. Verschiedentliche Versuche der letzten Jahre, die Schwelle zur Anwendung der Arbeitsgesetze auf Betriebe mit über 1000 Beschäftigten zu beschränken, verliefen erfolglos. Die Tatsache, dass die indischen Arbeitslöhne zu den niedrigsten in der Welt zählen, wirkt sich auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nicht positiv aus, zumal die Stücklöhne infolge häufiger Abwesenheit der Arbeitskräfte und immer noch niedriger Arbeitsproduktivität teilweise über jenen konkurrierender Volkswirtschaften liegen.

Das Miet-, Immobilien- und Bodenrecht ist ebenfalls stark reformbedürftig. Wegen mangelhafter Aufzeichnungen unklare Besitztitel erschweren die Übereignung und verringern das Angebot an entwicklungsfähigen Flächen. Veraltete und inflexible Flächennutzungspläne frieren nicht mehr genutzte Flächen – etwa von bankrotten Unternehmen – ein, unrealistisch niedrige Mieten haben zu einer Verknappung des Angebots geführt, während auf dem

„freien“ Markt die Preise in die Höhe schießen. Dazu kommen noch zum Teil massive „Stempelgebühren“ für den Grunderwerb. Wesentlich gravierender sind die Defizite beim Insolvenzrecht: Die Reorganisation, der Bankrott und die Liquidation werden in Indien durch unterschiedliche Gesetzeswerke geregelt. Die Liquidation insolventer Unternehmen ist zudem ein rechtlich schwieriges Unterfangen und trifft auf staatliche Stellen, die versuchen, zum Schutze der Arbeitnehmer den Bankrott hinauszuzögern. Eine

Unternehmensliquidation dauert im Durchschnitt zehn Jahre (in China 2,4 Jahre). Allerdings erlaubt ein Gesetz von 2002 den Banken jetzt die schnellere Übernahme der verpfändeten Sicherheiten.

Nicht mehr zeitgemäß sind auch die rückläufigen Reservierungen von Produktlinien für den kleinbetrieblichen Sektor (siehe S. 46). Sie hätten eigentlich mit der progressiven Senkung der Zölle verschwinden müssen, die einerseits den Konkurrenzdruck auf die Kleinbetriebe erhöhten und andererseits Produkten, die traditionell dort hergestellt werden, neue Exportchancen eröffnet hätten, wenn sie nur hätten expandieren dürfen. Mit der fortbestehenden Reservierung wurden Chancen vertan, diese arbeitsintensiv wirtschaftenden Betriebe international konkurrenzfähig zu machen und insbesondere die Chancen zu nutzen, die sich aus der Liberalisierung des internationalen Textil- und Bekleidungsmarktes ergaben. Reservierungen waren ursprünglich sozial begründet, sind aber diesen Zielsetzungen kaum gerecht geworden, weil Unternehmen Beschränkungen durch Aufteilung des Produktionsprozesses umgingen und die Kleinbetriebe nicht sonderlich arbeitsintensiv wirtschafteten.

Völlig vernachlässigt wurden längere Zeit Reformen im Bereich der Landwirtschaft, in der noch



In der Landwirtschaft wird noch viel mit traditionellen Methoden gearbeitet – aber auch einige Innovationen haben Einzug gefunden. Ein Bauer in Karnataka bei der Feldarbeit, im Hintergrund Solarmodule

immer fast 60 Prozent der indischen Arbeitskräfte beschäftigt sind. Das landwirtschaftliche Wachstum insgesamt war aber in den letzten Jahren recht schwach und hatte auch keine Auswirkungen auf die Produktivität, deren Wachstum in der letzten Dekade auf Null gesunken ist. Dies rührt daher, dass die bisher verfolgte landwirtschaftliche Entwicklungsstrategie (Nahrungsmittel selbstversorgung durch Preisstützung für die Bauern, Subventionen für Dünger, Strom und Wasser sowie strenge Regulierung

Günstig, dezentral, gut: Erneuerbare Energien

Bauern machen alles so wie immer, aber Lakshmi probiert auch mal Neues aus. „Kommen Sie mit?“ Die stattliche Frau im leuchtend blauen Sari geht voraus durch ihr Dorf im indischen Bundesstaat Rajasthan, vorbei an Lehmhütten und Kühen, die träge wiederkäuen. Im Hof ihres Hauses präsentiert die Bäuerin dann ihre Biogasanlage: einen Kessel im Boden, darin vergären Kuhmist und Senfstroh, das sonst ungenutzt bliebe.

Wie fast zwei Drittel der Inder sind die Bewohner von Chak Choba beim Energiebedarf einzig auf Dung und Holz angewiesen. Aber beides zu sammeln kostet nicht nur Mühe; das Brennmaterial wird auch ineffizient genutzt, und die Schadstoffe aus offenem Feuer bescheren 24 Millionen Indern chronische Erkrankungen der Atemwege. Mit dem Biogas nun muss Lakshmi ihren Dhal, das indische Linsengericht, nicht mehr im Rauch zubereiten. Und der Kuhmist werde mehrfach genutzt, sagt sie. „Nach der Entgasung bleibt ein besonders fruchtbarer Dünger übrig.“ [...]

Vorreiterinnen wie sie sind Gold wert für Initiativen wie die des Ehepaars Myles aus Delhi: Raymonds Organisation *Insesta* entwickelt ökologisch verträgliche Energielösungen für Arme; Zareens Frauengruppe hilft bei der Finanzierung durch Mikrokredite. Und mit Erneuerbaren Energien schaffen die beiden auch Arbeit. Für die Biogasanlagen aus Zement etwa [...] muss man erst ein kuppelartiges Gerüst aus gespaltenen Bambusstäben flechten. Das machen

landlose Tagelöhner aus Lakshmis Nachbardorf.

Bei Nihal Singh geht es schon mehr in Richtung Hightech. Für rund 90 Euro hat sich der hagere Bauer eine Solarlampe geleistet. Bezahlt wird in Raten, immer nach der Ernte. Endlich müsse sein Sohn abends nicht mehr bei Kerosinfunzeln lernen: „Bildung ist doch das Wichtigste für seine Zukunft.“ Singh ist eigentlich ans Netz angeschlossen, doch darauf, dass Strom fließt, könne man sich nicht verlassen, sagt er. Aber hat nicht die Regierung in Delhi angekündigt, bis 2012 auch das letzte Dorf zu elektrifizieren? Raymond Myles ist skeptisch: „Die versprochenen Ingenieure sind schon so oft nicht eingetroffen.“ Einfache, dezentrale Energielösungen gingen schneller und seien ohnehin die Zukunft.

Auch größere Fotovoltaikanlagen plant Myles in manchen Dörfern. Früher sei er skeptisch gewesen, sagt er, weil die Solarpanels noch so teuer seien. „Jetzt hat mich die Verbindung aus Mikrokrediten, Arbeitsbeschaffung und Energieversorgung überzeugt.“ Mit Hilfe des Sonnenstroms ließen sich viele Kleingewerbe aufbauen.

Aber erfordert die Entwicklung auf dem Land nicht Projekte in einem größeren Stil wie etwa Kraftwerke und Fabriken? Wer 100 Stufen emporklettern wolle, sagt Raymond Myles, der müsse mit der ersten anfangen. Außerdem: „Als Bauer unabhängig und in Würde ein bisschen besser leben zu können – das bedeutet in Indien schon sehr viel.“

Christiane Grefe, „Kochen ohne Rauch“, in: Die Zeit Nr. 22 vom 24. Mai 2007

der Märkte) und die frühere, massive Produktionssteigerung durch den Anbau von Hohertragsorten im Rahmen der so genannten Grünen Revolution zunehmend an Schwungkraft eingebüßt haben und an ihre ökologischen Grenzen stoßen. Folgen sind ein dramatisches Absinken des Grundwasserspiegels sowie Versalzung und Auslaugung der Böden. Produzentensubventionen verdrängen Ausgaben für die ländliche Infrastruktur, die landwirtschaftliche Beratung und Forschung sowie den Unterhalt der bisherigen Investitionen; auch haben sie eine regressive Verteilungswirkung – das Gros wird durch reiche Bauern und Unionsstaaten abgeschöpft. Die indische Regierung konnte sich wegen der starken Bauernlobby und ihres wahlentscheidenden Gewichts bisher nicht zu wesentlichen Reformen durchringen, verlangt international aber gleichzeitig den Abbau der Exportsubventionen. Immerhin hat die neue Regierung nach 2004 ehrgeizige Programme für die Ausdehnung der bewässerten Flächen, den ländlichen Wohnungs- und Straßenbau, die Elektrifizierung sowie die Revitalisierung des ländlichen Kreditwesens beschlossen. Angestrebt ist auch eine Diversifikation der Landwirtschaft in Richtung höherwertiger Produkte wie Obst und Gemüse und – weil der Staat die dafür notwendige Infrastruktur nicht allein erstellen kann – mehr Raum für Direktverbindungen zwischen Bauern und privaten Verarbeitungsunternehmen.

Auch eine deutliche Entbürokratisierung des Landes wird von vielen Experten als notwendig betrachtet. Indische Unternehmen werden nicht nur in Bezug auf Einstellungen und Entlassungen kontrolliert, sondern auch häufiger von Zoll-, Steuer- und Arbeitsinspektoren besucht. Dies ist natür-

lich auch in anderen Ländern üblich, aber indische Inspektoren haben einen höheren Ermessensspielraum und kosten die Kontrollierten mehr Zeit als anderswo. In Indien braucht man immer noch zehn Genehmigungen, um ein Unternehmen zu gründen, in China sechs. Der Zeitaufwand dafür beträgt 90, in China 30, in Deutschland 24 Tage. Ähnliches ließe sich in Bezug auf die Zollabfertigung und die Durchsetzung von Verträgen sagen. So erklärt sich, dass Indien in einschlägigen Rankings in puncto unternehmerische Freiheit bzw. Mühsal noch immer hintere Plätze belegt.

Die dargestellten Probleme sollen keineswegs in Abrede stellen, dass Indien weiterhin günstige Wachstumsaussichten hat. Die wirtschaftliche Dynamisierung konnte bisher nur nicht die gewünschte Breitenwirkung entfalten. Die Vernachlässigung der Landwirtschaft und der Klein- und Mittelbetriebe, Qualitätsdefizite öffentlicher Dienste im primären Bildungs- und Gesundheitsbereich sowie preisliche Verzerrungen zugunsten des Kapitaleinsatzes durch subventionierte Kredite und früher auch eine überbewertete Währung haben dazu geführt, dass das spektakuläre Wachstum der letzten Jahre die Armut weniger reduzierte, als möglich gewesen wäre. Die Beschäftigungseffekte blieben vergleichsweise schwach und konzentrierten sich auf den Dienstleistungssektor und damit die Mittelschichten; auch haben die regionalen Einkommensdifferenzen sowie jene zwischen gut und schlecht ausgebildeten Arbeitskräften sich deutlich erhöht. Dennoch wird Indien auch wegen seiner demokratischen, pluralistischen Verfasstheit eine der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften der Welt bleiben.

Literaturhinweise und Internetadressen

Olaf Ihlau, *Weltmacht Indien* (Schriftenreihe der bpb Bd. 558), Bonn 2006, 224 S.

Essays zu verschiedenen Facetten der indischen Gesellschaft im 20. Jahrhundert.

Christophe Jaffrelot, *The Hindu Nationalist Movement and Indian Politics 1925 to the 1990s*, London 1996, 592 S.

Studie über den Aufstieg des Hindunationalismus in Indien.

Christophe Jaffrelot, *India's Silent Revolution. The Rise of the Lower Castes*, London 2003

Untersuchung über die Ursachen und Auswirkungen des verspäteten Einflussgewinns der niederen Kasten im Hindi-Gürtel.

Uma Kapila u.a. (Hg.), *Indian Economy since Independence*, New Delhi 2007, 1072 S.

Umfassendstes Handbuch zu allen Aspekten der indischen Wirtschaftsentwicklung.

Atul Kohli (Hg.), *The Success of India's Democracy*, Cambridge 2001, 298 S.

Aufsatzsammlung über den relativen Erfolg der indischen Demokratie, des Föderalismus, der politischen Institutionen sowie über die sozialen Bewegungen und die kastenbezogene Politik.

Hermann Kulke/Dietmar Rothermund, *Geschichte Indiens. Von der Induskultur bis heute*, München 2006, 509 S.

Studie zur indischen Geschichte mit inhaltlichem Schwerpunkt auf der Zeit bis zur Unabhängigkeit.

Axel Michaels, *Der Hinduismus. Geschichte und Gegenwart*, München 2006, 460 S.

Sehr differenzierte Studie über die Geschichte des Hinduismus, seine religiösen Rituale, das durch ihn begründete Sozialsystem und seine Vorstellungen der Transzendenz.

Raja Mohan, *Crossing the Rubicon. The Shaping of India's New Foreign Policy*, New York und Basingstoke 2003, 321 S.

Studie über die außenpolitische Neupositionierung Indiens nach den Nukleartests 1998.

Harald Müller, *Weltmacht Indien. Wie uns der rasante Aufstieg herausfordert*, Frankfurt (Main) 2006, 400 S.

Abhandlung zum wirtschaftlichen, politischen und militärischen Aufstieg Indiens zur Weltmacht, zu den außenpolitischen und -wirtschaftlichen Beziehungen Indiens sowie zu den Risiken des Aufstiegsprozesses.

Shashi Tharoor, *Kleine Geschichte Indiens* (Schriftenreihe der bpb Bd. 510), Bonn 2006, 431 S.

Lesenswerte Darstellung der indischen Geschichte von der Unabhängigkeit bis zum heutigen pluralistischen Staat.

Ashutosh Varshney, *Ethnic Conflict and Civic Life. Hindus and Muslims in India*, New Haven und London 2002, 382 S.

Untersuchung zu den zivilgesellschaftlichen Ursachen stattfindender bzw. ausbleibender kommunaler Konflikte in Indien.

Christian Wagner, *Das politische System Indiens. Eine Einführung*, Wiesbaden 2006, 258 S.

Einzige aktuelle deutsche Studie zu den politischen Institutionen, Akteuren und Prozessen sowie einzelnen Politikfeldern in Indien.

Christian Wagner, *Die „verhinderte“ Großmacht? Die Außenpolitik der Indischen Union, 1947-1998*, Baden-Baden 2005, 373 S.

Studie zu allen Etappen der indischen Außenpolitik, zum Verhältnis zu den anderen Großmächten und zu Indiens multilateralen Beziehungen.

Internetadressen

<http://casi.ssc.upenn.edu/>

Center for the Advanced Study of India, Universität Pennsylvania

<http://hinduonnet.com>

Website der Zeitung *The Hindu*

<http://timesofindia.indiatimes.com>

Website der Zeitung *The Times of India*

<http://www.adb.org>

Asian Development Bank

<http://www.aicc.org.in>

Website der Kongresspartei

<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laender/Indien.html>

Länder- und Reiseinformation des Auswärtigen Amtes

<http://www.bjp.org>

Bharatiya Janata Party

<http://www.bpb.de/themen/1269M3,0,0,Indien.html>

Dossier der bpb zum Thema Indien

<http://www.ciionline.org>

Confederation of Indian Industry

<http://www.eci.gov.in>

Election Commission of India

<http://www.ficci.com>

Federation of Indian Chambers of Commerce and Industry

<http://www.goidirectory.nic.in>

Umfassende Linksammlung zum politischen System Indiens und zu gesellschaftlichen Institutionen

<http://www.icrier.org>

Indian Council for Research on International Economic Relations

<http://www.ipcs.org/index.jsp>

Institute of Peace and Conflict Studies

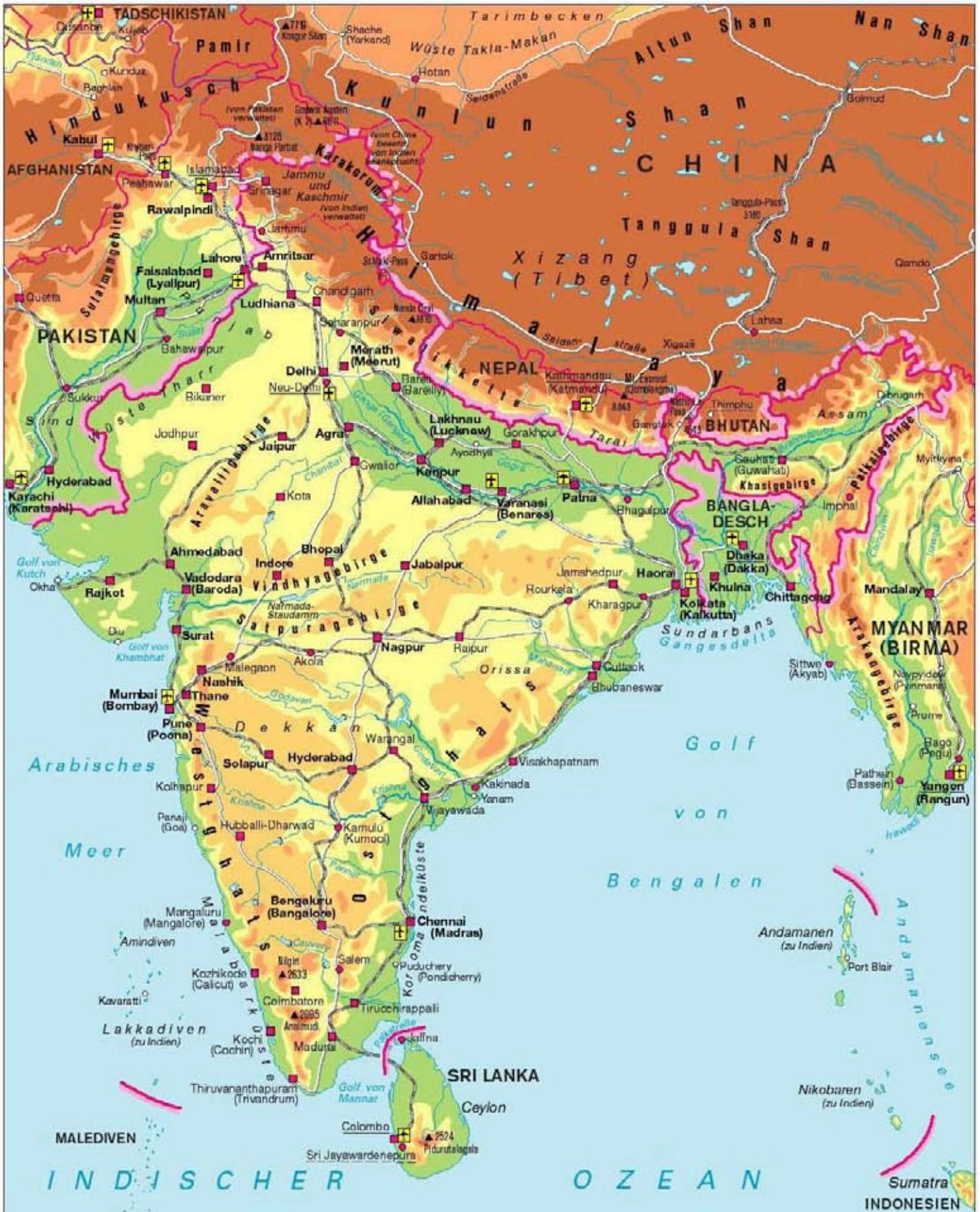
<http://www.sewa.org>

Self Employed Women's Association

<http://www.suedasien.info>

Informationsportal rund um Südasiens

Indien - Physische Übersicht und Verkehr

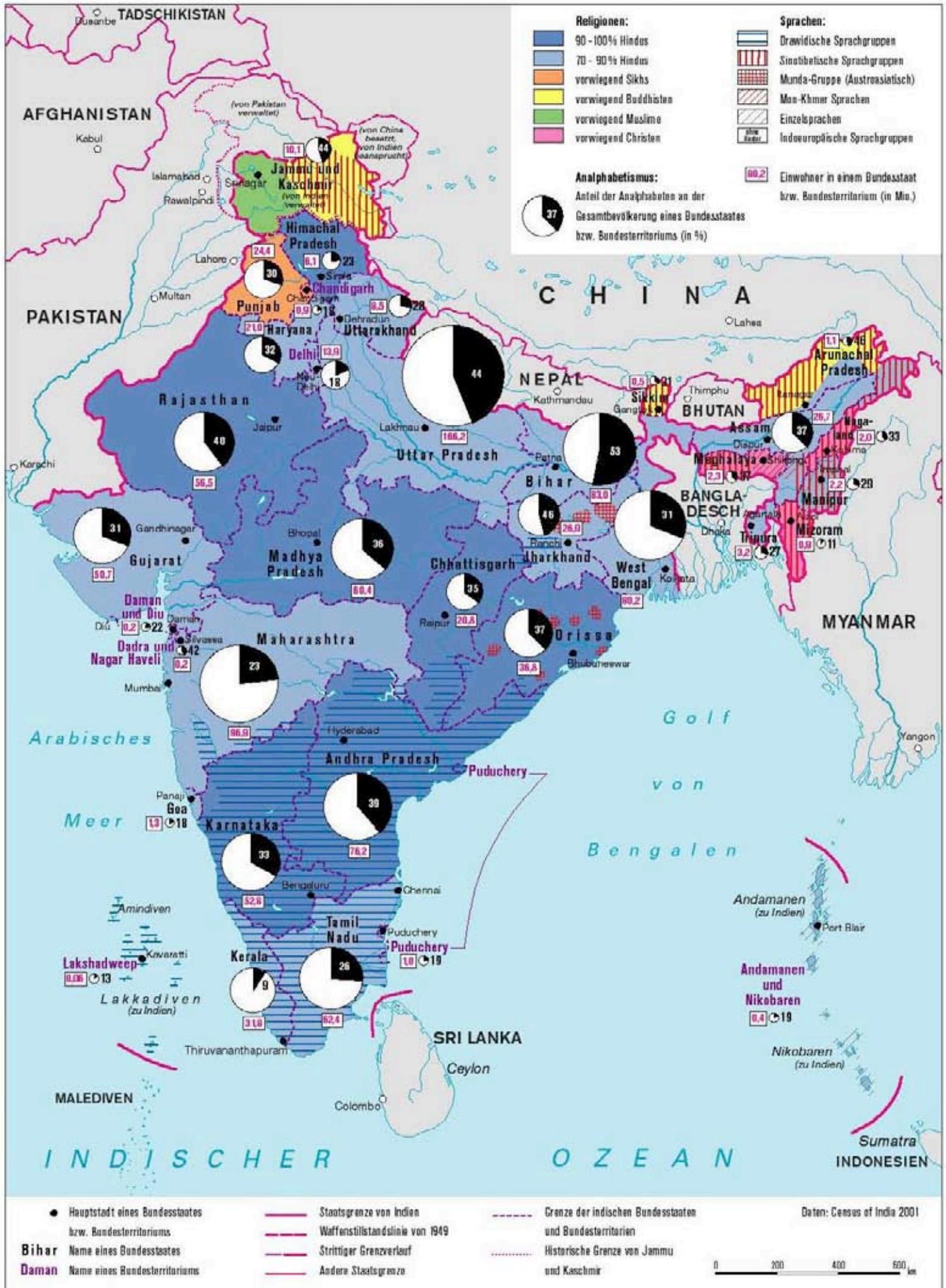


<p>Orte:</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ über 1 000 000 Einwohner ■ 500 000 - 1 000 000 Einwohner ● 100 000 - 500 000 Einwohner ○ Sonstiger Ort 	<p>■ Hauptstadt eines Staates</p> <p>■ Regierungssitz eines Staates</p> <p>— Wichtige Fernverkehrsstraße</p> <p>— Wichtige Eisenbahnlinie</p> <p>✈ Internationaler Flughafen</p>	<p>— Staatsgrenze von Indien</p> <p>— Wafferrstillstandslinie von 1949</p> <p>— Strittiger Grenzverlauf</p> <p>— Andere Staatsgrenze</p> <p>— Historische Grenze von Jammu und Kaschmir</p>	<p>Höhenangaben in m</p> <p>0 200 500 1000 2000 >2000</p> <p>0 200 400 600 km</p>
---	--	---	--

Indien - Bevölkerungsverteilung, Stadtregionen und Administration



Indien - Religionen, Sprachen und Analphabetismus



Ingenieurbüro für Kartographie Dr. H.-J. Kämmner, Berlin

Indien - Wirtschaft



Impressum

Der Autor:

Professor Dr. rer. soc. Joachim Betz, Jahrgang 1946, ist Leitender Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Asien-Studien des GIGA (German Institute of Global and Area Studies / Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien) und Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Hamburg. Seine fachlichen Schwerpunkte sind Politik und Wirtschaft Südasiens, Verschuldung, Rohstoffpolitik, Globalisierung und Entwicklungsfinanzierung. Gefördert durch die Fritz-Thyssen-Stiftung forscht Betz derzeit über „Parteien in Indien“.

Kontakt: betz@giga-hamburg.de
Internet: www.giga-hamburg.de

Anforderungen:

bitte schriftlich an
Bundeszentrale für politische Bildung c/o IBRo,
Kastanienweg 1, 18184 Roggentin
Fax: 03 82 04/66-273 oder E-Mail: bpb@ibro.de

Absenderanschrift bitte in Druckschrift.

Abonnement-**Anmeldungen oder Änderungen** der Abonnementmodalitäten bitte melden an bpb@gebhard-mueller.de

Informationen über das weitere Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung / bpb erhalten Sie unter der rechts oben genannten bpb-Adresse.

Für telefonische Auskünfte (**bitte keine Bestellungen**) steht das Infotelefon der bpb unter Tel.: 02 28/99 515-115 von Montag bis Freitag in der Zeit von 8.30 bis 15.30 Uhr zur Verfügung.

Herausgeberin:

Bundeszentrale für politische Bildung / bpb,
Adenauerallee 86, 53113 Bonn, Fax-Nr.: 02 28/ 99 515-309.
Internetadresse: <http://www.bpb.de>
E-Mail: info@bpb.de

Redaktion:

Jürgen Faulenbach, Christine Hesse (verantwortlich / bpb),
Jutta Klaeren, Sibylle Klöcker (Volontärin, Schwerpunktgestaltung dieser Ausgabe)

Manuskript und Mitarbeit:

Prof. Dr. Joachim Betz, Hamburg; Christine Hesse, Bonn; Jutta Klaeren, Bonn; Sibylle Klöcker, Bonn; Susanne Schmitz, Düsseldorf

Kartenteil:

Ingenieurbüro für Kartographie Dr. H.-J. Kämmer, Berlin

Titelbild:

Straßenverkehr in Indore, Madhya Pradesh – picture alliance / dpa

Umschlag-Rückseite:

heimbüchel pr, Köln / Berlin

Gesamtgestaltung:

Otterbach Medien KG GmbH & Co., 76437 Rastatt

Druck:

SKN Druck und Verlag GmbH & Co. KG, 26506 Norden

Versand der Grundaufgabe:

Gebhard Müller GmbH, Bremen

Vertrieb:

IBRo, Verbindungsstraße 1, 18184 Roggentin

Erscheinungsweise:

vierteljährlich
ISSN 0046-9408. Auflage dieser Ausgabe: 800 000

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

September 2007

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Der Umwelt zuliebe werden die Informationen zur politischen Bildung auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

